

**Jahresabschluss und Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2016
der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft,
Hannover**

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016

- Bilanz zum 31. Dezember 2016
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
- Anhang für das Geschäftsjahr 2016
- Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

Tätigkeitsabschlüsse gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für das Geschäftsjahr 2016

- Bilanz zum 31. Dezember 2016 für die Tätigkeit Stromverteilung
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 für die Tätigkeit Stromverteilung
- Bilanz zum 31. Dezember 2016 für die Tätigkeit Gasverteilung
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 für die Tätigkeit Gasverteilung
- Bilanz zum 31. Dezember 2016 für die Tätigkeit Gasspeicherung
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 für die Tätigkeit Gasspeicherung
- Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2016 hat der Aufsichtsrat sämtliche ihm nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und die Lage des Unternehmens sowie der Mehrheitsbeteiligungen, über die Strategie und Planung, über die Risikosituation, das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden und ergänzenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht, Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung eingehend beraten und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Während des Geschäftsjahres 2016 hat es in der personellen Besetzung des Vorstands der Stadtwerke Hannover AG Veränderungen gegeben. Seit dem 1. April 2016 ist Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler Vorstandsvorsitzende und Kaufmännische Direktorin der Stadtwerke Hannover AG. Der bisherige Vorstandsvorsitzende und Kaufmännische Direktor Herr Michael G. Feist ist zum 31. März 2016 nach zwölf Jahren in den Ruhestand gegangen. Im Rahmen der im abgelaufenen Geschäftsjahr begonnenen Neuausrichtung des Unternehmens wurden weitere personelle Wechsel innerhalb des Vorstands vorgenommen. So wurden in einer Sitzung des Aufsichtsrats im November 2016 auch die Positionen des Arbeitsdirektors sowie des Technischen Direktors neu besetzt. Der bisherige Technische Direktor Herr Harald Noske ist bereits zum 31. Dezember 2016 nach 34 Jahren vorzeitig aus dem Unternehmen ausgeschieden. Der bisherige Arbeitsdirektor Herr Jochen Westerholz hat nach 17 Jahren zum 10. Februar 2017 sein Amt als Arbeitsdirektor an seinen Nachfolger Herrn Kai-Uwe Weitz, der seit dem 1. Januar 2017 Vorstandsmitglied ist, übergeben und wird zum 31. März 2017 aus dem Unternehmen ausscheiden. Am 1. April 2017 wird der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Hannover AG, Herr Prof. Dr. Marc Hansmann, als weiteres neues Vorstandsmitglied bestellt.

Der Aufsichtsrat möchte bereits an dieser Stelle den bisherigen Vorstandsmitgliedern Herrn Feist, Herrn Westerholz sowie Herrn Noske für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Vergangenheit danken und wünscht ihnen persönlich alles Gute für die Zukunft.

Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2016 insgesamt fünfmal getagt. Dabei wurden insbesondere die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover AG erörtert sowie über Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung und wichtige Einzelvorgänge beraten. Die Einzelvorgänge betrafen im Wesentlichen den laufenden Strategie- und Transformationsprozess „energcity 4.0“ sowie die Entwicklung und derzeitige Lage vom Unternehmen, dessen verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften.

Der Präsidialausschuss hat 2016 viermal getagt und bereitet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats vor. Er trifft Entscheidungen über Vorlagen des Vorstandes und Fragen, deren Erledigung im Interesse der Gesellschaft einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrats nicht zulässt.

Der Finanzausschuss hat im Geschäftsjahr 2016 fünf Sitzungen abgehalten. Dem Finanzausschuss sind als Aufgaben insbesondere die Vorbereitung der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan, die Vorbereitung des Erwerbs oder der Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen, die Vorbereitung der Festlegung von Grundsätzen und halbjährlichen Handlungsrahmen für die Aufnahme und Hergabe von mittel- und langfristigen Finanzierungsmitteln sowie die Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses und des gemäß § 171 Aktiengesetz (AktG) zu erstattenden Abschlussberichtes des Aufsichtsrats übertragen. Darüber hinaus ist dem Finanzausschuss die Wahrnehmung der Aufgaben eines Prüfungsausschusses nach § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG übertragen. Themenschwerpunkte bildeten 2016 Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens, hier insbesondere der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015, der Nachtragsfinanzplan für 2016 und der Wirtschaftsplan für 2017, das Risikomanagementsystem sowie das interne Kontrollsystem.

Der Beteiligungs- und Strategieausschuss tagte 2016 in fünf Sitzungen. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Aufsichtsrates zu Konzern- und Beteiligungsangelegenheiten, insbesondere zur Übernahme neuer Aufgaben, zur Gründung und Erwerb von Unternehmen, zur Beteiligung an Unternehmen, zur Veräußerung von Unternehmen und wesentlicher Unternehmensbeteiligungen vorzubereiten. Grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie und Angelegenheiten der Beteiligungsführung sind im Vorfeld im Beteiligungs- und Strategieausschuss zu beraten. Außerdem bereitet der Ausschuss zur Sicherung einer verantwortlichen Wahrnehmung der Strategie- und Beteiligungssteuerung Entscheidungen

des Aufsichtsrates über erforderliche Stimmabgaben in Gesellschafter- oder Hauptversammlungen oder sonst zuständiger Gremien eines anderen Unternehmens in Angelegenheiten wie Satzungsänderungen, Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung, Festsetzung und Erhöhung des Wirtschaftsplans oder Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses vor. Neben den genannten Aufgaben wurde im Geschäftsjahr 2016 insbesondere das Projekt enercity 4.0 - Strategie Review beraten.

Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig und ausführlich in den Aufsichtsratssitzungen über die geleistete Arbeit.

Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Herr Jens Allerheiligen ist weiterhin unabhängiger Finanzexperte gemäß § 100 Abs. 5 AktG.

Folgende Mandatsträger haben im Geschäftsjahr 2016 ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat niedergelegt:

- Andrea Rietig, Bauingenieurin (FH) (bis 30. September 2016)
- Prof. Dr. Marc Hansmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Stadtkämmerer (bis 21. Dezember 2016)

Im Gegenzug sind folgende Mitglieder im Geschäftsjahr 2016 in den Aufsichtsrat eingetreten:

- Dr. Uwe Gerecke, Betriebsarzt (seit 1. Januar 2016)
- Henning Behnsen, Diplom-Ingenieur (seit 1. Oktober 2016)

Die personelle Besetzung des Vorstands hat sich wie folgt verändert:

- Michael G. Feist, Kaufmännischer Direktor und Vorstandsvorsitzender (bis 31. März 2016)
- Harald Noske, Technischer Direktor (bis 31. Dezember 2016)
- Rechtsanwalt Jochen Westerholz, Arbeitsdirektor (bis 10. Februar 2017)
- Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler, Kaufmännische Direktorin und Vorstandsvorsitzende (seit 1. April 2016) sowie kommissarische Leitung der technischen Direktion (1. Januar 2017 bis 31. März 2017)
- Kai-Uwe Weitz, Arbeitsdirektor (ab 11. Februar 2017)

Jahresabschluss und Gewinnabführung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde von der Hauptversammlung am 26. Februar 2016 zum Abschlussprüfer gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses erhielt die Gesellschaft vom Aufsichtsrat den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2016 sowie des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2016.

Auf Grundlage der durch den Aufsichtsratsvorsitzenden festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die KPMG AG den vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellten Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2016 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016. Die Prüfung ergab keine Einwendungen, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover AG sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses abschließend sorgfältig geprüft. Die Unterlagen zum Jahresabschluss wurden sowohl in der Sitzung des Finanzausschusses am 1. März 2017 als auch in der am Folgetag stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats erörtert. In den Sitzungen berichtete der Abschlussprüfer jeweils über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und erteilte soweit notwendig ergänzende Auskünfte. Das abschließende Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat führte zu keinerlei Einwendungen, und der Aufsichtsrat stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Ergebnisverwendung an. Der Jahresabschluss Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2016 ist damit gemäß § 172 Satz 1 AktG festgestellt.

Aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ist der Gewinn vor Feststellung des Jahresabschlusses unmittelbar an die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, abzuführen. Der abzuführende

Gewinn beträgt 60,9 Mio. Euro. Auf das Genussscheinkapital erfolgt eine Ausschüttung von 2,2 Mio. Euro. Der verbleibende Jahresüberschuss von 14,0 Mio. Euro wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands für die Zusammenarbeit. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat dankt der Aufsichtsrat für das persönliche Engagement und die erfolgreich geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2016.

Hannover, den 2. März 2017

Der Aufsichtsrat

Martin Bühre

Stellvertretender Vorsitzender

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

1	Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1	Struktur und Organe	2
1.1.1	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1.2	Leitung und Kontrolle	2
1.1.3	Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	3
1.1.4	Wesentliche SWH-Beteiligungen	3
1.2	Strategie	4
2	Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	6
2.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
2.1.1	Gesamtwirtschaftliche Situation	6
2.1.2	Marktbezogene Entwicklung	7
2.2	Wesentliche politische Rahmenbedingungen	13
2.2.1	Europäische Energiepolitik	13
2.2.2	Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland	14
3	Geschäftsverlauf	17
3.1	Veränderungen in der Beteiligungsstruktur	17
3.2	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	17
3.3	Absatz und Beschaffung	17
3.4	Umwelt und Innovation	18
3.5	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	20
3.6	Bindung an Stadt und Region	23
4	Darstellung und Analyse der Lage	24
4.1	Ertragslage	25
4.2	Finanzlage	28
4.2.1	Finanzierungsstrategie und finanzwirtschaftliche Schwerpunkte	28
4.2.2	Investitionen und Substanzerhaltung	28
4.2.3	Liquidität	31
4.3	Vermögenslage	32
4.4	Gesamtaussage zur Lage	33
5	Nachtragsbericht	34
6	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	34
6.1	Prognosebericht	34
6.1.1	Erwartete Umfeldentwicklung	34
6.1.2	Erwartete Entwicklung von SWH	35
6.2	Risikobericht	37
6.2.1	Risikomanagementsystem	37
6.2.2	Risiken	39
6.3	Chancenbericht	42
6.3.1	Chancenmanagementsystem	42
6.3.2	Wesentliche Chancen	42

1 Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1.1 Struktur und Organe

1.1.1 Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Die **Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover**, (SWH) ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und Muttergesellschaft des **Konzerns Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft**. Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2016 blieb die Aktionärsstruktur der Gesellschaft unverändert. Mit 75,09 Prozent der Anteile ist die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) Hauptaktionärin. Mit ihr besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben sind die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga AG) mit 24,0 Prozent der Anteile und die Region Hannover, Hannover, mit 0,91 Prozent der Anteile beteiligt. Die SWH wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der VVG einbezogen.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „enercity“ werden Energie und Dienstleistungen für Privat- sowie Geschäftskunden angeboten. Der Umsatz wird nach wie vor im Wesentlichen im Inland in den Sparten Strom, Gas, Wasser, Wärme und Dienstleistungen erwirtschaftet.

Strom. Die Sparte Strom umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Handel und Verteilung bis zum Vertrieb. Zur Stromerzeugung kommen sowohl eigene Gas- und Wasserkraftwerke sowie über verschiedene Beteiligungen Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen, und Kohlekraftwerke zum Einsatz.

Gas. Die Aktivitäten in der Sparte Gas umfassen die Wertschöpfungsstufen von der Speicherung und Speichervermarktung über den Handel, die Verteilung und den Vertrieb. Die Gasspeicherung erfolgt mit einem Partner in einer separaten Gasspeichergesellschaft.

Wasser. Die Tätigkeiten zur Versorgung der Kunden innerhalb des Konzessionsgebietes mit Wasser sind ebenfalls in einer eigenen Sparte gebündelt. Dabei deckt SWH sämtliche Tätigkeiten von der Gewinnung bis zum Absatz ab.

Wärme. Zur Sparte Wärme gehören alle Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie und Energiedienstleistungen. Im Wesentlichen beziehen sich diese Aktivitäten auf die Lieferung von durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugter Fernwärme an Privat- und Sondervertragskunden.

Dienstleistungen. Die Aktivitäten in der Sparte Dienstleistungen umfassen sowohl Dienstleistungen an Konzernunternehmen als auch an Kunden. Hierzu zählen kaufmännische Betriebsführungen sowie sonstige kaufmännische und technische Dienstleistungen. Zudem werden hier Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung im Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft und Handelsaktivitäten außerhalb der Strom- und Gassparte zusammengefasst.

1.1.2 Leitung und Kontrolle

Vorstand. Der Vorstand der SWH leitet das Unternehmen und besteht aus drei Mitgliedern. Die Aufgaben des Vorstands sind in die Bereiche „Kaufmännische Direktion“, „Personaldirektion“ und „Technische Direktion“ aufgeteilt.

Während des Geschäftsjahres 2016 hat es in der personellen Besetzung des Vorstands der SWH Veränderungen gegeben. Am 1. April 2016 hat Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler den bisherigen Vorstandsvorsitzenden und Kaufmännischen Direktor Herrn Michael G. Feist, der zum 31. März 2016 in den Ruhestand gegangen ist, in seiner Funktion abgelöst. Des Weiteren hat Herr Harald Noske seine Funktion als Technischer Direktor zum 31. Dezember 2016 niedergelegt und ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. Herr Jochen Westerholz wird seine Tätigkeit als Arbeitsdirektor zum 10. Februar 2017 an seinen Nachfolger Herrn Kai-Uwe Weitz, welcher ab dem 1. Januar 2017 Vorstandsmitglied ist, übergeben und zum 31. März 2017 das Unternehmen verlassen. Herr Prof. Dr. Marc Hansmann ist ab dem 1. April 2017 als neues Vorstandsmitglied bestellt.

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen strebt der Vorstand der SWH für die ihm nachgelagerten zwei Managementebenen einen Anteil von 30 Prozent beziehungsweise 25 Prozent bis zum 30. Juni 2017 an. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Anteil von Frauen in den dem Vorstand nachgelagerten zwei Managementebenen bereits 33,3 Prozent beziehungsweise 26 Prozent.

Für den Vorstand hat der Aufsichtsrat einen Anteil von 33 Prozent bis zum 30. Juni 2017 beschlossen. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Frauenanteil im Vorstand der SWH 33,3 Prozent.

Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der SWH besteht grundsätzlich aus 20 Mitgliedern. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstands in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung gesetzten Rahmen und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmervertretern besetzt. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in der Satzung der SWH niedergelegt. Der Aufsichtsrat bildet aus seinen Mitgliedern drei Ausschüsse: einen Präsidial-, einen Finanz- sowie einen Beteiligungs- und Strategieausschuss.

Auch der Aufsichtsrat der SWH strebt an, die Anzahl von Frauen im Aufsichtsrat zu stärken und einen Anteil von insgesamt sieben Frauen (35 Prozent) zum 30. Juni 2017 zu erreichen. Dabei sollen vier Frauen Anteilseignervertreterinnen und drei Frauen Arbeitnehmervertreterinnen sein. Zum 31. Dezember 2016 sind insgesamt vier Frauen im Aufsichtsrat der SWH vertreten (21,1 Prozent), davon zwei Frauen als Anteilseignervertreterinnen und zwei Frauen als Arbeitnehmervertreterinnen.

Beirat. Zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die SWH die Versorgung von Letztverbrauchern betreibt, sowie zur Beratung des Aufsichtsrats ist gemäß der Satzung der SWH ein ständiger Beirat eingerichtet.

1.1.3 Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Konzern Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (SWH-Konzern) gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Die Aktivitäten der SWH werden durch die folgenden Tätigkeitsfelder des SWH-Konzerns ergänzt:

Netzbetrieb. Die Übertragungs- und Verteilnetze in den Sparten Strom und Gas werden von einer eigenständigen Netzgesellschaft betrieben. Die netzbetreibende Gesellschaft ist gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als unabhängiger Netzbetreiber aufgestellt. Der Betreiber trägt die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die Netzentgelte, die von den Netznutzern an einen Betreiber zu zahlen sind, sind durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) behördlich festgesetzt.

Energieerzeugung. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme erfolgt neben der Erzeugung am Standort Linden im Wesentlichen über Beteiligungen an Windparks sowie Gemeinschaftskraftwerken. Die Kraftwerke stellen ihre Erzeugungskapazitäten ausschließlich den Gesellschaftern zur Verfügung und werden durch diese gesteuert und eingelastet. Die Kraftwerksgesellschaften übernehmen die Wartung und Instandhaltung der Anlagen.

Contracting. Die Contractingaktivitäten decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab. Diese reichen von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisierung bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Zusätzlich werden in diesem Bereich die Planung, der Bau und der Betrieb von Biomasseanlagen bearbeitet sowie Projekte zur energetischen Verwertung von Restabfällen betrieben.

Gasspeicherung und -vermarktung. Zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung erfolgt der Betrieb der Gasspeicher mit einem Partner in einer separaten Speichergesellschaft. Die Vermarktung des Speicher-Volumens der SWH erfolgt, entsprechend der Entflechtungsvorgaben des EnWG, durch eine separate Speichervermarktungsgesellschaft.

1.1.4 Wesentliche SWH-Beteiligungen

Zu den Veränderungen des Geschäftsjahres in der Beteiligungsstruktur wird auf den Abschnitt „Veränderungen in der Beteiligungsstruktur“ verwiesen.

Netzgesellschaften. Die enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover, (eNG) betreibt Versorgungsnetze für leitungsgebundene Strom- und Gasversorgung im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover, in Teilgebieten von Langenhagen und Laatzen sowie in den Umlandkommunen Ronnenberg, Seelze und Hemmingen. Zudem hat sie im Stadtgebiet Hannovers und in Teilen der Umlandgemeinden die technische Betriebsführung des Wassernetzes und Fernwärmenetzes übernommen. Die Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen, (NGL) sowie die Gasnetzgesellschaft Laatzen-Nord mbH, Laatzen, (GNG) verantworten die Erstellung, den Ausbau und die Unterhaltung von Strom- und Gasversorgungsnetzen beziehungsweise der öffentlichen Wasserversorgung in Teilen des Stadtgebiets Laatzen zur Sicherstellung der leitungsgebundenen Versorgung der dortigen Allgemeinheit. Die Gesellschaften verpachten ihre Netze, Netzbetreiberin ist jeweils die eNG. Sowohl an der NGL als auch an der GNG ist die SWH mit jeweils 49,0 Prozent der Anteile beteiligt.

Kraftwerksgesellschaften. Die Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover, (GKH) sowie die Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, (KWM) dienen dem Betrieb sowie der Unterhaltung von Kraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme ausschließlich für die Gesellschafter. Die GKH unterhält ein Steinkohlekraftwerk in Hannover-Stöcken und KWM ein Steinkohlekraftwerk in Mehrum bei Hohenhameln. Betreiberin der Kraftwerke ist jeweils die SWH.

Contractinggesellschaften. Wesentliche SWH-Beteiligungen im Wärmebereich sind die Gesellschaften enercity Contracting GmbH, Hannover, (eCG) sowie Danpower GmbH, Potsdam, (Danpower). Beide Gesellschaften sind jeweils Mutterunternehmen von Konzernen mit insgesamt 25 Tochterunternehmen, drei assoziierten Unternehmen und einem Gemeinschaftsunternehmen. Die Unternehmensgruppen sind bundesweit sowie im Baltikum im Wärmeversorgungs- und Contractinggeschäft tätig. Ein Schwerpunkt ist neben der Energieversorgung aus KWK-Anlagen der Einsatz erneuerbarer Energien aus Biogas oder Biomasse sowie Projekte zur energetischen Verwertung von Restabfällen. Ebenso errichten und betreiben die Unternehmensgruppen Projekte zur energetischen Verwertung von Restabfällen. Darüber hinaus ist SWH im Wärmeversorgungsbereich an der Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) mit 50,0 Prozent beteiligt. Die EPL ist schwerpunktmäßig in der Nahwärmeversorgung im Stadtgebiet Langenhagen tätig.

Erneuerbare Energieerzeugungsgesellschaften. Zur Bündelung der Energieerzeugung insbesondere durch Windenergieanlagen, wurde die enercity Erneuerbare GmbH, Hannover, (eEG) als 100-prozentiges Tochterunternehmen gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist unter anderem Planung, Errichtung, Betrieb und Erwerb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Windenergieanlagen. Die eEG ist Mutterunternehmen eines Konzerns mit derzeit sieben Windparkbetriebsgesellschaften als Tochterunternehmen, drei Gemeinschaftsunternehmen sowie einer Beteiligungsgesellschaft und betreibt zurzeit insgesamt 32 Windenergieanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 89,6 MW.

Gasspeicher- und -vermarktungsgesellschaften. Mit 51,84 Prozent der Anteile ist die SWH an der Gasspeicher-gesellschaft GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG) beteiligt, die einen Erdgas-Kavernenspeicher in Ronnenberg-Empelde betreibt. Die enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH, Hannover, (eSG) bietet als 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWH im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Zugang zu den verfügbaren anteiligen Kapazitäten der SWH im Erdgas-Kavernenspeicher Ronnenberg-Empelde an und vermarktet primär feste und unterbrechbare Speicherbündel auf Basis des veröffentlichten Preisblattes.

Weitere wesentliche Beteiligungen. Neben den genannten Tochterunternehmen und Beteiligungen stellen die Beteiligungen an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München, (Thüga) sowie an der im Telekommunikationsbereich tätigen htp GmbH, Hannover, (htp) weitere wesentliche Beteiligungen von SWH dar.

1.2 Strategie

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist nach wie vor durch massive Umbrüche insbesondere auf der Energieerzeugungsseite geprägt, was dazu führt, dass die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen zunehmend volatil sind. Aktuelle energiepolitische Herausforderungen sind insbesondere der Umbau der deutschen und europäischen Energieversorgung unter Beachtung des energiepolitischen Dreiecks von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbaren Preisen, die deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen als führende klimapolitische Zielstellung, der Rückgang der Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke sowie die Gewährleistung von Planungssicherheit und Verlässlichkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Steigerung der Effizienz des Energiesystems.

Neben den energiepolitischen Herausforderungen stellen der zunehmende Wettbewerb und Margendruck sowie die weiterhin volatilen Energiepreise zusätzliche unternehmerische Anforderungen an die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus ist durch die Digitalisierung, die in unserer Gesellschaft Platz greift, starke Veränderungsnotwendigkeit in allen Wertschöpfungsstufen erforderlich. Aus der Regulierung der Strom- und Erdgasnetze durch die BNetzA resultieren sinkende Netzmargen, die bei der gleichzeitigen Forderung nach einer weiterhin sehr hohen Versorgungsqualität zu einem starken wirtschaftlichen Druck führen. Hinzu kommen weiter sinkende Margen in der konventionellen Stromerzeugung, die insbesondere auf das Wachstum der Photovoltaik- und Windstromerzeugung und die damit verbundenen Überkapazitäten in Deutschland zurückzuführen sind.

Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen sind nachhaltige Ergebnisrisiken in den relevanten Geschäftssegmenten für Energieversorgungsunternehmen verbunden. Die SWH hat in der Unternehmenskonzeption K2025 die Kernprämisse unterstellt, dass die Energiewende mit dem Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz entsprechend dem Konzept der Bundesregierung durch eine entsprechende Anpassung des Ordnungsrahmens sichergestellt und stringent umgesetzt wird. Es wird erwartet, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedin-

gungen für die Erzeugung aus erneuerbaren Energien wirtschaftlich eng ausgerichtet bleiben und die konventionelle Stromerzeugung zunehmend unwirtschaftliche Ergebnisse aufzeigt. Zudem steigt der Bedarf an steuerbaren beziehungsweise flexiblen Erzeugungs- und Speicherkapazitäten. Die Stromerzeugungsüberschüsse werden die Erzeuger- und Vertriebsmargen unter Druck halten. Eine Verbesserung der Energieeffizienz einhergehend mit sich stark wandelnden Kundenbedürfnissen in Richtung Eigenversorgung führt gleichzeitig zu entsprechenden Absatzverlusten im Strom- und Wärmemarkt. Vertriebllich wird zudem weiterhin ein zunehmender Verdrängungswettbewerb erwartet. Daneben nimmt die Regulierungsdichte in der Energieversorgung auf allen Wertschöpfungsstufen zu, wodurch die Margen aus den Netzentgelten für Strom und Gas weiter sinken werden. Internet- sowie Smart-Technologien nehmen in ihrer Bedeutung zu und können den zukünftigen unternehmerischen Erfolg mitbestimmen.

Die SWH positioniert sich als Energiedienstleister über die bestehenden Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Gewinnung, Handel, Speicherung sowie Verteilung und Vertrieb für Strom, Gas, Wärme und Wasser im Markt und orientiert sich an den im Folgenden dargestellten strategischen Zielen:

Nachhaltige Wettbewerbspositionierung im vorderen Drittel vergleichbarer deutscher Wettbewerber mit entsprechenden Kostenstrukturen und dauerhaft hinreichendem Substanzerhalt von Netzanlagen. Auf Basis eines Financial Benchmarking wird rollierend die strategische Wettbewerbspositionierung anhand der Rentabilitätskennzahl ROCE (return on capital employed) ermittelt. Die letzte Erhebung zeigt gegenüber vergleichbaren Wettbewerbern eine Position im Mittelfeld. Diese Position soll verbessert werden. Im Strom- und Gasvertrieb sowie beim Energie-Contracting sieht die Vertriebsstrategie eine deutschlandweite Ausrichtung vor. Auch im Rahmen des geplanten wirtschaftlichen Wachstums außerhalb des Konzessionsgebietes Hannover bekennt sich SWH weiterhin zu stabilen partnerschaftlichen Beziehungen zur Landeshauptstadt Hannover, zu den Umlandgemeinden und der Region.

Neben dem Wettbewerb in den netzregulierten Märkten ist von einer weiteren Schrumpfung des Wärmemarktes durch verstärkte Wärmedämmung und energetische Gebäudesanierung auszugehen, sodass sowohl der Gas- als auch der Fernwärmeabsatz sich im Bestand voraussichtlich verringern werden. Im Geschäftsbereich Wasser werden die Anstrengungen verstärkt, um die im Vergleich zu anderen Großstädten wettbewerbsfähige Preispositionierung zu erhalten. Die im Bestand vorhandenen Wegenutzungsverträge beziehungsweise Konzessionsverträge sollen gehalten werden.

Bei Netzanlagen erfolgt ein Substanzerhalt, dessen Finanzierung in den Planungen abgebildet ist. Die Kontrolle erfolgt unter anderem auf Basis von Alpha-Werten, mit denen die Entwicklung der technischen Substanz bewertet wird.

Marktgerechte Kapitalrentabilität und finanzielle Stabilität. SWH kann weiterhin eine marktgerechte Kapitalrentabilität erzielen und für die Eigenkapitalgeber eine marktgerechte jährliche Gewinnabführung gewährleisten werden. Zum Erhalt der finanziellen Stabilität ist eine ausreichende Bonitätsbewertung notwendig (A-Rating). Daher gehören ein tragfähiger Verschuldungsgrad und eine stabile Eigenkapitalquote zu den Zielen, die SWH nachhaltig verfolgt. Auf Basis einer umfangreichen Nutzung der Innenfinanzierungsmöglichkeiten können die angestrebten Finanzkennzahlen eingehalten und die Fremdfinanzierung zu wirtschaftlich tragfähigen, wettbewerbsgerechten Konditionen realisiert werden. Hierzu trägt auch die aus der eigenen Ertragskraft geplante sukzessive Aufstockung des Eigenkapitals auf etwa 650,0 Mio. EUR bis zum Jahr 2025 bei.

Weitere Umstellung des Erzeugungsmixes auf Erneuerbare. Langfristig wird nur eine effiziente Energieerzeugung am Markt bestehen können. Wesentliche Wachstumsinvestitionen erfolgen daher in Effizienztechnologien, regenerative Energieerzeugung und Energiedienstleistungen. Dabei verfolgt SWH eine kerngeschäftsnahen Wachstumsstrategie. Der regenerative Anteil an der Stromerzeugung soll sich dabei bis Mitte des nächsten Jahrzehnts auf circa 40 bis 45 Prozent erhöhen. Für Haushaltskunden erfolgt dies derzeit bereits über 100 Prozent. Die regenerative Stromerzeugung entfällt dabei schwerpunktmäßig auf Biomasse-Erzeugungskapazitäten unter energetischer Nutzung für die Wärmeversorgung. Darüber hinaus werden zukünftig Windkraft-Erzeugungskapazitäten onshore verstärkt ausgebaut.

Neben der regenerativen Erzeugung wird die Eigenerzeugung stark mithilfe der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme (KWK) erfolgen. Die KWK verbessert die Effizienz des Kraftwerkparcs und ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zu den Klimaschutzaktivitäten im Rahmen der Klima-Allianz 2020/30 mit der Landeshauptstadt Hannover.

Erreichen der Ziele der Klima-Allianz 2020/2030. Die Klima-Allianz Hannover 2020 ist das Klimaschutzaktionsprogramm der Landeshauptstadt Hannover für den Zeitraum 2008 bis 2020. SWH verfolgt in der Klima-Allianz 2020 das Ziel einer substanziellen CO₂-Reduzierung bis 2020. Neben der CO₂-Reduzierung von 700.000 Tonnen pro Jahr gegenüber dem Referenzjahr 1990 soll der spezifische CO₂-Ausstoß der Stromeigenerzeugung auf 730 Gramm pro Kilowattstunde (g/kWh) und damit um 23 Prozent gegenüber dem Referenzjahr gesenkt werden. Außerdem soll der Anteil regenerativer und KWK-Stromerzeugung unter Nichtberücksichtigung von Sanierungseffekten im Gebäudebestand bei 30 Prozent

liegen. Alle Ziele für das Jahr 2020 wurden bereits im Jahr 2015 vorzeitig erreicht, obwohl die Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden als wesentliche Einzelmaßnahme ihr Potenzial von 200.000 Tonnen CO₂-Reduzierung auf Grund der Verwerfungen auf dem Strommarkt nur zu einem Teil realisieren konnte. Die Reduktion der spezifischen CO₂-Emissionen in den Kraftwerken wirkt sich seit 1990 mit knapp 400.000 Tonnen weniger CO₂ aus. Das örtliche Fernwärmeausbauprogramm hat bisher 100.000 Tonnen bewirkt. Einen überplanmäßigen Reduzierungsbeitrag leistete insbesondere die Maßnahme „Ausbau Contracting auf Basis Erneuerbarer Energien“, durch die auf Basis von Biomasse eine CO₂-Vermeidung von über 400.000 Tonnen (davon etwa 200.000 Tonnen bilanzwirksam nach den Regeln der Klima-Allianz) realisiert werden konnte. Im Rahmen einer Fortschreibung der Klima-Allianz-Vereinbarung mit der Landeshauptstadt Hannover bis zum Jahr 2030 hat sich das Unternehmen neue Ziele gesetzt, welche als integraler Bestandteil des Unternehmenskonzepts K2025 über Zwischenziele verfolgt werden sollen:

- Weitere Senkung des spezifischen CO₂-Ausstoßes der Strom-Eigenerzeugung von 953 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde in 1990 auf 600 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde bis 2030.
- Reduzierung der CO₂-Emissionen auf der Angebotsseite (Versorgung mit Strom und Wärme) um 1,2 Mio. Tonnen pro Jahr im Zeitraum 1990 bis 2030. Dies entspricht rund 25 Prozent der CO₂-Gesamtemissionen Hannovers von 1990.
- Der Anteil der in Hannover in KWK erzeugten Wärme am Wärmemarkt Hannovers soll von 16 Prozent in 1990 auf 35 Prozent in 2030 gesteigert werden.
- Steigerung der regenerativ erzeugten Strommenge zur Versorgung der SWH-Tarif- und Gewerbekunden von 0,003 TWh in 1990 auf 1,5 TWh in 2030.

Neben den bereits erfüllten Verpflichtungen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen auf der Angebotsseite unterstützt SWH den effizienten Einsatz von Energie beim Kunden unter anderem im Rahmen des Klimaschutzfonds proKlima.

Sichere und attraktive Arbeitsplätze. Die Grundlagen für eine nachhaltige Personalpolitik werden bereits langfristig mit Verträgen zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung gelegt. Der aktuelle Vertrag sieht einen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2018 vor. Den Herausforderungen der Marktentwicklung wird weiterhin mit adäquaten Mitarbeiterqualifikations- und Personalentwicklungsmaßnahmen sowie einer Erhöhung der Flexibilität durch moderne Arbeitsformen begegnet. Leistungsorientierung mit dem Willen zur guten Leistung soll als Bestandteil der sich wandelnden Unternehmenskultur gestärkt werden. Zukünftig ist eine weitere, sozial verträglich umzusetzende, Reduzierung der Mitarbeiterkapazitäten vorgesehen. Gleichzeitig hat das Management des Unternehmens im Jahr 2016 einen Transformationsprozess in Gang gesetzt, der in den kommenden Jahren seine Wirkung entfalten soll.

Strategie- und Transformationsprogramm „energcity 4.0“. Aufgrund des sich weiter ändernden Marktumfeldes wurde zum Begegnen der Herausforderungen und für die Ausrichtung des Unternehmens im Juni 2016 ein tiefgreifender "Strategie- und Transformationsprozess" unter dem Namen „energcity 4.0“ gestartet. Dieses Programm besteht aus drei Komponenten. Die erste ist die Strategie des Unternehmens, bei der eine umfassende Unternehmensstrategie erarbeitet wird, die insbesondere neue Zukunftsthemen wie beispielsweise eine Digitalisierungsstrategie über alle Wertschöpfungsstufen hinweg, umfasst. Das zweite wesentliche Element ist die Struktur des Unternehmens, die erforderlich ist um die neue Strategie umzusetzen. Und nicht zuletzt auch das Thema Kultur, das intensiv behandelt werden muss, um die Herausforderung der Zukunft zu bewältigen und das Unternehmen erfolgreich zu führen. Digitalisierung, Dezentralisierung und Dekarbonisierung sind dabei die drei Eckpfeiler, die den Kunden umgeben und sein Leben stark beeinflussen, weshalb diese auch im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen in Rahmen von energcity 4.0 stehen. Kooperationen und Vernetzung sind weitere zentrale Elemente.

2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

Deutsche Konjunktur weiter im Aufschwung. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 preis- und kalenderbereinigt um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Vorjahr: +1,5 Prozent). Die konjunkturelle Lage in Deutschland ist weiterhin durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Die wesentlichen Wachstumsbeiträge sind auch 2016 wieder den Konsumausgaben (+1,9 Prozentpunkte) zuzurechnen. Ein Vorratsabbau (-0,4 Prozentpunkte) sowie der leicht negative Außenbeitrag – als Differenz zwischen Exporten und Importen – von -0,1 Prozentpunkten bremsen das Wirtschafts-

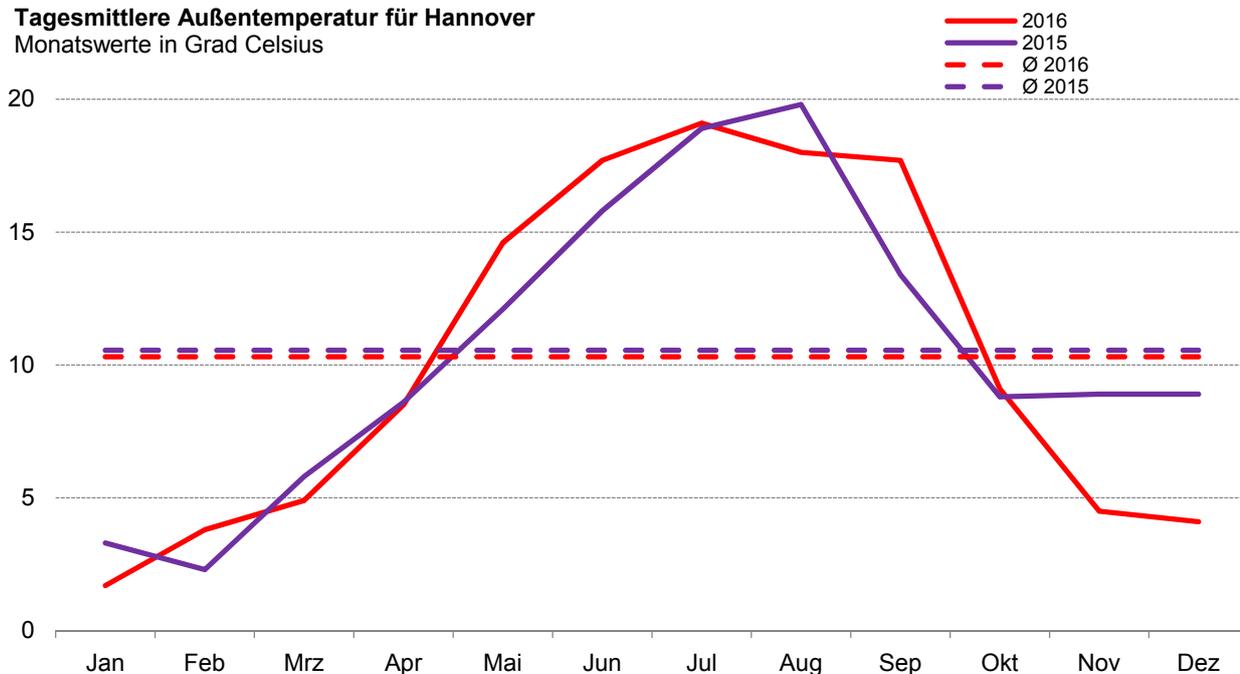
wachstum im Jahr 2016. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung über alle Wirtschaftsbereiche ist um 1,8 Prozent gestiegen (Vorjahr: +1,6 Prozent). Das größte Wachstum konnte dabei der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation mit einem Zuwachs von 3,0 Prozent verzeichnen. Das Baugewerbe legte um 2,8 Prozent, die Finanz- und Versicherungsdienstleister legten um 2,5 Prozent zu.

Gestiegene Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt 2016 erhöhten sich die deutschen Verbraucherpreise gegenüber 2015 um 0,5 Prozent. Maßgeblich für die geringe Inflationsrate sind insbesondere die anhaltenden Preisrückgänge für Energieprodukte. So verbilligte sich Energie im Wesentlichen aufgrund der Preisrückgänge für Mineralölprodukte (-9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr) sowie rückläufiger Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (-8,5 Prozent). Die Preise für Waren insgesamt sind in 2016 gegenüber 2015 um 0,4 Prozent gesunken, die für Dienstleistungen erhöhten sich dagegen insgesamt um 1,3 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energie würde die Inflationsrate bei +1,2 Prozent liegen.

2.1.2 Marktbezogene Entwicklung

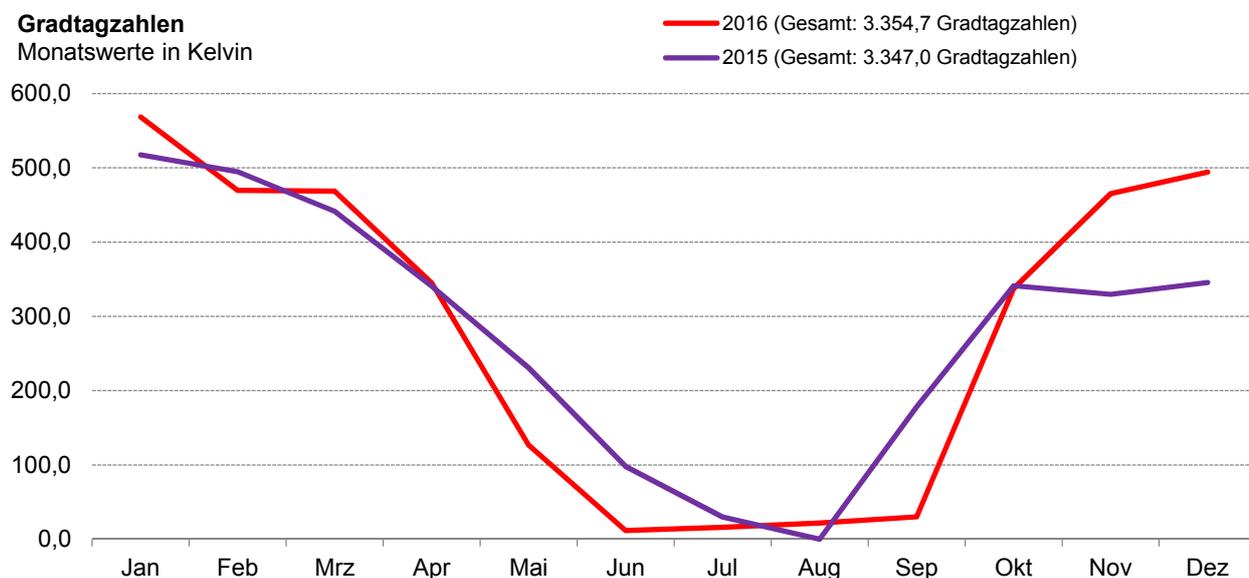
Witterungseinflüsse. Auch das Jahr 2016 verlief insgesamt wieder deutlich zu warm, brachte aber nicht die Temperature rekorde der beiden vorangegangenen Jahre. Im Jahresdurchschnitt lagen die tagesmittleren Außentemperaturen in Hannover bei 10,3 Grad Celsius gegenüber einem Jahresdurchschnitt in 2015 von 10,6 Grad Celsius.

Tagesmittlere Außentemperatur für Hannover
Monatswerte in Grad Celsius



Die im Jahresdurchschnitt 2016 unter dem Vorjahr liegenden tagesmittleren Außentemperaturen führten zu einer Zunahme der Gradtagzahlen¹ um rund 8 auf 3.355 in 2016 – als Indikator für den Heizenergiebedarf in Hannover.

¹ Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße, die den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur herstellt. Die Berechnung folgt der VDI-Richtlinie 3807 bei einer Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und einer Heizgrenztemperatur von 15 Grad Celsius.



Erneuerbare Energien weiterhin wichtigster Energieträger. Nach vorläufigen Berechnungen des BDEW ist die Bruttostromerzeugung in 2016 (rund 648 Mrd. kWh) im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent gestiegen, wobei der Anteil der erneuerbaren Energien (EEG-Strom) auf voraussichtlich 29,5 Prozent (Vorjahr: 29,0 Prozent*) gestiegen ist. Damit sind die erneuerbaren Energien erneut der wichtigste Energieträger, gefolgt von Braunkohle mit einem Anteil von 23,1 Prozent (Vorjahr: 23,9 Prozent*). Windenergie bleibt mit einer Erzeugung von 79,8 Mrd. kWh weiterhin die wichtigste erneuerbare Energieform.

Der Beitrag der regenerativen Energieträger an der Bruttostromerzeugung stellt sich nach vorläufigen Angaben des BDEW wie folgt dar:

	Bruttostromerzeugung		Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung	
	in Mrd. kWh		in Prozent	
	2016	2015*	2016	2015*
Windenergie	79,8	79,2	12,3	12,3
Biomasse	45,6	44,6	7,0	6,9
Photovoltaik	38,3	38,7	5,9	6,0
Wasserkraft	21,5	19,0	3,3	2,9
Müll und sonstige erneuerbare Energien	6,1	5,8	0,9	0,9
Gesamt	191,4	187,3	29,5	29,0

* Die Werte für 2015 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2015 an die zuletzt veröffentlichten Werte des BDEW angepasst.

Primärenergieverbrauch gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland für das Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent von 451,1 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten* (SKE) auf 458,2 Mio. Tonnen SKE gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr insbesondere im vierten Quartal kühlere Witterung sowie den Schalltag, der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungszuwachs zurückzuführen.

Die Struktur des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern stellt sich nach Angaben der AG Energiebilanzen wie folgt dar:

Primärenergieträger	2016	2015*
Anteile in Prozent		
Mineralöle	34,0	34,0
Erdgas	22,7	20,9
Erneuerbare Energien	12,6	12,4
Steinkohle	12,2	12,9
Braunkohle	11,4	11,8
Kernenergie	6,9	7,6
Sonstige einschließlich Stromausgleichsbeitrag	0,3	0,4

* Die Werte für 2015 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2015 teilweise an die endgültigen Berechnungen der AG Energiebilanzen angepasst.

Insgesamt hat sich die Struktur des Primärenergieverbrauchs in 2016 trotz des weiteren Ausbaus bei der Nutzung der erneuerbaren Energien nicht wesentlich verändert. Die Nutzung der erneuerbaren Energien erhöhte sich um 2,9 Prozent, sodass ihr Anteil am Gesamtverbrauch auf 12,6 Prozent gestiegen ist. Der Erdgasverbrauch erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung sowie dem Mehreinsatz von Erdgas in den Kraftwerken um 10,2 Prozent. Der Einsatz der Kernenergie verminderte sich aufgrund der Außerbetriebnahme des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld zur Mitte des Jahres 2015 sowie mehrerer planmäßiger Kraftwerksrevisionen um 7,4 Prozent. Der Verbrauch an Braunkohle verringerte sich um 2,6 Prozent, der Verbrauch an Steinkohle um 4,0 Prozent.

Entwicklung Erdgas- und Stromverbrauch. Nach vorläufigen Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Berlin, (BDEW) ist der Erdgasverbrauch in 2016 um gut 10 Prozent auf rund 940 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) gestiegen. Ursache für den gestiegenen Verbrauch sind im Wesentlichen die gegenüber dem Vorjahr deutlich kühleren Temperaturen sowie der deutlich gestiegene Einsatz von Erdgas in Kraftwerken, vor allem in KWK-Anlagen. Der Brutto-Stromverbrauch in Deutschland ist nach vorläufigen Schätzungen des BDEW im Jahr 2016 mit voraussichtlich insgesamt etwa 592,7 Mrd. kWh um rund 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau gesunken. Der Rückgang ist unter anderem auf steigende Energieeffizienz sowohl von Haushaltsgeräten und Beleuchtung als auch von industriellen Prozessen zurückzuführen.

Anhaltender Rückgang der Stromnotierungen am Terminmarkt. Im Geschäftsjahr 2016 beziehungsweise im Vorjahr notierten die Kontrakte auf dem Terminmarkt der European Energy Exchange (EEX) wie folgt (in EUR je MWh):

2016	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	in EUR je MWh					
Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2017	26,58	20,85	35,51	33,51	27,32	44,28
2018	25,15	20,02	31,36	31,92	26,38	39,83

2015	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	in EUR je MWh					
Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2016	30,97	27,94	33,97	39,06	34,77	43,58
2017	30,25	26,40	33,01	38,47	33,33	42,72

Die Preisrückgänge für Stromnotierungen am Terminmarkt setzten sich auch im Jahr 2016 weiter fort. So sanken die durchschnittlichen Preise in 2016 für Lieferungen im jeweiligen Frontjahr gegenüber dem Vorjahr für das Produkt Base-

load um 14,2 Prozent (Vorjahr: –11,7 Prozent) und für das Produkt Peakload um 14,2 Prozent (Vorjahr: –12,0 Prozent). Die Ursache für diese Entwicklung liegt im Wesentlichen an dem steigenden Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung sowie dem niedrigen Preisniveau für Gas.

Spreadentwicklung. Da das Erzeugungsportfolio zum Großteil aus Steinkohle- und Gaskraftwerken besteht, ist die Ergebnisentwicklung insbesondere durch die realisierten Clean Dark Spreads und Clean Spark Spreads geprägt. Der Clean Dark Spread unterliegt seit 2014 keiner stärkeren Veränderung. Bedingt durch den zunehmenden Einfluss der regenerativen Kapazitäten bis in den Grundlastbereich sind hier Steinkohleanlagen nicht mehr marktfähig, werden im Offpeak-Bereich zunehmend nicht eingesetzt und damit wird die Marktsituation überwiegend von den Peak-Erlösen bestimmt. Beim Clean Spark Spread erfolgte in 2014 eine Trendumkehr und seit etwa Mitte 2014 steigt der Wert an. Der Anstieg führte im November 2016 bis in den positiven Bereich, bevor der Trend gestoppt wurde und das Jahr im negativen Bereich abschloss.

Weiter sinkendes Erdgaspreisniveau. Mengenmäßig lagen die Erdgasimporte im Beobachtungszeitraum Januar bis November 2016 um 3,6 Prozent unter der Vergleichsperiode (Vorjahr: +20,2 Prozent*). Der durchschnittliche Grenzübergangspreis pro Terajoule Erdgas ist im Zeitraum Januar bis November 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach vorläufigen Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn, (BAFA) um 27,2 Prozent (Vorjahr: –11,3 Prozent²) gesunken. Im November 2016 lag der Grenzübergangspreis für eine Kilowattstunde Erdgas durchschnittlich bei circa 1,70 EUR-Cent und damit um 10,6 Prozent niedriger als im November 2015 (November 2015: circa 1,90 EUR-Cent*). Im Beobachtungszeitraum lag der durchschnittliche Grenzübergangspreis für eine Kilowattstunde Erdgas bei 1,51 EUR-Cent (Vorjahr: 2,08 EUR-Cent*).

* Die Werte für 2015 wurden im Vergleich zur Berichterstattung im Lagebericht 2015 teilweise aufgrund von Unternehmenskorrekturen durch die BAFA angepasst.

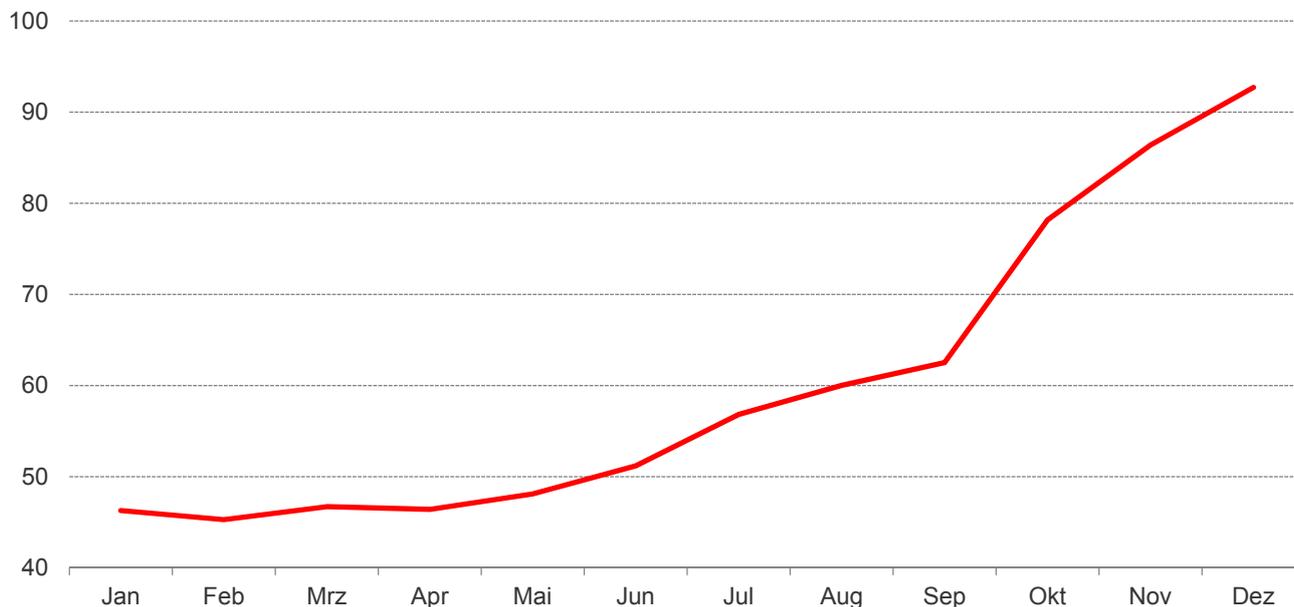
Weiter sinkende Gaspreise am Terminmarkt. Im Geschäftsjahr 2016 notierten die durchschnittlichen Gaspreise am Title Transfer Facility (TTF) im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2016	2015	Veränderung	
	in EUR je MWh	in EUR je MWh	in EUR je MWh	in Prozent
Lieferjahr 2017	15,40	20,21	–4,81	–23,8
Lieferjahr 2018	15,75	20,24	–4,49	–22,2

Kohlenotierungen. Die monatlichen Kohlenotierungen (API#2-Index²) für Lieferungen nach Nordwesteuropa stiegen nach einem Allzeittief im Februar bis zum Jahresende 2016 deutlich an. Die Notierung bewegte sich in einer Bandbreite von 47,42 US-Dollar/t. Ausgehend von 46,30 US-Dollar/t im Januar und dem Tiefststand von 45,29 US-Dollar/t im Februar stiegen die Notierungen auf ihren Höchststand von 92,71 US-Dollar/t im Dezember. Insgesamt lagen die Kohlenotierungen während des Jahres 2016 um circa 5,31 Prozent höher als im Vergleichszeitraum 2015.

² API#2-Index: Preis in US-Dollar je metrische Tonne für Importe CIF ARA (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg

Kohlenotierungen (API#2-Index) 2016
in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA)



Nachdem der Kohlepreis im ersten Quartal zunächst auf neue Tiefstwerte sank, stieg er ab April auf Grund steigender Importe in China wieder an. Finanzmarktteilnehmer stiegen ein und verstärkten den Preisanstieg und die Volatilität. Im Herbst führten Produktionsausfälle in Frankreich zu stark steigenden Strom- und damit Kohlepreisen. Kältewellen im November und Dezember hielten den Kohlepreis auf einem hohen Niveau.

Kohlenotierungen (API#2-Index)	2016	2015
in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA) (Quelle: Global Coal)		
erstes Halbjahr	47,34	60,32
zweites Halbjahr	72,78	53,74
Jahresdurchschnitt	60,06	57,03

Das BAFA ermittelt auf Grundlage von Meldungen der Steinkohlebezieher (Kraftwerksbetreiber und Stahlerzeuger) die Drittlandskohlepreise frei deutsche Grenze für Kraftwerkssteinkohle. Im dritten Quartal 2016 lag der durchschnittliche Preis je Tonne Steinkohleeinheit (SKE) gemäß BAFA bei 65,03 EUR je Tonne SKE (drittes Quartal 2015: 66,10 EUR je Tonne SKE). Der Jahresdurchschnittswert für 2016 ist zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts noch nicht bekanntgegeben (2015: 67,90 EUR je Tonne SKE).

Steigendes Ölpreisniveau. Insgesamt lagen die Handelspreise für einen Barrel der Nordseeölsorte Brent-Rohöl an der International Commodities Exchange (ICE) in London im Wesentlichen aufgrund des schwachen ersten Halbjahres im Gesamtjahr 2016 mit durchschnittlich 43,72 US-Dollar deutlich unter dem Vorjahresniveau von 52,39 US-Dollar je Barrel. Der Mittelwert für das Frontjahr lag 2016 insgesamt bei 49,27 US-Dollar je Barrel und damit ebenfalls deutlich unter dem Niveau von 2015 in Höhe von 52,67 US-Dollar je Barrel.

Brent Dated

in US-Dollar je Barrel (ICE)



Im ersten Halbjahr 2016 lag das Ölpreisniveau bei durchschnittlich 39,72 US-Dollar je Barrel (erstes Halbjahr 2015: 57,87 US-Dollar je Barrel) und erreichte am 20. Januar 2016 mit einem Schlusskurs von 26,72 US-Dollar je Barrel sein Jahrestief. In den Monaten März bis Mai 2016 zogen die Ölpreisnotierungen dann überraschend aufgrund von Produktionsausfällen in wichtigen Ölförderländern an und stiegen bereits auf rund 49 US-Dollar je Barrel. Aufgrund des Drosselungsbeschlusses der OPEC im September 2016 und dem OPEC-Quotenbeschluss Ende November 2016 stiegen die Ölpreise dann weiter an und führten im zweiten Halbjahr 2016 zu einem durchschnittlichen Ölpreis von 47,50 US-Dollar je Barrel (zweites Halbjahr 2015: 46,95 US-Dollar je Barrel) und dem Jahreshöchstwert von 55,36 US-Dollar je Barrel am 29. Dezember 2016.

Nach vorläufigen Berechnungen des BAFA sind die Rohöleinfuhren in die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum Januar bis November 2016 gegenüber der entsprechenden Referenzperiode 2015 um 0,5 Prozent von 83,0 Mio. Tonnen auf 83,4 Mio. Tonnen gestiegen. Der Grenzübergangspreis für die Tonne Importrohöl lag im Durchschnitt von Januar bis November 2016 mit 279,66 EUR um etwa 23,1 Prozent niedriger als im Vorjahresvergleichszeitraum (363,87 EUR).

Wieder gesunkenes Preisniveau am CO₂-Markt. Das Futureprodukt der EEX EUA Mid Dec 2016 zeigte bei einem wieder gesunkenen Preisniveau einen Durchschnittspreis von 5,34 EUR (Vorjahr: 7,70 EUR).

Notierungen für CO₂-Zertifikate

2016

EEX Future EUA
Mid Dec 2016

2015

EEX Future EUA
Mid Dec 2015

in EUR je Tonne

Jahresdurchschnitt	5,34	7,70
Tages-Maximum	8,12	8,68
Tages-Minimum	3,91	6,44

Preissituation für Ersatzbrennstoffe und Biomasse. Gerade im Bereich der Ersatzbrennstoffe entscheidet das Verhältnis von Angebot und Nachfrage über die Preisentwicklung. Bei Biomasse, wie beispielsweise Holzbiomasse, und Inputsubstraten, wie beispielsweise Maissilage, kommen noch regionale Marktgegebenheiten hinzu. Daher geben die folgenden Ausführungen im Wesentlichen die Preissituation der im Konzernverbund befindlichen Ersatzbrennstoff- und Biomasseheizkraftwerke sowie Biogasanlagen wieder.

Nach einem dramatischen Einbruch der Zuzahlungen im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise entwickelten sich die Preise für Ersatzbrennstoffe, wie aufbereitete Siedlungs- und Gewerbeabfälle, zwischen den Jahren 2012 und 2014 zunächst moderat in einem Bereich von +/-2 Prozent im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr. Im Jahr 2015 erhöhten sich

die Zuzahlungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 14 Prozent. In 2016 erhöhten sich die Zuzahlungen um weitere rund 32 Prozent.

Die Kosten des Holzeinkaufs für die im Konzernverbund betriebenen Kraftwerke zur energetischen Verwendung von Althölzern, wie beispielsweise aus ausrangierten Möbeln, Bauholz oder Bahnschwellen, halbierten sich im Jahr 2016 nahezu. Ursächlich für diesen Preisrückgang ist unter anderem die ausgelaufene Förderung von Energieerzeugungsanlagen auf der Basis von Holzhackschnitzeln und die damit verbundene Kapazitätsverknappung durch sukzessive Stilllegungen alter Kraftwerke. Die Preise für naturbelassene Holzhackschnitzel sanken in 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent.

EEG-Umlage 2017 steigt um 8,3 Prozent. Die Übertragungsnetzbetreiber sind gemäß Ausgleichsmechanismusverordnung verpflichtet bis zum 15. Oktober eines Kalenderjahres die EEG-Umlage für das folgende Kalenderjahr zu ermitteln und zu veröffentlichen. Danach beträgt die EEG-Umlage für nicht privilegierten Letztverbraucherabsatz für das Jahr 2017 6,880 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) (2016: 6,354 ct/kWh). Dies entspricht einem Umlagebetrag für 2017 von circa 23,98 Mrd. EUR pro Jahr (Vorjahr: circa 22,9 Mrd. EUR).

2.2 Wesentliche politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch markt- und wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Geschäftspolitik der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen muss daher immer wieder an die sich ändernden Voraussetzungen und Regularien angepasst werden. SWH wird sich auch künftig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

Im Folgenden sind ausgewählte gesetzliche Neuerungen sowie Änderungen dargestellt, die von Bedeutung für die Geschäftstätigkeit von SWH sind.

2.2.1 Europäische Energiepolitik

Finanzmarktrichtlinie MiFID II. Im Juni 2014 wurden die Richtlinie für Markets in Financial Instruments (MiFID II) sowie die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Ziel ist es, die Finanzmärkte effizienter, widerstandsfähiger und transparenter zu machen und den Anlegerschutz zu stärken. Hierzu führt die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA (European Securities and Markets Authority) einen umfangreichen Konsultationsprozess durch. Dieser Konsultationsprozess als untergesetzliches Verfahren zur Konkretisierung der Bestimmungen der MiFID II ist hinsichtlich der Auswirkungen gerade auf die Energiewirtschaft von großer Wichtigkeit. Insbesondere die Formulierung der Nebentätigkeitsausnahme ist für Energieversorgungsunternehmen für die Beantwortung der Frage, ob sie unter die verschärften Anforderungen der MiFID II fallen, von erheblicher Bedeutung.

Am 30. Juni 2016 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union eine Richtlinie sowie eine Verordnung zur Verschiebung des Geltungsbeginns von MiFID II und MiFIR veröffentlicht. Geltungsbeginn ist nun der 3. Januar 2018 und das Datum für die Umsetzung von MiFID II durch die Mitgliedstaaten wurde auf den 3. Juli 2017 verschoben.

Europäischer Emissionshandel. Der Europäische Rat hatte sich im Oktober 2014 auf die Leitlinien für die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 verständigt. In Bezug auf die Treibhausgase soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion von 40 Prozent (gegenüber dem Basisjahr 1990) erreicht werden. Dieses Ziel soll wie bisher auch auf Ebene der Mitgliedstaaten individuell verpflichtend ausgestaltet werden. Kernpunkte der am 15. Juli 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novelle des EU-Emissionshandelssystems sind der sogenannte lineare Reduktionsfaktor in Höhe von 2,2 Prozent und die Festlegung, dass Erlöse aus 310 Mio. auktionierten Zertifikaten in einen Modernisierungsfonds fließen sollen. Der Modernisierungsfonds soll für den Zeitraum 2021 bis 2030 eingerichtet werden und Staaten Zugang zu dessen Mitteln gewähren, die weniger als 60 Prozent des europäischen Durchschnitts-BIP/Kopf erreichen. Bisher sollte die zugelassene jährliche Menge an Emissionsrechten um 1,74 Prozent reduziert werden. Die Novelle wird derzeit in den Ratsgruppen erörtert.

Rahmenstrategie zur Energieunion. Im Februar 2015 stellte die Europäische Kommission ihre Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie vor. Ziel der Energieunion ist die Versorgung der Verbraucher in der EU mit sicherer, nachhaltiger, auf Wettbewerbsbasis erzeugter und erschwinglicher Energie. Zur Zielerreichung konzentriert sich die Energieunion auf fünf sich gegenseitig unterstützende Komponenten: Versorgungssicherheit, einen vollständig integrierten europäischen Energiemarkt, Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs, Verringerung der CO₂-Emissionen aus der Wirtschaft sowie Forschung, Innovation und Wett-

bewerbsfähigkeit im Energiebereich. Dabei stützt sich die Rahmenstrategie zur Energieunion auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und die Strategie für Energieversorgungssicherheit. Mitte März 2015 wurde die Rahmenstrategie zur Energieunion vom Europäischen Rat weitgehend bestätigt und Ende November 2015 verständigte sich der Ministerrat der EU auf Grundsätze zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele. Ein besonderes Augenmerk liegt bei der Umsetzung der Energieunion zunächst auf der tatsächlichen Umsetzung der Energiebinnenmarktregeln sowie auf der Überprüfung des Marktdesigns.

Im Februar 2016 legte die Europäische Kommission ein Paket zur Energieversorgungssicherheit Europas vor, das Vorschläge zur Überarbeitung der Gasversorgungssicherheits-Verordnung, zur Versorgungsstrategie mit verflüssigtem Erdgas (LNG) und zu Gasspeichern sowie Vorschläge zu einer Strategie für die Umsetzung der Energiewende im europäischen Wärme- und Kältemarkt enthält.

Winterpaket der EU-Kommission. Ende November 2016 hat die Europäische Kommission das sogenannte Winterpaket zur Energiepolitik vorgestellt, das einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgase in der EU leisten und dafür sorgen soll, dass Energie bezahlbar sowie Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Das Paket umfasst im Wesentlichen vier Richtlinien sowie vier Verordnungen und enthält unter anderem einen Vorschlag für eine bessere Koordinierung der nationalen Energiepolitiken durch abgestimmte nationale Klima- und Energiepläne, eine neue Energieeffizienzrichtlinie, die Weiterentwicklung der Gebäuderichtlinie, eine neue Erneuerbaren-Richtlinie und ein neues europäisches Strommarktdesign. Mit dem Paket sollen auch die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Oktober 2014 zu den europäischen Klima- und Energiezielen für 2030 umgesetzt werden. Das Maßnahmenpaket muss auf EU-Ebene noch vom Europäischen Parlament sowie vom Ministerrat beschlossen werden.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Strommarkt 2.0. Am 30. Juli 2016 ist das Strommarktgesetz in Kraft getreten. Wichtige Maßnahmen des Strommarktgesetzes sind unter anderem:

- Garantie der freien Preisbildung
- Überwachung der Versorgungssicherheit
- Einführung einer Kapazitätsreserve
- Weiterentwicklung der Regelleistungsmärkte
- Erhöhung der Transparenz im Strommarkt
- Verlängerung der Netzreserve

Das Strommarktgesetz soll die Basis für das künftige Marktdesign bilden. Der Gesetzgeber setzt auf den selbst regulierenden Strommarkt, flankiert diesen aber mit einer Kapazitätsreserve, einer Netzreserve und Regelungen zur Stilllegung von Braunkohlekraftwerken. Daneben werden die Pflichten von Bilanzkreisverantwortlichen erhöht. Die Vergütung der Redispatch-Maßnahmen wird konkretisiert und weitere Regelungen eingeführt, wie die Spitzenkappung sowie die Einrichtung einer Informationsplattform und eines Marktstammdatenregisters. Mit dem Strommarktgesetz tritt auch die neu geschaffene Verordnungsermächtigung für die Umlage nach § 19 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) für Netzentgeltreduzierungen für netzdienliches Verbrauchsverhalten rückwirkend zum 1. Januar 2012 in Kraft. Damit wurde die ursprünglich fehlende Rechtsgrundlage für die seit 2012 praktizierte Umlage nachgeholt.

Zur Reserveleistungsvorhaltung sieht das Strommarktgesetz innerhalb der Änderungen des EnWG die Einrichtung verschiedener Mechanismen vor. Zusätzlich sieht das Strommarktgesetz den teilweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung durch die sogenannte Sicherheitsbereitschaft vor. Danach werden ab dem 1. Oktober 2016 sukzessiv 13 Prozent der existierenden Braunkohlekraftwerke in die Sicherheitsbereitschaft überführt, die nach Angaben der Bundesregierung zur Sicherstellung der Stromversorgung geschaffen wird. Ab 2020 sind die betroffenen Braunkohlekraftwerke dann stillzulegen.

Neuregelung des KWKG-Gesetzes in Kraft getreten. Am 1. Januar 2016 ist die Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) in Kraft getreten. Die Neuregelung des KWKG beinhaltet unter anderem als Ausbauziel einen KWK-Anteil an der Nettostromerzeugung von 110 TWh bis zum Jahr 2020 sowie von 120 TWh bis zum Jahr 2025. Zur Erreichung des Ausbauziels ist unter anderem eine verbesserte Förderung von neuen KWK-Anlagen in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. EUR sowie eine Verlängerung des Förderrahmens bis zum Jahr 2022 vorgesehen. Außerdem beinhaltet die Neuregelung die Einführung von Zuschlägen für den Bestand an Gas-KWK-Anlagen, wobei eine Ausschlussklausel dazu führt, dass „Early Mover“ bei der Modernisierung mit Erweiterung von hocheffizienten Gas-KWK-Anlagen leer

ausgehen, dazu zählt auch die Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) in Hannover-Linden (bekannt unter Heizkraftwerk Linden (HKW Linden)). Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem eine elektrische Leistung von mehr als 2 MW sowie die Einspeisung ins öffentliche Netz. Anlagen, die bereits nach dem KWKG gefördert werden, haben keinen Anspruch auf diese Förderung. Die Durchführung bestimmter Fördermaßnahmen des KWKG 2016 stand allerdings noch unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission, die im Oktober 2016 erteilt wurde.

Verordnung „Kritische Infrastrukturen“. Am 2. Mai 2016 ist die Verordnung „Kritische Infrastrukturen“ in Kraft getreten. Dies ist für Betreiber von Energieanlagen und Energieversorgungsnetzen auch gleichzeitig der Beginn der Meldepflicht für erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Betreiber kritischer Infrastrukturen, die keine Energieanlagen oder Energieversorgungsnetze betreiben, haben noch sechs Monate Zeit, um eine Kontaktstelle für die Erfüllung der Meldepflichten gegenüber dem BSI einzurichten.

Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung von der Bundesregierung verabschiedet. Anfang Juni 2016 hat die Bundesregierung die Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung verabschiedet. Mit der Grenzüberschreitenden-Erneuerbare-Energien-Verordnung werden die Vorgaben aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 umgesetzt, mit denen eine stärkere europäische Integration der Energiewende ermöglicht werden soll. So werden ab dem Jahr 2017 die Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien für fünf Prozent der jährlich zu installierenden Leistungen für Anlagen aus anderen EU-Mitgliedstaaten auf Basis der Gegenseitigkeit geöffnet. Zunächst soll die Verordnung in diesem Jahr für Pilotausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächen greifen. Ab 2017 erfolgt dann die anteilige Öffnung für andere Technologien.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Am 2. September 2016 ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) in Kraft getreten. Das Gesetz regelt die Pflicht zum Einbau und die technischen Mindestanforderungen für moderne und kommunikationsfähige Stromzähler und intelligente Messsysteme (Smart Meter). Kernpunkte sind neben den technischen Mindestanforderungen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit, der abschließenden Regelung des zulässigen Datenverkehrs sowie der Regelungs- und Regulierungsrahmen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen insbesondere der stufenweise Einbau der intelligenten Messsysteme, der durch ein neues Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) geregelt werden soll. Das MsbG regelt zunächst die technischen Vorgaben für den Einbau und Betrieb der modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsysteme, beinhaltet aber auch die buchhalterische Entflechtung für den grundzuständigen Messstellenbetreiber. Weiterhin grundzuständig für den Messstellenbetrieb sind nach dem MsbG Betreiber von Energieversorgungsnetzen der allgemeinen Versorgung. Die zentrale Pflicht des grundzuständigen Messstellenbetreibers liegt in der Einhaltung der gesetzlich vordefinierten Rollout-Pläne. Mit intelligenten Messsystemen müssen im Strom unter anderem Letztverbraucher mit einem Jahresstromverbrauch >6.000 kWh und EEG-/KWKG-Anlagen mit installierter Leistung >7 kW ausgestattet werden.

Änderung der Anreizregulierungsverordnung. Mit steigendem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, den Anforderungen an intelligente Netze und den notwendigen Reinvestitionen steigt der Investitionsbedarf in die Energienetze. Daher müssen die Investitionsbedingungen in die Verteilernetze verbessert werden. Gleichzeitig soll auch die Kostenbelastung für Netzkunden im Blick behalten werden. Am 17. September 2016 ist die novellierte Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft getreten. Mit dem Inkrafttreten sind die Neuregelungen im Wesentlichen mit Beginn der dritten Regulierungsperiode ab 2018 (Gas) beziehungsweise 2019 (Strom) anzuwenden. Die wesentliche Änderung ist die Einführung eines jährlichen Kapitalkostenabgleichs (Eliminierung des Zeitverzugs bei der Erlösanerkennung) auf Basis tatsächlicher Investitionen. Damit werden zwar die wirtschaftlichen Bedingungen für neue Investitionen verbessert, bei gleichzeitigem Wegfall bisheriger Instrumente steht dem jedoch eine Entwertung des Altanlagevermögens entgegen.

Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV). Am 1. Oktober 2016 ist die Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) in Kraft getreten. Um in Zeiten zunehmender fluktuierender Erzeugung (Wind, Solar) die Sicherheit und Zuverlässigkeit in den deutschen Übertragungsnetzen aufrecht zu erhalten beziehungsweise zu erhöhen, hat die Bundesregierung den Entwurf der Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten vorgelegt. Bestimmte Großverbraucher sollen danach - gegen Entgelt und auf freiwilliger Basis - auf Aufforderung des Übertragungsnetzbetreibers ihren Verbrauch um eine bestimmte Leistung reduzieren und auf diese Weise einen Beitrag zur Netz- und Systemstabilität leisten. Die Netzbetreiber müssen die Umlage als Aufschlag auf das Netzentgelt in ihre Preisblätter für das Jahr 2017 aufnehmen. Entsprechend müssen die Vertriebe in ihren Produkten die Umlage berücksichtigen.

Klimaschutzplan 2050. Am 14. November 2016 hat das Bundeskabinett den Klimaschutzplan 2050 beschlossen. Es handelt sich dabei um eine Strategie der Bundesregierung, die regelmäßig fortgeschrieben werden soll. Jeder Klima-

schutzplan soll dann durch Maßnahmenprogramme konkretisiert und umgesetzt werden. Das erste Maßnahmenprogramm soll 2018 verabschiedet werden. Falls erforderlich sollen Maßnahmen durch Bundesgesetze umgesetzt werden.

Leitbild und Maßstab des Klimaschutzplans 2050 sind die international vereinbarten Klimaschutzziele, insbesondere das im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarte Ziel die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius zu begrenzen und Anstrengungen für eine Begrenzung auf höchstens 1,5 Grad Celsius zu unternehmen. Deutschland selbst will bis zur Mitte dieses Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral werden. Dafür werden im Klimaschutzplan 2050 Zwischenziele für die Zeit nach 2020 verankert, übergreifend und für die wesentlichen Handlungsfelder beziehungsweise Sektoren (Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft) erste Leitbilder für 2050 skizziert und Meilensteine sowie konkrete nächste Reduktionsschritte dargestellt.

Als Zwischenziel bis spätestens 2030 wurde eine Reduktion der gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 formuliert. Dabei wurden für das Handlungsfeld Energiewirtschaft eine Minderung von 61 bis 62 Prozent gegenüber 1990 und für das Handlungsfeld Gebäude eine Minderung von 66 bis 67 Prozent gegenüber 1990 festgelegt.

Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG 2017). Bei der EEG-Novelle 2014 wurde entschieden, die Fördersätze für Erneuerbare-Energien-Anlagen in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren zwischen den Anlagenbetreibern zu ermitteln und damit die Entwicklung des EEG in Richtung mehr Marktstärke und Wettbewerb voranzutreiben. Mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, dem EEG 2017, soll nun die Grundlage dafür geschaffen werden, die Vergütung des erneuerbaren Stroms ab 2017 nicht wie bisher staatlich festzulegen, sondern durch Ausschreibungen am Markt zu ermitteln. Die Ausschreibung der Förderung hat das Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien stetig und kosteneffizient fortzusetzen.

Mit der Reform des EEG soll das neue Ausschreibungsmodell zur Förderung der erneuerbaren Energien gesetzlich verankert werden. Dabei konzentriert sich das neue Modell auf die Technologien, die den größten Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele des EEG 2014 leisten sollen: Windenergie an Land, Windenergie auf See, solare Strahlungsenergie sowie Biomasse. Für die Technologien wird jeweils ein eigenes Ausschreibungsmodell festgelegt, das die Besonderheiten der jeweiligen Technologie berücksichtigt.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit des EEG 2017 mit dem europäischen Beihilferecht konnte bereits Ende August 2016 zwischen dem BMWi und der Europäischen Kommission eine grundsätzliche Verständigung erzielt werden. Der aus den Gesprächen mit der Europäischen Kommission resultierende Anpassungsbedarf im nationalen Recht wurde in einem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung“ umgesetzt, das nach der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat im Dezember 2016 am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist. Am 20. Dezember 2016 erteilte die Europäische Kommission die beihilferechtliche Genehmigung des EEG 2017, so dass das EEG 2017 ebenfalls wie geplant am 1. Januar 2017 in Kraft treten konnte.

Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG). Im Januar 2017 hat das Bundeskabinett dem vom BMWi vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (Netzentgeltmodernisierungsgesetz - NEMoG) zugestimmt. Zentraler Punkt des Gesetzentwurfs ist die Abschaffung der vermeintlichen Netzentgelte bis zum Jahr 2030 und die bundesweite Vereinheitlichung der Entgelte der Übertragungsnetzbetreiber.

Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG). Am 10. November 2016 ist das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) in Kraft getreten. Inhaltlich stehen Pflichten von Betreibern physischer Infrastrukturen (Telekommunikation, Gas, Strom, Abwasser, Schiene, Straße, Wasserstraße), die sich zur Mitverlegung von Breitbandkabeln eignen, im Vordergrund. Diese müssen interessierten Telekommunikationsnetzbetreibern Informationen über die Verfügbarkeit der betreffenden Infrastrukturen liefern und eine vertraglich ausgestaltete Mitnutzung gestatten. Darüber hinaus wurden Regelungen zur Koordinierung von Bauarbeiten ergänzt. Trinkwasserrohre sind nicht betroffen.

Änderungen der Strom- und Gaskonzessionsvergabe. Anfang Dezember 2016 hat der Bundestag Änderungen zu den Regelungen der Konzessionsvergabe in § 46 EnWG beschlossen. Mit dem Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgelassenen Energieversorgung soll die Vergabe von Strom- und GasnetzkonzeSSIONen künftig rechtssicherer und einfacher werden. Die Neuregelung enthält einige wichtige Klarstellungen und Ergänzungen zur Berechnung des Netzkaufpreises sowie zur Rügeverpflichtung im Konzessionsverfahren und erstmals werden auch die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft als mögliche Kriterien der Konzessionsvergabe ausdrücklich im Gesetz genannt. Die Neuregelungen können nach der Befassung des Bundesrates, die spätestens im Februar 2017 erfolgt, in Kraft treten.

EnWG-Reform zur Umstellung von L-Gas auf H-Gas. Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Bevorratung von Erdöl, zur Erhebung von Mineralölpreisen und zur Umstellung auf hochkalorisches Erdgas ist am 21. Dezember 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und ist am 1. Januar 2017 in Kraft getreten. Mit der Änderung der Vorschrift des § 19a EnWG (Umstellung der Gasqualität von L-Gas auf H-Gas) wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die niederländische und einheimische L-Gas-Produktion rückläufig ist und dadurch eine dauerhafte Umstellung der Gasqualität von L-Gas auf H-Gas erforderlich wird.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Veränderungen in der Beteiligungsstruktur

Gründung der enercity Immobilien GmbH & Co. KG. Anfang Januar 2016 wurden die enercity Immobilien GmbH & Co. KG, Hannover, (eIG), sowie die enercity Immobilienverwaltungs GmbH, Hannover, (eIVG), jeweils als 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWH gegründet. Im Rahmen der Sachgründung der eIG wurden alle Bestandsimmobilien der Standorte Glocksee und Ricklingen zu Buchwerten auf die Gesellschaft übertragen. Die Gründung der Komplementärin eIVG erfolgte durch Einzahlung des Stammkapitals in Höhe von 25 TEUR.

Verschmelzung GKL. SWH hat mit Kaufvertrag zum 12. Juli 2016 die restlichen Geschäftsanteile in Höhe von 10,0 Prozent an der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, erworben. Der Geschäftsbetrieb wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die SWH verschmolzen und wird durch diese weitergeführt.

3.2 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Veränderung Strom-, Gas- und Wasserpreise. Zum 1. Januar 2016 wurde der Tarifpreis für Gas um durchschnittlich 3,1 Prozent gesenkt, die Tarifpreise für Strom um durchschnittlich 1,9 Prozent sowie für Wasser um durchschnittlich 1,6 Prozent erhöht.

3.3 Absatz und Beschaffung

Im Folgenden ist die Entwicklung der Sparten Strom, Gas, Wasser und Wärme sowohl absatz- als auch beschaffungsseitig dargestellt:

Strom. Im Geschäftsjahr 2016 liegt der Vertriebsabsatz ohne Energiehandel in der Sparte Strom insgesamt um –29,0 Prozent (Vorjahr: +1,1 Prozent) deutlich unter dem Vorjahr. Der Rückgang des Stromabsatzes ist im Wesentlichen auf Kundenverluste zurückzuführen. Darüber hinaus haben zunehmende Energieeinsparungen zu einer Mengenreduzierung bei Bestandskunden und damit zu dem sinkenden Stromabsatz beigetragen. Die Stromhandelsmengen liegen ebenfalls deutlich unter dem Vorjahr (–23,9 Prozent; Vorjahr: –3,2 Prozent).

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Stromvertriebsabsatzes sowie der Stromhandelsmengen sind auch die Strombezugs- und -erzeugungsmengen 2016 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der mengenmäßig größte Anteil entfällt wie im Vorjahr mit 62,0 Prozent auf den Stromhandel (Vorjahr: 65,0 Prozent).

Gas. In der Sparte Gas betreibt SWH die Versorgung im Stadtgebiet Hannover und in weiteren regionalen Gemeinden sowie Geschäfte am Gashandelsmarkt. Der Gasvertriebsabsatz ohne Weiterverteiler und Energiehandel ist in 2016 insgesamt um insgesamt –4,7 Prozent (Vorjahr: +16,8 Prozent) gesunken. Die Gashandelsmengen liegen mit +22,3 Prozent deutlich über dem Vorjahresniveau (+15,3 Prozent).

Korrespondierend mit der Entwicklung im Gasvertriebsabsatz sowie im Gashandel sind die Gasbezugsmengen im abgelaufenen Geschäftsjahr ebenfalls gestiegen. Die Gashandelsaktivitäten sind dabei weiterhin mit einem Anteil von 90,2 Prozent von wesentlicher Bedeutung (Vorjahr: 88,2 Prozent).

Wasser. SWH betreibt in der Sparte Wasser auf der Absatzseite die Wasserversorgung im Stadtgebiet Hannover und in weiteren regionalen Gemeinden. Darüber hinaus werden verschiedene regionale Wasserverbände und Ortsteile beliefert. Der Wasserabsatz liegt im Geschäftsjahr 2016 mit 42,1 Mio. Kubikmetern um +1,1 Prozent über Vorjahresniveau (Vorjahr: +1,8 Prozent).

Der Wasserbezug erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover sowie über Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Eigenerzeugung machte 2016 mit 93,1 Prozent (Vorjahr: 93,5 Prozent) weiterhin den Großteil am Gesamtbezug von 43,8 Mio. Kubikmetern aus. Damit stellt der Fremdbezug nach wie vor nur eine strategische Ergänzung zur Eigenerzeugung dar.

Fernwärme. Zu den SWH-Fernwärmekunden zählen Industrieunternehmen, öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Kunden in Wohngebieten. Der Fernwärmeabsatz ist 2016 insbesondere aufgrund der kühleren Witterung insgesamt um 7,7 Prozent (Vorjahr: 6,5 Prozent) gestiegen. Der Fernwärmebedarf wurde dabei fast vollständig durch eigene und durch SWH-betriebene Erzeugungskapazitäten gedeckt.

3.4 Umwelt und Innovation

Umweltschutz in der SWH-Unternehmensstrategie. Als Unternehmen der Daseinsvorsorge ist SWH dem Umwelt- und Klimaschutz in besonderer Weise verpflichtet. Ökologisches Verantwortungsbewusstsein ist mit Blick auf die Region Hannover sowie als Reaktion auf die sich wandelnden Anforderungen an eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Energieerzeugung auf dem Energiemarkt ein integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. SWH ist im Rahmen des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover“ Umweltschutzverpflichtungen zur CO₂-Reduktion und Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Energien und KWK bis zum Jahr 2020 eingegangen. Zur Einhaltung hat SWH ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das die vereinbarten Ziele vollumfänglich erfüllt. Eine Fortschreibung der Klima-Allianz-Verpflichtung von SWH bis 2030 wurde darüber hinaus mit der Landeshauptstadt Hannover vereinbart. Bei der Erzeugung von Strom und Wärme setzt SWH auf KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung. Im SWH-Unternehmenskonzept K2025 sind der Ausbau energieeffizienter Technologien sowie die Erzeugung auf Basis regenerativer Energien und KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung fest verankert und Bestandteil der Unternehmensstrategie.

SWH-Umweltmanagement. Das SWH-Umweltmanagementsystem wird seit 2005 von der Landeshauptstadt Hannover als Ökoprot-Betrieb ausgezeichnet. Das Umweltmanagement umfasst die maßgeblichen gesetzlichen Anforderungen, ein verbindliches Wertesystem in Form von Umweltleitlinien, festgelegte Instrumente zur Umsetzung der Leitlinien, verantwortliche Funktionsträger und interne Regelungen. Die Einhaltung der Anforderungen wird im Rahmen interner und externer Auditierungen regelmäßig kontrolliert.

In 2013 begann die Einführung eines Energiemanagementsystems (EnMS) mit dem Ziel der Zertifizierung nach DIN EN ISO 50001 und der Identifikation von Einsparpotenzialen aller SWH-Standorte. Der TÜV Rheinland hat das Zertifikat im Dezember 2015 für drei Jahre erteilt. Das Überwachungsaudit 2016 verlief erfolgreich ebenso wie die Ökoprot-Kommissionsprüfung im November 2016. Die SWH erhielt die Auszeichnung Ökoprot-Betrieb.

Klima-Allianz Hannover 2020/2030. SWH befindet sich in der Umsetzung des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. Die wirksamsten lokalen Klimaschutzmaßnahmen sind der Betrieb der modernen GuD-Anlage im HKW Linden und die Fortsetzung des Fernwärmeausbauprogramms. Die GuD-Erweiterung hat in diesem Zusammenhang ein jährliches CO₂-Einsparpotenzial von bis zu 200.000 Tonnen, das sich jedoch aktuell in Folge des stark verzerrten Strommarktes durch die Erneuerbaren nur im begrenzten Umfang und langsamer als geplant umsetzen lässt. Der Fernwärmeausbau mit einer geplanten zusätzlichen Anschlussleistung von insgesamt 215 MW brutto im Zeitraum 2006-2020 verläuft planmäßig. Bereits im Jahr 2015 konnten Übergabestationen mit einer Anschlussleistung von insgesamt etwa 16 MWth in Betrieb genommen und damit das Ziel bereits erreicht werden. Der Ausbau im Geschäftsfeld Contracting auf Basis erneuerbarer Energien entwickelt sich ebenfalls positiv und ist inzwischen die bedeutendste Maßnahme im Klima-Allianz-Maßnahmenprogramm von SWH. Sämtliche Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz 2020 wurden erreicht. SWH setzt sein nachhaltiges Engagement im Klimaschutz fort und hat sich im Rahmen einer Fortschreibung des SWH-Beitrags zur Klima-Allianz neue Ziele bis zum Jahr 2030 gesetzt. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt darin eine herausragende Gewichtung.

Umweltfreundliche Stromerzeugung. Auch im Jahr 2016 stellte die KWK weiterhin das Rückgrat der Eigenerzeugung dar. Unter Berücksichtigung von Erzeugungskapazitäten der Beteiligungsgesellschaften beträgt die Strommenge aus Anlagen, die nach dem Prinzip der KWK betrieben werden, im Berichtszeitraum 2.538 GWh (Vorjahr: 2.243 GWh). Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wurde weiter ausgebaut. Die erneuerbaren Energieträger (im Wesentlichen Biomasse, Solarenergie, Wasser und Wind) haben 2016 etwa 840 GWh (Vorjahr: 774 GWh) zur Eigenerzeugung beigetragen. Im Verhältnis zum Verbrauch aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet beträgt die regenerative Stromerzeugung mehr als 100 Prozent. Das Ziel von SWH, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf aller Tarifkunden im Grundversorgungsgebiet bilanziell durch erneuerbare Energien zu decken, wurde damit bereits in 2015 erreicht.

	Stromerzeugung		Installierte Leistung	
	in GWh		in MW	
	2016	2015	2016	2015
Erneuerbare Energien	840	774	246	240
Kraft-Wärme-Kopplung	2.538	2.243	684	684

Contracting. Im Contracting sind 76 erdgasbetriebene BHKW Anlagen im Einsatz.

Biomassennutzung. Zum 31. Dezember 2016 ist SWH über die Tochterunternehmen eCG und Danpower sowie die EPL an insgesamt 81 Biomasseanlagen, davon 40 Biogasanlagen, 36 Holzfeuerungsanlagen, wovon sechs Anlagen Strom erzeugen, vier Klärgasanlagen sowie einem Ersatzbrennstoffkraftwerk beteiligt. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoffanlage in Bitterfeld ist SWH eine erneuerbare Jahresstromproduktion von etwa 547 GWh aus diesen Anlagen zuzurechnen. Auf Grund der durch die EEG-Novellierung veränderten Rahmenbedingungen sind in Deutschland keine wirtschaftlich tragfähigen Neubau-Projekte mehr möglich.

Im Wasserwerk Fuhrberg kommt eine Dampfkesselanlage zum Einsatz, die mit Holzhackschnitzeln aus Waldrestholz eigener Grundwasserschutzwälder befeuert wird. Sie nutzt den Prozess der Kraft-Wärme-Kopplung mittels ORC-Technik (Organic Rankine Cycle). Dieser kleine Dampfkraftprozess wird mit einem organischen Arbeitsmittel betrieben, das durch einen niedrigeren Siedepunkt ermöglicht, elektrische Energie aus der Abwärme zu erzeugen. Aufgrund einer Kesselanlage mit modernster Filtertechnik werden die Staubemissionen minimiert und eine CO₂-Einsparung von circa 500 t/Jahr erreicht. Die Anlage wurde im Rahmen einer Kooperation mit dem Institut Fraunhofer UMSICHT im Oktober 2016 in Betrieb genommen.

enercity Renewables. Seit 2010 engagiert sich SWH verstärkt im Bereich der Windenergie. In dieser Zeit wurden vier Windparks erworben, die zusammen über 200 Mio. kWh/a Strom erzeugen. Bis zum Jahr 2025 soll sich diese Menge verdreifachen. Der größte Park im Portfolio liegt in Groß Eilstorf, Niedersachsen, und versorgt 50.000 Haushalte mit Strom. Der erste eigenentwickelte Windpark wurde in 2016 nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt und wird wahrscheinlich im kommenden Jahr in Betrieb genommen.

Fernwärmespeicher. Am Standort Kraftwerk Herrenhausen wurde der ungenutzte Öltank zu einem Heißwasserspeicher für das SWH-Fernwärmenetz umgebaut. Der gut 21 Meter hohe Tank mit einem Durchmesser von 30 Metern hat ein Volumen von 15.000 m³. Die Außenhülle ist mit bis zu 500 mm starker Dämmwolle isoliert und mit Blech verkleidet. Der neue Wärmespeicher mit einem geplanten Wärmeinhalt von 500 MWh_{th} und einer Ein- beziehungsweise Ausspeicherleistung von bis zu 100 MW_{th} ermöglicht zukünftig eine flexiblere Strom- und Wärmeerzeugung in den KWK-Erzeugungsanlagen. Verbrauchsschwankungen gleicht der Fernwärmespeicher aus und erhöht zudem die Versorgungssicherheit.

Batteriespeicher. Ebenfalls am Standort Kraftwerk Herrenhausen wird bis 2017 ein Batteriespeicherprojekt umgesetzt. Die installierte elektrische Leistung von 16 MW stellt dem Netzbetreiber Primärregelleistung zur Verfügung. Netzschwankungen, hervorgerufen durch die volatile Einspeisung der erneuerbaren Energien, gleicht der Batteriespeicher durch kurzfristige Einspeicherung und Abgabe aus. Der Speicher trägt vorteilhaft zum Energiewendeprozess bei.

Phasenschiebertransformator. Im Umspannwerk Stöcken wird ein neuer Phasenschiebertransformator mit einer Nennleistung von 150 Megavoltampere (MVA) installiert. Ein Phasenschiebertransformator kann im Gegensatz zu einem herkömmlichen Transformator die über ihn übertragene Leistung aktiv regeln. Der Phasenschiebertransformator senkt signifikant das Ausfallrisiko, gerade bei Arbeiten im 110-kV- und 220-kV-Netz, und trägt somit deutlich zur Versorgungssicherheit Hannovers bei. Der Phasenschiebertransformator ist in der Verteilnetzebene deutschlandweit einzigartig.

enercity Ökostromprodukte. Bei der Vermarktung von Ökostrom-Produkten ist SWH weiterhin erfolgreich. Eine Großzahl an Privat- und Gewerbekunden wurden im Jahr 2016 mit Stromprodukten aus regenerativen Erzeugungsanlagen versorgt und auch für das nächste Jahr wurden bereits größere Lieferverträge mit Geschäftskunden geschlossen. Wie auch schon in den vergangenen Jahren hat es sich bewährt, ein Ökostromproduktportfolio mit Stromprodukte in unterschiedlichen Qualitätsstufen anzubieten, wobei das Premium-Produkt mit dem „Grüner Strom-Label“ in Gold zertifiziert ist.

Klimaschutzfonds proKlima. Neben eigenen Potenzialen unterstützt SWH mit dem Klimaschutzfonds proKlima zusätzlich die in der Klima-Allianz aufgezeigten Potenziale zur CO₂-Reduktion auf der Nachfrageseite beziehungsweise zum Energiesparen. Der immer noch im europäischen Raum einzigartige, im Juni 1998 gegründete Klimaschutzfonds proKlima wird von SWH sowie den Städten des proKlima-Fördergebietes Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze finanziert. SWH trägt in 2016 mit 3,0 Mio. EUR den Großteil (rund 74 Prozent) der gesamten Fondseinzahlungen in Höhe von 4,1 Mio. EUR. Schwerpunkte der Förderprogramme sind das hocheffiziente Bauen und Modernisieren, die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Koppelproduktion von Strom und Wärme. Durch die Weiterentwicklung von Qualitätssicherungs- und Monitoring-Prozessen setzt proKlima Standards in Planung und Ausführung.

Elektromobilität. Seit 2010 ist SWH über ihre Tochter eCG im Bereich Elektromobilität aktiv. Inzwischen betreibt die eCG an 13 Standorten insgesamt 20 öffentlich zugängliche Ladestationen. An allen Ladestationen kommt regenerativ erzeugter Strom zum Einsatz, so dass eine CO₂-freie Mobilität gewährleistet wird. Diese Ladestationen werden von circa 100 E-Autofahrern regelmäßig genutzt. Seit Anfang des Jahres wurden die eCG-Elektro-Ladestationen in das Ladesäulenmanagement-System des Fahrstromdienstleisters The New Motion Deutschland GmbH, Berlin, (TNM) eingebunden. Dadurch haben die Kunden die Möglichkeit, europaweit an rund 25.000 Ladestationen ihr Fahrzeug aufzuladen. Seit Mai 2016 wird der Ladestrom nicht mehr kostenfrei abgegeben, sondern über den Fahrstromdienstleister auf Basis einer Zeitpauschale abgerechnet. Erste Erfahrungen mit dieser Ladeinfrastruktur zeigen deutlich, dass die in Hannover aufgebauten Ladekapazitäten derzeit bei weitem noch nicht ausgelastet sind und somit den Fahrern von Elektrofahrzeugen ausreichend Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen. Neben der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur bietet die eCG Beratung, Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Ladeinfrastruktur insbesondere für Geschäftskunden und Wohnungsbaugesellschaften (Ladesäulen-Contracting) an.

Erdgas als Kraftstoff (CNG). SWH hat sehr frühzeitig begonnen sich mit alternativen Antrieben zu beschäftigen und die erste eigene Erdgastankstelle bereits in 1995 eröffnet. Diese Erdgastankstelle wurde sowohl für die Betankung von PKWs als auch von Erdgasbussen der üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG, Hannover, genutzt. In den Jahren sind vier weitere Erdgastankstellen in Hannover und eine in Langenhagen dazu gekommen. Aktuell tanken über 1.000 Erdgasfahrzeuge regelmäßig an den sechs SWH-Erdgastankstellen. Fahrzeuge mit Erdgasantrieb leisten ebenfalls einen großen Beitrag zum Umweltschutz, da sie einen deutlich geringeren Schadstoffausstoß als vergleichbare Benzinfahrzeuge verursachen.

3.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Arbeitgebermarke. Zukunftsorientiert denken, verlässlich handeln und Verantwortung zeigen: diesen Anspruch stellt SWH nicht nur an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern setzt ihn auch in der Unternehmenskultur um. SWH bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Umfeld, in dem sie sich entfalten und aktiv einbringen können. Dabei bilden Verlässlichkeit und Verantwortung die Basis für ein zukunftsorientiertes Unternehmen. Die Attraktivität als Arbeitgeber wird unter anderem durch die Studie „Bester Arbeitgeber in Deutschland“ des Magazins „Der Focus“ und der Portale XING und kununu belegt. Auch in 2016 erreichte SWH mit dem fünften Platz ein sehr gutes Ergebnis in der Sparte „Rohstoffe, Energie, Ver- und Entsorgung“ und zählte damit zu den besten Stadtwerken in Deutschland und zu den besten Arbeitgebern der Branche. Dieses Ergebnis spiegelt sich auch in den aktuellen kununu Bewertungen wieder, in der unsere Mitarbeitenden ihren Arbeitgeber mit 4,07 von insgesamt fünf möglichen Punkten bewerten. Ein ähnliches Bild zeichnet sich ebenfalls durch das Magazin „Der Focus“ in der Ausbildung ab, hier ist SWH einer der 185 besten Ausbildungsbetriebe in Deutschland.

Die Leitlinien der Arbeitgebermarke bilden die Grundlage für eine wertschätzende und positive Arbeitsatmosphäre mit kooperativer Zusammenarbeit und engagierter Wahrnehmung der Aufgaben und Verantwortung. Der Mitarbeitende als zentraler Erfolgsfaktor für eine positive Unternehmensentwicklung wird frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden. Durch Partizipation und eigene Gestaltungsspielräume können akzeptierte Lösungen für alle entwickelt werden.

Personalstrategie 2025 „Vom Menschen her denken“. Aus der Personalstrategie wurden folgende drei zukunftsweisende Maßnahmen abgeleitet und in 2016 umgesetzt:

- **Flexibilisierung des Arbeitsortes**
Seit dem 1. April 2016 gilt die Betriebsvereinbarung „Mobiles Arbeiten“. Sie beschreibt das Erbringen von Arbeitsleistung an einem Ort außerhalb der SWH-Standorte. Voraussetzung ist, dass sich die Aufgaben und die Arbeitsweise desjenigen dafür eignen. Vertrauen ist ein entscheidender Erfolgsfaktor, der die gesamte Komplexität handhabbar macht. Mobiles Arbeiten bedeutet ein Umdenken in den Köpfen – von der Präsenzkultur zur Ergebniskultur.
- **Gesundheitsmanagement**
Das Unternehmen ist sich der Relevanz des Themas Gesundheit in Verbindung mit Prävention und Gesundheitsförderung bewusst. Aus diesem Grund wurde die strategische Ausrichtung des Gesundheitsmanagements wie folgt festgehalten:
 - Gesundheitsbewusstsein ist ein wahrnehmbarer Teil der Unternehmenskultur.
 - Die Mitarbeitenden und Führungskräfte erhalten die Möglichkeit, gesundheitsförderliches Verhalten zu erlernen.
 - Führungskräfte erkennen das Thema Gesundheit als Teil ihrer Führungsverantwortung an.
 - Die Arbeitsbedingungen bei SWH sind so gestaltet, dass physischen und psychischen Belastungen vorgebeugt wird.
 - Mit der Besetzung der Stelle des Gesundheitsmanagers sollen diese strategischen Ziele durch entsprechende Maßnahmen realisiert werden. Eine zentrale Steuerung ermöglicht mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit in Sachen Gesundheit und erleichtert die operative Umsetzung der Maßnahmen.
- **Überarbeitung des e-Recruitings**
Mit Blick auf den demografischen Wandel und dem daraus hervorgehenden Fachkräftemangel hat SWH das komplette e-Recruiting überarbeitet. Als eine Reaktion auf den „war of talents“ bietet SWH eine Karriereseite und ein Bewerberportal, die den hohen Erwartungen der Bewerber standhalten und ein hohes Maß an Nutzerfreundlichkeit und Dienstleistung bieten.

Entwicklung Personalbestand. Der Personalbestand hat sich bei SWH wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.	2016	2015	2014	2013	2012
Mitarbeitende gesamt	2.417	2.510	2.540	2.591	2.593
davon Mitarbeitende in Altersteilzeit	22	92	141	190	211
Kaufmännische Auszubildende	30	30	30	31	29
Technische Auszubildende	97	98	95	96	99
Auszubildende gesamt	127	128	125	127	128

Die Gesamtbeschäftigtenzahl ist gesunken, während die Anzahl der Auszubildenden etwa auf Vorjahresniveau geblieben ist. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist von 45,8 Jahren auf 46,5 Jahre sowie die Betriebszugehörigkeit von durchschnittlich 19,1 Jahren auf 20,0 Jahren gestiegen. Die Fluktuationsquote beträgt 1,8 Prozent.

Berufliche Ausbildung und Nachwuchsförderung. Am 16. März 2016 war es 75 Jahre her, dass die damaligen Städtischen Betriebswerke in die Lehrlingsrolle der Industrie- und Handelskammer Hannover eingetragen wurden. Mit derzeit 127 Auszubildenden zählt SWH zu den größten und verlässlichen Ausbildungsunternehmen in Hannover und der Region. Viele qualifizierte junge Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie Kaufleute haben bei SWH ihre Ausbildung erhalten.

SWH und die Avacon AG, Helmstedt, betreiben seit 2001 eine gemeinsame technische Ausbildungswerkstatt am Standort Rethen. Ab dem Sommer 2018 will SWH seinen technischen Berufsnachwuchs auf dem Gelände des Kraftwerkes Herrenhausen ausbilden. Die bestehende Kooperation mit der Avacon AG läuft zu diesem Zeitpunkt aus und der SWH-Standort Herrenhausen bietet viel eigenes Potenzial, um in der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover weiterhin ein starker Ausbildungspartner zu bleiben und an dem Standort Ausbildungsdienstleistungen für Dritte anzubieten.

ten. Der Bauantrag für die neue Ausbildungswerkstatt wurde in 2016 gestellt und erste Bauarbeiten haben begonnen. Die technischen Auszubildenden wirken im Rahmen ihrer Ausbildung in den Ausbildungsbauzügen an dem Bau der neuen Ausbildungswerkstatt mit.

SWH bildet insgesamt in fünf Berufen und drei dualen Studiengängen aus. Nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung wird den Auszubildenden ein befristetes Arbeitsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten angeboten. Auch im Geschäftsjahr 2016 haben alle Auszubildenden ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Um den personalwirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, können nach einer sehr gut abgeschlossenen Berufsausbildung Stipendien an ehemalige Auszubildende, die ein Vollzeitstudium absolvieren, vergeben werden. Im Geschäftsjahr 2016 wurden vier Studierende mit einem Stipendium gefördert. Außerdem engagiert sich SWH für die Initiative „Deutschlandstipendium“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. In diesem Jahr wurden fünfzehn Studierende verschiedener Fachrichtungen aus Hochschulen und Universitäten gefördert. Des Weiteren engagiert sich SWH in einem sozialen Ausbildungsprojekt der ProBeruf GmbH, Hannover, bei dem jährlich bis zu vier benachteiligten Jugendlichen die Chance für eine technische Berufsausbildung geboten wird.

Personalentwicklung. Ein wesentlicher Schwerpunkt zur Entwicklung und Erhaltung der erforderlichen Mitarbeiterkompetenzen sowie der Arbeits- und Leistungsmotivation ist eine nachhaltige und zielgerichtete Personalentwicklung. Passgenaue Qualifizierungsprogramme helfen Fachkräften, ihr Wissen und Können kontinuierlich auszubauen sowie die Zufriedenheit im Beruf zu steigern. In enger Zusammenarbeit mit den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden Ziele der Qualifizierung festgelegt und Meilensteine auf dem individuellen Entwicklungsweg gesetzt.

Die individuelle Unterstützung der Führungskräfte wird durch die zunehmende Bedeutung der Veränderungskompetenz facettenreicher. Eine Beratung und methodische Unterstützung erfolgt auf dem Feld des Changemanagements, im Hinblick auf zunehmend agileres Vorgehen und auf sich verändernde Anforderungen in der „normalen“ Führungsrolle. Es ist Aufgabe der Personalentwicklung, mit der Weiterentwicklung des Unternehmens auch immer wieder neue Instrumente bereit zu stellen.

SWH bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerdem die Möglichkeit, an dem zweijährigen berufsbegleitenden Personalentwicklungsprogramm „Jump“ teilzunehmen. Ziel ist die Qualifizierung sowie berufliche und persönliche Weiterentwicklung von Leistungsträgern durch Coaching und Trainingsmaßnahmen sowie durch die Bearbeitung bereichsübergreifender Arbeitsprojekte und Sonderaufgaben in interdisziplinären Teams.

Familien- und frauenorientierte Personalpolitik. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist in 2016 gestiegen.

	Frauen bei SWH			Frauen in Führungspositionen		
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
absolut	560	578	581	35	34	34
in Prozent	23,2	23,0	22,9	18,0	17,3	17,3

SWH engagiert sich seit vielen Jahren aktiv für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2010 wurde das Unternehmen dafür mit dem Zertifikat „berufundfamilie“ ausgezeichnet. Im August 2016 wurde das Zertifikat nach einem umfassenden dritten Re-Zertifizierungsprozess erneut bestätigt und das Engagement des Unternehmens ausdrücklich gewürdigt. In den nächsten drei Jahren werden die bewährten Angebote fortgeführt und gezielt ausgebaut. Ziel ist, gemeinsam mit allen Beteiligten für die Zufriedenheit, Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeitenden eine möglichst ausgewogene Balance zu finden.

Zusätzlich wurden in dem Audit für die kommenden drei Jahre neue Schwerpunkte vereinbart:

- Die bewährte Kommunikation über die Familienorientierung wird fortgesetzt und auch in den sozialen Medien platziert.
- Die Personalentwicklung wird neu eine beratende Unterstützung für Führungskräfte bei der Handhabung familienbewusster Vereinbarungen anbieten.
- Anhand von „best practice“-Beispielen wurden in dem Audit Ideen zu dem Thema „Gesund arbeiten bis zur Rente“ gesichtet und den Gesundheitsmanager übergeben.

Das umfangreiche familienorientierte Angebot gliedert sich in die Schwerpunkte Arbeitszeit, Arbeitsort, Service für Familien und Gesundheitsmanagement. Die Maßnahmen umfassen unter anderem vielfältige Möglichkeiten zur flexiblen

Arbeitszeitgestaltung, mobiles Arbeiten und außerdem eine Betriebskinderkrippe, ein Eltern-Kind-Büro und eine Sommerferienbetreuung für Mitarbeiterkinder. Die Kindertagesstätte „CompanyKids Energiezwerge“ wird seit 2010 in Trägerschaft des pme Familienservice in Zusammenarbeit mit SWH und der Landeshauptstadt Hannover betrieben. 14 Belegplätze können durch Kinder von Mitarbeitenden in Anspruch genommen werden.

Darüber hinaus gewährt SWH vielfältige individuelle Unterstützungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen. Dazu gehört, neben den oben genannten Möglichkeiten, beispielsweise auch der vollständige zeitlich befristete Ausstieg aus dem Beruf.

Altersversorgung. Gemäß geltendem Tarifvertrag (TV-V) haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SWH Anspruch auf eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung des öffentlichen Dienstes als Pflichtversicherung des Arbeitgebers. Nach Maßgabe des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K) finanziert SWH über monatliche Umlagezahlungen von zurzeit 5,07 Prozent und einem Sanierungsgeld von derzeit 3,0 Prozent des Zusatzversicherungspflichtigen Entgelts den Aufbau einer Betriebsrente bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK). Die Umlagen werden durch den Arbeitgeber pauschal versteuert.

In den Tarifverträgen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und kommunalen Arbeitgebern wurde im April 2016 unter anderem eine zusätzliche Arbeitnehmerbeteiligung (Eigenbeteiligung) beschlossen. Diese Eigenbeteiligung gilt jedoch nur für ausdrücklich in der Tarifeinigung erwähnte Zusatzversorgungskassen. Die ZVK Hannover ist aktuell auskömmlich finanziert und Umlageerhöhungen können frühestens ab 2019 erforderlich werden.

Zusätzlich zur Betriebsrente besteht die Möglichkeit, durch eigene Beiträge in Form einer Entgeltumwandlung eine freiwillige kapitalgedeckte Altersvorsorge bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) oder bei der Sparkassen Pensionskasse aufzubauen. Die Anzahl der Beschäftigten mit einer Entgeltumwandlung beträgt wie in den Vorjahren 18 Prozent. Zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit besteht die Möglichkeit durch Umwandlung von Zeit beziehungsweise Geld die Lebensarbeitszeit um bis zu fünf Jahre zu verkürzen. Zum Ende des Geschäftsjahres bestanden insgesamt 244 Lebensarbeitszeitkonten (Vorjahr: 217 Lebensarbeitszeitkonten).

Des Weiteren wurde eine Regelung zur Flexibilisierung des Rentenbeginns auch für den Jahrgang 1956 fortgeführt, um nach dem Auslaufen der ATZ-Regelung Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein früheres Ausscheiden aus dem Unternehmen zu ermöglichen. Mit dieser Regelung tritt das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels proaktiv entgegen. Auch wird die Fokussierung auf den Bereich des Personalmarketings weiter ausgebaut, um in einem in Zukunft zunehmenden Bewerbermarkt qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen zu gewinnen und zu binden.

3.6 Bindung an Stadt und Region

SWH ist mit der Landeshauptstadt Hannover und ihren Bürgerinnen und Bürgern traditionell verbunden, was sich sowohl in einem wirtschaftlichen und kulturellen Engagement als auch einem aktiven Sozial- und Sportsponsoring zeigt.

Wirtschaft. Von dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 werden der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover 49,8 Mio. EUR (Vorjahr: 60,2 Mio. EUR) über eine Gewinnabführung an die VVG zugeführt. Zusätzlich zahlte die SWH eine Konzessionsabgabe von 43,7 Mio. EUR (Vorjahr: 42,9 Mio. EUR) an die Landeshauptstadt Hannover und die Umlandgemeinden. Darüber hinaus repräsentiert die SWH durch die Vergabe von umfangreichen Aufträgen an die heimische Wirtschaft und an heimische Handwerksbetriebe einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region.

Kultur und Sport. SWH fördert die künstlerische und kulturelle Vielfalt in Hannover. Mit Blick auf die Menschen in Hannover und der Region sieht sich SWH in der Verantwortung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesellschafts- und Stadtentwicklung. Seit 2006 unterstützt SWH bereits als Gründungssponsor und Kooperationspartner das Junge Schauspiel Hannover. Das traditionelle Jazz-Festival „energycity swinging hannover“ hat SWH inzwischen zum zwölften Mal unterstützt. Darüber hinaus unterstützt SWH im Sport seit dem Jahr 2010 den Handball-Erstligisten TSV Hannover-Burgdorf sowie seit November 2012 als offizieller Co-Sponsor den Fußballverein Hannover 96.

Soziales. SWH stellt jährlich bis zu 150 TEUR dem in 2011 gegründeten energycity-Härtetfonds e. V. zur Verfügung. Der Verein verfolgt das Ziel, soziale Härten bei Versorgungsunterbrechungen im Energie- und Wasserbezug von unverschuldet in finanzielle Not geratenen SWH-Privatkunden durch finanzielle Unterstützung zu vermeiden. Unter dem Motto „RestCent geben – Positives bewegen!“ beteiligen sich die Beschäftigten von SWH an der 2010 initiierten Spendenaktion „RestCent“, indem die Netto-Cent-Beträge ihres Gehaltes an soziale Projekte abgeführt werden.

4 Darstellung und Analyse der Lage

Unternehmensinternes Steuerungssystem. Die Basis für die interne Steuerung bei SWH sind die Steuerungsgrößen EBIT und ROCE. Das EBIT beschreibt das operative Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern. Die Steuerungskennzahl ROCE ist eine Kapitalrendite vor Steuern. Der ROCE misst den nachhaltig aus dem operativen Geschäft erzielten Erfolg auf das eingesetzte Kapital und zeigt wie effektiv und profitabel SWH mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Er setzt das EBIT in Relation zu dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed spiegelt das im Unternehmen gebundene und zu verzinsende Kapital wider. Es ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei SWH zählen hierzu im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie erhaltene Zuschüsse. Im Sinne einer wertorientierten Unternehmenssteuerung verfolgt die SWH-Unternehmensführung einen ROCE, der über den Verzinsungsansprüchen der Kapitalgeber liegt. Auf Grundlage des langfristigen Unternehmenskonzeptes wird die Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals festgelegt.

Auf die einzelnen Fachbereiche von SWH werden Budgets zu Investitionen sowie Kosten und der EBIT im Zielvereinbarungsprozess heruntergebrochen. Dem Vorstand wird über die Entwicklung der Steuerungsgrößen Bericht erstattet.

Darüber hinaus dient zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen). Die Darstellung der Geschäftsparten sowie Art und Umfang der gegebenen Informationen erfolgt nach dem Management Approach und gliedert sich in die Sparten „Strom“, „Gas“, „Wasser“, „Wärme“ und „Dienstleistungen“.

4.1 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)		2016	2015 ¹⁾	Veränderung	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Umsatzerlöse		1.994.860	2.413.892	-419.032	-17,4
Materialaufwand	/.	1.610.704	2.053.491	-442.787	-21,6
Rohertrag		384.156	360.401	23.755	6,6
Personalaufwand	/.	209.544	200.221	9.323	4,7
Übrige betriebliche Aufwendungen ¹⁾	/.	67.525	62.085	5.440	8,8
Übrige betriebliche Erträge ²⁾	+	29.903	35.352	-5.449	-15,4
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	+	71.613	60.271	11.342	18,8
EBITDA		208.603	193.718	14.885	7,7
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	/.	99.533	70.849	28.684	40,5
EBIT		109.070	122.869	-13.799	-11,2
Zinsergebnis	+	-28.843	-29.637	794	-2,7
Ergebnis vor Steuern		80.227	93.232	-13.005	-13,9
Ertragsteuern	/.	2.065	2.558	-493	-19,3
Erfolgsunabhängige Steuern	/.	1.070	1.795	-725	-40,4
Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine		77.092	88.879	-11.787	-13,3
Gewinnabführung	/.	60.899	74.205	-13.306	-17,9
Ausschüttung auf Genussscheine	/.	2.193	2.674	-481	-18,0
Einstellung in Gewinnrücklagen	/.	14.000	12.000	2.000	16,7
Bilanzgewinn		0	0	0	0,0

¹⁾ Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Bilanzrechts-Umsetzungsgesetz (BilRUG) umgesetzt. Wesentliche Auswirkungen bei der Anwendung des BilRUG ergeben sich aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse bei den Umsatzerlösen, den sonstigen betrieblichen Erträgen, dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die Vorjahreswerte wurden dementsprechend angepasst. Sämtliche Vorjahresangaben beziehen sich auf die Werte nach BilRUG. Im Weiteren sind die Angaben zu Veränderungen zum Vorjahr auf die angepassten Werte bezogen, die zugehörigen Vorjahresangaben wurden nicht angepasst und sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

¹⁾ Inklusive Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen (2016: 440 TEUR; Vorjahr: 286 TEUR).

²⁾ Inklusive andere aktivierte Eigenleistungen (2016: 5.564 TEUR; Vorjahr: 5.675 TEUR).

SWH erwirtschaftete den Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Grundversorgungsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar.

Umsatzerlöse. Im Jahr 2016 hat SWH Umsatzerlöse von 1.994,9 Mio. EUR erwirtschaftet. Insgesamt hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 419,0 Mio. EUR (Vorjahr: -55,6 Mio. EUR) ergeben.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse bildet sich in den einzelnen Sparten wie folgt ab:

Umsatzerlöse nach Sparten	Ist 2016	Wirtschaftsplan 2016	Ist 2015*
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Strom	1.006,5	1.207,5	1.331,4
Gas	693,7	621,2	751,4
Wasser	85,8	81,4	83,0
Wärme	83,3	84,9	83,9
Dienstleistungen	125,6	143,3	164,2
Gesamt	1.994,9	2.138,3	2.413,9

^{*)} Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Bilanzrechts-Umsetzungsgesetz (BilRUG) umgesetzt. Sämtliche Vorjahresangaben beziehen sich auf die Werte nach BilRUG.

Stromerlöse. In der Stromsparte, welche weiterhin die umsatzstärkste Sparte bei SWH ist, wurden Erlöse in Höhe von 1.006,5 Mio. EUR erzielt. Damit lagen die Stromerlöse um etwa 324,9 Mio. EUR niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Vorjahr: –99,0 Mio. EUR). Die Stromhandelsgeschäfte haben in Höhe von 252,4 Mio. EUR (Vorjahr: 361,2 Mio. EUR) weiterhin wesentlich zu den Erlösen der Stromsparte beigetragen, lagen jedoch erneut deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Der merkliche Rückgang um insgesamt 108,8 Mio. EUR beziehungsweise 30,1 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr resultierte dabei aus verminderten Handelsmengen (–23,9 Prozent) bei gleichzeitig gesunkenen Marktpreisen an der Strombörse. Die Erträge aus den zur Absicherung der Commodity-Risiken in der Sparte Strom eingesetzten Derivate (8,1 Mio. EUR; Vorjahr: 7,4 Mio. EUR) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. EUR (Vorjahr: –12,2 Mio. EUR). Die Stromerlöse mit Kunden sind im Vergleich zum Vorjahr aufgrund insgesamt gesunkener Stromabsatzmengen um 209,4 Mio. EUR beziehungsweise 28,6 Prozent deutlich gesunken (Vorjahr: –16,3 Mio. EUR). Die insgesamt verminderten Absatz- und Handelsmengen begründen auch im Wesentlichen die Abweichung der realisierten Erlöse in der Sparte Strom von den erwarteten Erlösen laut Wirtschaftsplanung. Insgesamt beträgt der Anteil der Stromerlöse am Gesamtumsatz 50,5 Prozent (Vorjahr: 55,2 Prozent*).

Gaserlöse. Die Erlöse in der Gassparte in Höhe von 693,7 Mio. EUR sind 2016 um 7,7 Prozent (Vorjahr: +7,3 Prozent) beziehungsweise 57,7 Mio. EUR (Vorjahr: +48,0 Mio. EUR) gesunken. Dabei sind die Erlöse aus Gashandelsgeschäften (352,1 Mio. EUR; Vorjahr: 390,4 Mio. EUR) trotz eines gestiegenen Handelsvolumens (+22,3 Prozent) aufgrund deutlich gesunkener Gaspreise um insgesamt 38,3 Mio. EUR (Vorjahr: +20,2 Mio. EUR) beziehungsweise 9,8 Prozent (Vorjahr: +5,4 Prozent) zurückgegangen. Die Erträge aus Gaspreissicherungsgeschäften sind gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR auf 4,3 Mio. EUR (Vorjahr: 3,7 Mio. EUR) gestiegen. Aufgrund des witterungsbedingten Mengenanstiegs sowie des gestiegenen Handelsvolumens liegen die realisierten Erlöse in der Sparte Gas über den erwarteten Erlösen laut Wirtschaftsplanung. Die Gassparte ist weiterhin die zweitgrößte Sparte bei SWH mit einem Anteil an den gesamten Umsatzerlösen von 34,8 Prozent (Vorjahr: 31,1 Prozent*).

Wassererlöse. Die Wassererlöse im Konzessionsgebiet sind 2016 mengen- und preisbedingt um 2,8 Mio. EUR beziehungsweise 3,7 Prozent (Vorjahr: +2,3 Prozent) auf 78,6 Mio. EUR (Vorjahr: 75,8 Mio. EUR) gestiegen.

Wärmeerlöse. Die Erlöse aus Wärmelieferungen sind gegenüber dem Vorjahr trotz der kühleren Heizperiode im vierten Quartal 2016 preisbedingt nur leicht um 0,9 Mio. EUR auf 80,8 Mio. EUR gestiegen (+1,0 Prozent; Vorjahr: +7,8 Prozent).

Erlöse aus Dienstleistungen. Die Umsatzerlöse der Sparte Dienstleistungen sind um 38,6 Mio. EUR beziehungsweise 23,5 Prozent auf 125,6 Mio. EUR (Vorjahr: 164,2 Mio. EUR) gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf gesunkene Erlöse aus dem Verkauf von Kohle an Kraftwerksgesellschaften zurückzuführen (88,3 Mio. EUR; Vorjahr: 123,1 Mio. EUR). Die Dienstleistungserlöse umfassen außerdem Erlöse aus Betriebsführung und Nebengeschäften. Dazu zählen unter anderem Zählermessung und -abrechnung sowie diverse Dienstleistungen an Tochtergesellschaften für beispielsweise Einkauf oder Rechtsberatung und Arbeitnehmerüberlassung.

Materialaufwand. Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie die Konzessionsabgabebzahlungen enthalten, sind insgesamt um 21,6 Prozent (Vorjahr: –2,0 Prozent) beziehungsweise 442,8 Mio. EUR (Vorjahr: –41,1 Mio. EUR) auf 1.610,7 Mio. EUR (Vorjahr: 2.053,5 Mio. EUR) gesunken.

Der Rückgang liegt dabei insbesondere in den deutlich gesunkenen Aufwendungen für Strom- (–263,1 Mio. EUR) sowie Gasbezug (–99,7 Mio. EUR) und den geringeren Aufwendungen für Netznutzungsentgelte für außerhalb des Konzessionsgebiets versorgte Kunden (–37,8 Mio. EUR) begründet. Die gesunkenen Strombezugsaufwendungen sind im Wesentlichen auf gesunkene Aufwendungen aus dem Stromhandel (–114,9 Mio. EUR), gesunkenen EEG-Ausgleichszahlungen (–83,3 Mio. EUR) sowie gesunkenen Strombezugskosten von Gemeinschaftskraftwerken (–72,1 Mio. EUR) zurückzuführen. Der Rückgang der Gasbezugsaufwendungen ist insgesamt im Wesentlichen preisbedingt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Gashandelsaufwendungen preisbedingt um 107,2 Mio. EUR sowie der Fremdbezug über sonstige Bezugspartner aufgrund des verstärkten Gasbezugs über die Börse um 26,4 Mio. EUR. Die Kosten für die Ein- und Ausspeicherung im Gasspeicher stiegen aufgrund einer witterungsbedingt höheren Entnahme von Gas um 15,9 Mio. EUR, die Aufwendungen aus den zur Absicherung der Commodity-Risiken eingesetzten Gasderivate stiegen um 11,0 Mio. EUR. Die Fernwärmebezugskosten sind deutlich um 11,6 Mio. EUR auf 14,1 Mio. EUR (Vorjahr: 25,7 Mio. EUR) gesunken. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Verschmelzung der GKL auf SWH zum 1. Januar 2016, so dass kein Fernwärmebezug mehr von GKL vorliegt. Der gesamte Wasserbezug ist aufgrund der überwiegenden Eigenerzeugung weiterhin von untergeordneter Bedeutung (4,1 Mio. EUR; Vorjahr: 5,8 Mio. EUR).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von insgesamt 339,5 Mio. EUR (Vorjahr: 369,6 Mio. EUR) betreffen mit 226,2 Mio. EUR (Vorjahr: 258,7 Mio. EUR) insbesondere die an die Netzbetreiber zu zahlenden Netznutzungsentgelte. Die an Netzbetreiber zu leistenden Netzentgelte für versorgte Kunden sind dabei um 32,6 Mio. EUR gesunken. Die Konzessionsabgabebzahlungen an Städte und Gemeinden im SWH-Konzessionsgebiet entsprechen diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und sind um 0,8 Mio. EUR auf 43,7 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 42,9 Mio. EUR).

Personalaufwand. Der Personalaufwand ist bei einer gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt gesunkenen Mitarbeiteranzahl (2.453; Vorjahr: 2.511) aufgrund tarifvertraglicher Entgelterhöhungen sowie einer einmaligen Rückstellungsneubildung für die Verpflichtung zum flexiblen Eintritt in die Altersrente um 9,3 Mio. EUR auf 209,5 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 200,2 Mio. EUR).

Übrige betriebliche Aufwendungen. Der Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen um insgesamt 5,4 Mio. EUR auf 67,5 Mio. EUR (Vorjahr: 62,1 Mio. EUR) resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Aufwendungen für Mieten und Pachten (+6,9 Mio. EUR) aufgrund der erstmaligen Mietaufwendungen an die eIG sowie gestiegenen Aufwendungen für die Kostenerstattung für vermiedene Netznutzungsentgelte an die GKH (+2,4 Mio. EUR), denen gesunkene Aufwendungen aus sonstigen Finanzgeschäften (–4,0 Mio. EUR) teilweise kompensierend gegenüber stehen. Die Aufwendungen aus sonstigen Finanzgeschäften resultierten im Vorjahr aus der Veräußerung von Zinsswaps. In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen in Höhe von –0,4 Mio. EUR (Vorjahr: –0,3 Mio. EUR) enthalten.

Übrige betriebliche Erträge. Der Rückgang der übrigen betrieblichen Erträge um 5,4 Mio. EUR auf 29,9 Mio. EUR (Vorjahr: 35,3 Mio. EUR) resultiert hauptsächlich aus gesunkenen Erträgen aus der Auflösung sowie dem Verbrauch von Rückstellungen (–3,2 Mio. EUR), gesunkenen periodenfremden Erträgen aus der Erstattung von Versicherungssteuer (–0,7 Mio. EUR) sowie geringeren Erträgen aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen (–0,5 Mio. EUR). In den übrigen betrieblichen Erträgen sind andere aktivierte Eigenleistungen mit 5,6 Mio. EUR (Vorjahr: 5,7 Mio. EUR) enthalten.

Abschreibungen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sind insgesamt um 8,8 Mio. EUR auf 57,7 Mio. EUR (Vorjahr: 48,9 Mio. EUR) gestiegen. Ursächlich für den Anstieg der Abschreibungen ist im Wesentlichen die Verschmelzung von GKL auf SWH zum 1. Januar 2016. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen (41,8 Mio. EUR, Vorjahr: 22,0 Mio. EUR) betreffen im Wesentlichen eine Abschreibung auf die Beteiligung KWM in Höhe von 29,1 Mio. EUR (Vorjahr: 20,6 Mio. EUR), die die weiterhin schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken widerspiegelt, wie den Vorrang der erneuerbaren Energieerzeugung im Rahmen der Energiewende und die Strompreisentwicklung an der Börse. Zudem befindet sich das Geschäftsfeld Speicherung derzeit aufgrund des Marktumfeldes in der Gasversorgung in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Aufgrund der derzeitigen schwierigen Vermarktung von Gasspeicherkapazitäten wurde eine Abwertung auf die Investitionen in das Gasspeichergeschäft der GHG in Höhe von 12,7 Mio. EUR vorgenommen.

Beteiligungs- und Zinsergebnis. Das Beteiligungs- und Zinsergebnis ist insgesamt um 12,1 Mio. EUR (Vorjahr: +4,4 Mio. EUR) auf 42,7 Mio. EUR gestiegen (Vorjahr: 30,6 Mio. EUR). Dabei haben sich das Beteiligungsergebnis und die Zinserträge aus Ausleihungen aufgrund von gestiegenen Beteiligungserträgen insgesamt um 11,3 Mio. EUR verbessert. Das Zinsergebnis verbesserte sich um 0,8 Mio. EUR.

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 2,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2,7 Mio. EUR) ergibt sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 60,9 Mio. EUR (Vorjahr: 74,2 Mio. EUR). Im Berichtsjahr wird ein Betrag von 14,0 Mio. EUR (Vorjahr: 12,0 Mio. EUR) zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

4.2 Finanzlage

4.2.1 Finanzierungsstrategie und finanzwirtschaftliche Schwerpunkte

Finanzierungsstrategie. Das Finanzmanagement der SWH hat die langfristige Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens unter Beachtung ausgewogener Bilanzstrukturen und angemessener Kosten zum Ziel. Alle Finanzierungsaktivitäten erfolgen im Rahmen unternehmensspezifischer Regelungen. Insbesondere die Finanzrichtlinien mit ihren Regelungen in Bezug auf Instrumente und Einsatzzwecke und ergänzende Limitvorgaben bilden die Brücke zu den Organisations- und Sorgfaltspflichten des Unternehmens.

Finanzierungsstruktur und -aktivitäten. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste im Geschäftsjahr 2016 einen operativen Cashflow in Höhe von 106,5 Mio. EUR (Vorjahr: 122,7 Mio. EUR). Die Außenfinanzierung ist geprägt durch bilaterale Bank- und Schuldscheindarlehen. Am Kapitalmarkt sind Genussscheine emittiert.

Im Zusammenhang mit den längerfristigen Darlehensverbindlichkeiten wurden mit den Kreditgebern Financial Covenants vereinbart. Diese Kennzahlen beziehen sich auf die Eigenkapitalausstattung und Entschuldungsfähigkeit des Unternehmens. Die mit den Kreditgebern vereinbarten Financial Covenants sind während des Geschäftsjahres jederzeit eingehalten worden.

Zum 31. Dezember 2016 betragen die längerfristigen Darlehensverbindlichkeiten der SWH 577,0 Mio. EUR (Vorjahr: 612,0 Mio. EUR). Zum Bilanzstichtag valutieren bilaterale Bankdarlehen über nominal 260,0 Mio. EUR (Vorjahr: 295,0 Mio. EUR) sowie Schuldscheindarlehen mit wie im Vorjahr insgesamt 317,0 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2016 sind bilaterale Bankdarlehen in Höhe von 35,0 Mio. EUR aufgrund vertraglicher Fälligkeiten getilgt worden. Neuaufnahmen wurden in diesem Jahr nicht getätigt.

Die Verzinsung der Darlehen erfolgt zu 97,9 Prozent (Vorjahr: 98,0 Prozent) variabel auf 6-Monats-Euribor-Basis. Die langfristige Zinssicherung für die variabel verzinslichen Darlehen erfolgt durch den Einsatz von Payer-Zinsswaps. Für diese Zinssicherung ist wie im Vorjahr eine Mindestsicherungsquote von 67,0 Prozent festgelegt. Der Darlehensgesamtbestand hat eine durchschnittliche Restlaufzeit von 3,5 Jahren (Vorjahr: 4,3 Jahre).

Devisenbeschaffung. Die Devisengeschäfte des Jahres 2016 dienen ausschließlich der Absicherung des Währungsrisikos bei der Beschaffung von Kraftwerkskohle auf den internationalen Märkten. Mittels Devisentermingeschäften erfolgte die Kurssicherung auf Basis von Kohlebeschaffungen für die Geschäftsjahre bis 2019.

Liquide Mittel. Die saisonalen Liquiditätsschwankungen des Unternehmens werden über kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen. Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf wurden dem Unternehmen von den Banken schriftlich vereinbarte Kreditlinien in Höhe von insgesamt 135,3 Mio. EUR (Vorjahr: 160,3 Mio. EUR) eingeräumt. Von den bestehenden Kreditlinien wurden zum 31. Dezember 2016 33,8 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR) in Anspruch genommen.

Außerbilanzielle Verpflichtungen. Erläuterungen zu außerbilanziellen Verpflichtungen befinden sich im Anhang zu diesem Jahresabschluss. Im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen durch die Anmietung der Gebäude an den Standorten Ricklingen und Glocksee Verpflichtungen aus dem Mietvertrag in Höhe von 48,9 Mio. EUR hinzugekommen.

Ausblick. Nach der konzentrierten Ausweitung des Kreditvolumens für diverse Wachstumsinvestitionen in den vergangenen Geschäftsjahren wird der Schwerpunkt zukünftig darauf liegen, die bestehenden Finanzierungsstrukturen zu optimieren. Seit Dezember 2016 werden Gespräche mit den Bankpartnern des Hauses zur Anschlussfinanzierung von in 2017 auslaufenden Darlehen geführt. Es liegen bereits jetzt in ausreichendem Umfang Prolongationsangebote zu wettbewerbsfähigen Preisen vor.

4.2.2 Investitionen und Substanzerhaltung

SWH hat in diesem Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von insgesamt 89,8 Mio. EUR getätigt (Vorjahr: 70,0 Mio. EUR), die sich hauptsächlich auf Sachanlagen (62,6 Mio. EUR) und Finanzanlagen (25,2 Mio. EUR) verteilen.

Finanzanlagen. Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von insgesamt 25,2 Mio. EUR (Vorjahr: 26,7 Mio. EUR) betreffen im Wesentlichen mit 10,9 Mio. EUR das Anfang Januar 2016 im Rahmen der Sachgründung gegründete Tochterunternehmen eIG sowie mit 9,2 Mio. EUR die Vergabe von langfristigen Darlehen an Danpower und

GHG zur Finanzierung von Investitionen. Die im Jahr 2016 durchgeführten Investitionen in das Finanzanlagevermögen liegen unter dem Planwert von etwa 33,1 Mio. EUR.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens für die Geschäftsjahre 2016 und 2015 verteilen sich auf die Sparten wie folgt:

	Sachanlagen		Immaterielle Vermögensgegenstände		Gesamt		davon im Bereich Netze	
in TEUR	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Strom	24.018,9	13.722,1	352,0	184,0	24.370,9	13.906,1	18.719,9	11.693,9
Gas	13.576,2	6.175,5	0,0	0,0	13.576,2	6.175,5	3.835,0	5.486,8
Wasser	8.829,7	7.830,5	0,0	0,0	8.829,7	7.830,5	6.620,0	5.245,9
Wärme	6.381,6	6.326,9	0,0	0,0	6.381,6	6.326,9	3.731,7	4.744,9
Unterstützende Prozesse/Services	9.812,8	10.025,0	1.666,4	294,1	11.479,2	10.319,1	538,6	238,3
Gesamt	62.619,2	44.080,0	2.018,4	478,1	64.637,6	44.558,1	33.445,2	27.409,8

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen 2016 im Wesentlichen Verteilungsanlagen (30,0 Mio. EUR; Vorjahr: 17,8 Mio. EUR) sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (17,9 Mio. EUR; Vorjahr: 19,0 Mio. EUR). In der Sparte Strom entfallen die Investitionen des Geschäftsjahres im Wesentlichen auf Maßnahmen in Umspannwerken (10,2 Mio. EUR) sowie auf Kabelnetze und Hausanschlüsse (8,0 Mio. EUR), in der Gassparte Gas auf Rohrnetze und Hausanschlüsse (3,2 Mio. EUR). In der Sparte Wasser wurde vorrangig in Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse (6,2 Mio. EUR), in der Sparte Wärme in Versorgungs- und Anschlussleitungen (2,9 Mio. EUR) sowie in den unterstützenden Prozessen/Services in Software und Fernmeldekabel (7,1 Mio. EUR) investiert.

Die im Geschäftsjahr tatsächlich durchgeführten Sachinvestitionen liegen um 2,0 Mio. EUR unter dem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 66,6 Mio. EUR:

Investitionen nach Sparten	Wirtschaftsplan 2016	Ist 2016 Planabweichung	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Strom	22,3	24,4	+2,1
Gas	13,5	13,6	+0,1
Wasser	11,2	8,8	-2,4
Wärme	5,5	6,4	+0,9
Unterstützende Prozesse/Services	14,1	11,4	-2,7
Gesamt	66,6	64,6	-2,0

Die Planabweichungen in den Sparten Strom, Gas und Wärme sind im Wesentlichen auf Maßnahmen, die bereits im Vorjahr genehmigt und begonnen und im Geschäftsjahr 2016 fortgesetzt beziehungsweise abgeschlossen wurden zurückzuführen. In der Sparte Wasser beruht die Planabweichung hauptsächlich auf in 2016 noch nicht abgeschlossene Maßnahmen. Dies gilt ebenso für die unterstützenden Prozesse/Services. Hier wurden zudem Maßnahmen nicht im geplanten Umfang umgesetzt.

Getätigte Investitionen und Maßnahmen zur Substanzerhaltung im SWH-Netz. Die Länge des SWH-Stromleitungsnetzes erhöhte sich im Jahr 2016 um 17 Kilometer auf 6.878 Kilometer (Vorjahr: 6.861 Kilometer). Die Länge des SWH-Gasverteilnetzes beträgt 1.858 Kilometer (Vorjahr: 1.861 Kilometer), zuzüglich 988 Kilometer (Vorjahr: 985 Kilometer) Hausanschlussleitungen. Das Transport- und Verteilnetz der SWH-Wasserversorgung, bestehend aus Zubringer-, Haupt- und Versorgungsleitungen, hatte zum Bilanzstichtag 2016 eine Gesamtlänge von 2.216 Kilometern

(Vorjahr: 2.180 Kilometer), zuzüglich weiterer 1.271 Kilometer (Vorjahr: 1.270 Kilometer) Hausanschlussleitungen. Die Länge des Leitungsnetzes der Fernwärmeversorgung beträgt 321 Kilometer (Vorjahr: 318 Kilometer).

Die Investitionen für Erneuerungsmaßnahmen basieren auf den alle drei Jahre überarbeiteten Instandhaltungskonzepten für die jeweiligen Energie- und Wassernetze. Diese enthalten unter anderem Aussagen über die Schadensentwicklung und die Substanzbewertung und zum mittelfristigen Ersatzbedarf auf der Basis von technischen Lebensdauerverteilungen. Beim derzeitigen kontrollierten Substanzverzehr wird weiterhin von einer befriedigenden Gesamtsituation mit einzelnen Problemfeldern ausgegangen.

Stromnetz. Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Erneuerung der 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Bleichenstraße abgeschlossen. Im UW Stöcken wurde ein Phasenschiebertransformator zur gesicherten Lastflusssteuerung zum vorgelegerten Hochspannungsnetz aufgestellt und ans Netz angeschlossen. Die Inbetriebnahme des Phasenschiebertransformators wird in 2017 abgeschlossen. Des Weiteren wurde beginnend mit der Einholung der Genehmigungen der Bau des neuen Umspannwerks Höver vorbereitet. Die Inbetriebnahme ist für 2019 geplant. Mit diesen Erweiterungsmaßnahmen sollen vorhandene Netzengpässe zu den vorgelagerten Netzen weiter reduziert werden.

Die Leistungsanfragen im Mittelspannungsnetz konzentrierten sich 2016 zu großen Teilen auf die Innenstadt. Die Erneuerung von zwei Speisepunkten wurde 2016 abgeschlossen. Das in 2015 begonnene Programm zur Erneuerung von 1.000 Stationen in den nächsten zehn Jahren wurde in 2016 planmäßig fortgesetzt. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2016 (504) liegt niedriger als im Jahre 2015 (612).

Gasnetz. Das Programm Bewuchs auf Leitungen wird planmäßig abgearbeitet. Die Begehung der Baumstandorte in der LHH wurde abgeschlossen und die Maßnahmen sind in der Umsetzung. Die Schadensentwicklung ist weiterhin auf sehr niedrigem Niveau verblieben. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2016 (417) liegt höher als im Jahre 2015 (349). Besondere Baumaßnahmen in 2017 sind die Leitungsumlegungen in der Badenstedter Straße und Göttinger Chaussee.

Wassernetz. Im Wassernetz wurde im Geschäftsjahr 2016 weiter an der Erneuerung besonders schadensanfälliger, nicht ausgekleideter Graugussleitungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden auch alte und ebenfalls schadensauffällige Grauguss- und Stahlhausanschlussleitungen und Hausanschlüsse mit verzinkten Teilen sowie die zugehörigen Armaturen ertüchtigt. Die Anzahl der Neuanschlüsse 2016 (583) lag auf nahezu gleichem Niveau wie in 2015 (581). Zur Vermeidung von hygienischen Problemen und zur Verbesserung der Druckfestigkeit wurde darüber hinaus weiter an der Sanierung der übergeordneten Netzinfrastruktur gearbeitet. Hier lag der Schwerpunkt nach wie vor auf den nördlichen Zubringerleitungen, wo in 2016 mit der Planung der Neuverlegung der Verbindungsleitung zwischen den Wasserwerken begonnen wurde. Dieses Projekt wird voraussichtlich bis ins Jahr 2018 andauern. Zur Verbesserung der Drucksituation in der Druckzone Arnum wurde der Bau einer neuen Druckerhöhungsanlage abgeschlossen.

Fernwärmenetz. Der Substanzverzehr im Fernwärmenetz entwickelt sich langsamer als bisher angenommen, daher wurden die Kennzahlen angepasst. Kompensatoren älterer und größerer Bauart werden systematisch erneuert. Im Rahmen dieser Arbeiten werden die Schächte, in denen sich diese Kompensatoren befinden, ebenfalls erneuert und als Investition getätigt. Bei Grunderneuerung der Straßen durch das Tiefbauamt müssen gegebenenfalls alte Kanäle durch Kunststoffmantelrohr (zum Beispiel Scholvinstr.) ersetzt werden. Der wesentliche Investitionsschwerpunkt liegt jedoch weiterhin in dem Ausbau und der Verdichtung des Netzes. Im nächsten Geschäftsjahr ist für Neuanschlüsse und Leitungsbau ein Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 3,0 Mio. EUR eingeplant.

4.2.3 Liquidität

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergeben sich wie folgt:

	2016	2015
	in TEUR	in TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	106.503	122.690
Cashflow aus Investitionstätigkeit	5.404	6.433
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-108.452	-155.750
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	3.455	-26.627
Finanzmittelfonds am 01.01.	6.323	32.950
Finanzmittelfonds am 31.12.	9.778	6.323
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	31.12.2016	31.12.2015
Liquide Mittel	6.191	2.736
Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.587	3.587
Finanzmittelfonds	9.778	6.323

Die Einzahlungen aus dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Mio. EUR (Vorjahr: -2,6 Mio. EUR) verringert. Insgesamt wurden netto 4,8 Mio. EUR aus dem Finanzanlagevermögen (Vorjahr: 11,5 Mio. EUR investiert) Erlöst und 64,0 Mio. EUR in das übrige Anlagevermögen (Vorjahr: +44,0 Mio. EUR) investiert. Dabei haben sich die Mittelabflüsse für die üblichen Ersatzinvestitionen in das Sachanlagevermögen, bei kaum veränderten Mittelzuflüssen aus Abgängen, um 18,5 Mio. EUR erhöht. Insgesamt haben sich die Nettomittelabflüsse für die Investitionen in das Anlagevermögen um 4,2 Mio. EUR auf 59,1 Mio. EUR erhöht. Gegenläufig sind die Zuflüsse aus Zinsen und Beteiligungsergebnissen um 3,2 Mio. EUR auf 64,5 Mio. EUR gestiegen, was insgesamt zu einem leicht gesunkenen Cashflow aus Investitionstätigkeit führt.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit resultieren insbesondere aus Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheininhaber in Höhe von 91,0 Mio. EUR (Vorjahr: 60,7 Mio. EUR) und aus gezahlten Zinsen mit 23,1 Mio. EUR (Vorjahr: 25,8 Mio. EUR). Kredite wurden im Berichtsjahr in Höhe von 4,2 Mio. EUR getilgt (Vorjahr: 80,3 Mio. EUR). Dem stehen Mittelzuflüsse aus erhaltenen Zuschüssen gegenüber.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit konnten durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und Investitionstätigkeit vollständig gedeckt werden, sodass der Finanzmittelfonds um 3,5 Mio. EUR auf 9,8 Mio. EUR zugenommen hat. Der operative Cashflow des Berichtsjahres war im Vergleich zum Vorjahr um 16,2 Mio. EUR geringer.

4.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur von SWH stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	2016	2015	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Anlagevermögen	1.241.988	1.269.145	-27.157	-2,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.721	10.032	1.689	16,8
Sachanlagen	513.066	407.139	105.927	26,0
Finanzanlagen	717.201	851.974	-134.773	-15,8
Umlaufvermögen inkl. RAP	239.105	253.672	-14.567	-5,7
Vorräte	39.433	53.598	-14.165	-26,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	188.756	191.120	-2.364	-1,2
Wertpapiere und flüssige Mittel	9.778	6.323	3.455	54,6
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	1.138	2.631	-1.493	-56,7
Bilanzsumme Aktiva	1.481.093	1.522.817	-41.724	-2,7
Eigenkapital	463.227	449.227	14.000	3,1
Zuschüsse	95.374	94.199	1.175	1,2
Rückstellungen	186.380	187.906	-1.526	-0,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	610.800	612.000	-1.200	-0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	123.603	177.805	-54.202	-30,5
Rechnungsabgrenzungsposten	1.709	1.680	29	1,7
Bilanzsumme Passiva	1.481.093	1.522.817	-41.724	-2,7

Aktiva. Das Anlagevermögen hat sich um 27,1 Mio. EUR (Vorjahr: -16,5 Mio. EUR) beziehungsweise 2,1 Prozent (Vorjahr: -1,3 Prozent) auf 1.242,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1.269,1 Mio. EUR) vermindert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verminderung der Finanzanlagen (-134,8 Mio. EUR). Hier wirken sich die Verschmelzung der GKL (-97,7 Mio. EUR) und die Wertminderungen der Beteiligung an der KWM (-29,1 Mio. EUR) sowie den Investitionen in das Gasspeichergeschäft (-12,7 Mio. EUR) aus. Des Weiteren ist der Bestand an Ausleihungen zurückgegangen (-9,2 Mio. EUR). Dem stehen Investitionen in Anteile an der eIG (+10,9 Mio. EUR) und Wertpapiere (+3,0 Mio. EUR) entgegen. Die immateriellen Vermögensgegenstände haben sich aufgrund von Investitionen in Anwendersoftware sowie der Fertigstellung von IT-Projekten – insbesondere im Zusammenhang mit der Modernisierung des Leitsystems für das Stromnetz – erhöht (+16,8 Prozent). Das Sachanlagevermögen ist insbesondere aufgrund der Verschmelzung der GKL (+112,1 Mio. EUR) und dem gegenläufigen Effekt der Sachgründung der eIG (-10,9 Mio. EUR) um 105,9 Mio. EUR angestiegen. Bezüglich weiterer Erläuterungen der Investitionen wird auf den Abschnitt „Investitionen und Substanzerhaltung“ verwiesen.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr um 14,6 Mio. EUR (Vorjahr: -23,9 Mio. EUR) beziehungsweise 5,7 Prozent (Vorjahr: -8,6 Prozent) auf 239,0 Mio. EUR (Vorjahr: 253,7 Mio. EUR) gesunken. Dabei haben die Vorräte aufgrund mengenbedingt geringerer Bestände an Emissionszertifikaten und preis- und mengenbedingt geringerer Gasbestände um 14,2 Mio. EUR auf 39,4 Mio. EUR (Vorjahr: 53,6 Mio. EUR) abgenommen. Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (-2,4 Mio. EUR) gingen insbesondere die Forderungen aus Sicherheitsleistungen für Börsengeschäfte (-9,0 Mio. EUR) zurück. Dagegen stiegen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+7,4 Mio. EUR). Die Bestände an Wertpapieren und flüssigen Mitteln haben um 3,5 Mio. EUR zugenommen.

Passiva. Das Eigenkapital hat sich durch die teilweise Einstellung des Jahresergebnisses 2016 in die Gewinnrücklagen um 14,0 Mio. EUR (Vorjahr: +12,0 Mio. EUR) auf 463,2 Mio. EUR (Vorjahr: 449,2 Mio. EUR) erhöht. Insgesamt hat sich die Eigenkapitalquote damit weiter auf 31,3 Prozent verbessert.

Die Verbindlichkeiten sind um insgesamt 55,4 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Vorjahr: –48,5 Mio. EUR). Dieser Rückgang ist neben der weiteren Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (–1,2 Mio. EUR; Vorjahr: –43,4 Mio. EUR), durch geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (–24,9 Mio. EUR; Vorjahr: –7,3 Mio. EUR) sowie gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (–28,4 Mio. EUR; Vorjahr: +36,7 Mio. EUR) verursacht. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen ebenfalls zurückgingen (–1,4 Mio. EUR; Vorjahr: keine Veränderung), haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten erhöht (+0,5 Mio. EUR; Vorjahr: –34,5 Mio. EUR). Von den Verbindlichkeiten sind 468,0 Mio. EUR (Vorjahr: 577,0 Mio. EUR) mittel- bis langfristig. Sie bestehen ausschließlich gegenüber Kreditinstituten und dienen der langfristigen Finanzierung der Investitionsprojekte. Bei den weiteren Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Insgesamt verfügt SWH über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur. Das langfristig gebundene Vermögen war zu einem Drittel durch Eigenkapital gedeckt und dieser Deckungsgrad konnte im Berichtsjahr weiter gesteigert werden.

Für weitere Erläuterungen zur Vermögenslage wird auf den Anhang in diesem Abschluss verwiesen.

4.4 Gesamtaussage zur Lage

Wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung von SWH hatten in 2016 die Strom- und Gaspreisentwicklungen an der Börse, die sich deutlich auf die Handelsaktivitäten und die in diesem Zusammenhang erzielten Erlöse ausgewirkt haben. Daneben wurden auch im Absatzgeschäft mengen- und preisbedingt geringere Erlöse erzielt. Weiterhin negativ wirken sich die unter wirtschaftlichen Aspekten zunehmend rückläufigen Einlastungsmöglichkeiten konventioneller Kraftwerkskapazitäten aus. Da die Beschaffung größtenteils langfristig auf Terminmärkten abgesichert wird, können Preisrückgänge im laufenden Geschäftsjahr teilweise nicht ergebniswirksam genutzt werden. Unter den aufgezeigten Marktentwicklungen, insbesondere dem zunehmenden Einfluss der erneuerbaren Energieerzeugung, ist der Einsatz der konventionellen Kraftwerkskapazitäten von SWH nach wie vor schwierig und hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr eine weitere Abwertung der KWM-Beteiligung notwendig gemacht. Aufgrund der schwierigen Vermarktung von Gasspeicherkapazitäten wurde zudem eine Abwertung der Investitionen in die Gasspeichergeschäfte notwendig. Diese negativen Ergebniswirkungen konnten nur teilweise durch eine positive Entwicklung des Beteiligungsergebnisses kompensiert werden.

Gesamtentwicklung. Insgesamt zeigt sich im Geschäftsjahr 2016 aufgrund weiterhin schwieriger Marktbedingungen eine rückläufige Entwicklung.

Kennzahlen zur Gesamtlage	2016	2015	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in Prozent
EBITDA	208.603	193.718	7,7
EBIT	109.070	122.869	–11,2
durchschnittliches Capital Employed	1.194.278	1.217.237	–1,9
Net Debt	604.609	609.264	–0,8
Eigenkapitalquote	31,3 %	29,5 %	6,0
ROCE	9,1 %	10,1 %	–9,9
Ratio Net Debt/EBITDA	2,90	3,15	–7,9

Die Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 1.994,9 Mio. EUR sind um 419,0 Mio. EUR beziehungsweise 17,4 Prozent gesunken (Vorjahr: 2.413,9 Mio. EUR; –55,6 Mio. EUR beziehungsweise –2,4 Prozent). Der größte Anteil an den Umsätzen entfällt dabei unverändert auf die Sparten Strom und Gas mit insgesamt 1.700,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2.082,8 Mio. EUR). Die vergleichsweise zu den gesunkenen Umsätzen überproportional verminderten Materialaufwendungen (–21,6 Prozent; Vorjahr: –2,0 Prozent) führen insgesamt zu einem gegenüber dem Vorjahr höheren Rohertrag in Höhe von 384,2 Mio. EUR (+6,6 Prozent; Vorjahr: –4,5 Prozent). Aufgrund deutlich höherer Abschreibungen (+28,7 Mio. EUR; Vorjahr: 1,3 Mio. EUR), insbesondere auf Finanzanlagen (+19,8 Mio. EUR; Vorjahr: 1,0 Mio. EUR), die nur teilweise durch ein verbessertes Beteiligungsergebnis und höheren Zinserträgen aus Ausleihungen (+11,3 Mio. EUR; Vorjahr: +2,7 Mio. EUR) kompensiert werden konnten, ist das Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine gegenüber dem Vorjahr um 11,8 Mio. EUR beziehungsweise 13,3 Prozent auf 77,1 Mio. EUR (88,9 Mio. EUR) gesunken. Das erzielte Jahresergebnis (77,1 Mio. EUR; Plan 2016: 83,8 Mio. EUR) als auch die Ge-

winnabführung an die Anteilseigner (60,1 Mio. EUR; Plan 2016: 61,6 Mio. EUR) liegen damit unter den Planungen für das Geschäftsjahr 2016.

EBIT. Das SWH-EBIT („Earnings before Interest and Taxes“ = Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) ist gegenüber dem Vorjahr deutlich um 13,8 Mio. EUR beziehungsweise 11,2 Prozent auf 109,1 Mio. EUR (Vorjahr: 122,9 Mio. EUR) gesunken und liegt damit unter dem geplanten EBIT von 111,1 Mio. EUR. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf über Plan liegenden Abschreibungen auf Finanzanlagen zurückzuführen, die auch nicht durch das über Plan liegende Beteiligungsergebnis und den besseren Rohertrag kompensiert werden konnten.

ROCE. Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2016 spiegelt sich in einem gegenüber dem Vorjahr gesunkenen ROCE (Return on Capital Employed) von 9,1 Prozent (Vorjahr: 10,1 Prozent) wider, der allerdings leicht über Plan liegt (Plan 2016: 9,0 Prozent). Das durchschnittliche Capital Employed liegt dabei unter Vorjahresniveau (1.194,3 Mio. EUR; Vorjahr: 1.217,2 Mio. EUR).

Net Debt. Das Net Debt ist zum 31. Dezember 2016 gegenüber dem vorangegangenen Bilanzstichtag um 4,7 Mio. EUR auf 604,6 Mio. EUR zurückgegangen. Die Veränderung des Net Debt resultiert aus einer Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,2 Mio. EUR bei einem gleichzeitigen Anstieg der flüssigen Mittel um 3,5 Mio. EUR. Zur Steuerung der Finanzierungsaktivitäten wird im Unternehmen das Verhältnis von Net Debt zu EBITDA überwacht. In Folge des Anstiegs des EBITDA bei einem gleichzeitig leichten Rückgang des Net Debt ergibt sich zum Bilanzstichtag eine gesunkene Ratio in Höhe von 2,90 (Vorjahr: 3,15).

5 Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH erwarten.

Ansonsten wird auf die Ausführungen im entsprechenden Abschnitt des Anhangs der SWH für das Geschäftsjahr 2016 verwiesen.

6 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

6.1 Prognosebericht

6.1.1 Erwartete Umfeldentwicklung

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgungsunternehmen unterliegt weiterhin dynamischen Entwicklungen. Die sich aus diesen volatilen Umfeldbedingungen ergebenden Chancen und Risiken haben unmittelbar Einfluss auf die unternehmerische Entwicklung von SWH.

Erwartete Preisentwicklungen auf den Energiemärkten. Die Preisprognosen erfolgen auf Basis bisher beobachteter Preisentwicklungen. Für 2017 erwartet SWH planerisch einen Ölpreis für die europäische Leitsorte Brent, der über dem Jahresdurchschnittswert für 2016 liegt. Die Kohleleinsatzpreise werden aufgrund der vorlaufenden Kohlebeschaffung für 2017 planerisch über dem Jahresdurchschnittswert für 2016 hinterlegt. Beim Grenzübergangspreis für Erdgas erwartet SWH für 2017 ein Preisniveau, das leicht über dem Jahresdurchschnittswert für 2016 liegt. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2016 im Spotmarkt durchschnittlich unter dem Vorjahresniveau. Für 2017 erwartet SWH ein über dem Jahresdurchschnitt für 2016 liegendes Preisniveau. Insgesamt werden sich jedoch einige der prognostizierten Preisentwicklungen aufgrund bereits durchgeführter vorlaufender Beschaffungen nicht vollumfänglich auf das Geschäftsergebnis von SWH auswirken.

Erwarteter Druck auf die Stromerzeugungsmargen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien mit Einspeisevorrang in die Netze wird voraussichtlich weiterhin Druck auf die Großhandelsmarktpreise für Strom ausüben. Zudem verbleiben die Preise für CO₂-Zertifikate weiter auf einem niedrigen Niveau, was insgesamt dazu führt, dass kohlebefeuerte Erzeugungseinheiten weiterhin angemessene Auslastungen und Erzeugungsvolumina aufweisen, jedoch spezifisch deutlich geringere Margen als in den Vorjahren erzielen. Gasbefeuerte Anlagen sind derzeit stromseitig über weite Strecken nicht marktfähig.

Erwartete Auswirkungen des regulatorischen und energiewirtschaftlichen Rahmens. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Regulierungsdichte in der Energieversorgung durch die EU sowie durch die Bundesregierung auf allen Wertschöpfungsstufen weiter zunimmt sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Erzeugung aus erneuer-

baren Energien eng bleiben und die konventionelle Stromerzeugung weiterhin zunehmend unwirtschaftlich wird. Zudem werden Internet- beziehungsweise Smart-Technologien in ihrer Bedeutung zunehmen und wichtig für den zukünftigen unternehmerischen Erfolg sein. Die Aufgabe der Unternehmen in dem immer enger werdenden energiepolitischen Konzept ist es nun, die richtigen Wege zu finden, um Belastungen aus dem Rechtsrahmen zu minimieren und Chancen zu finden, die dieser Rahmen ermöglicht. Denn während einerseits beispielsweise im Bereich der konventionellen Erzeugung Grenzen gesetzt werden, werden andererseits beispielsweise bezüglich der Vermarktung erneuerbarer Energien neue Wege geöffnet.

6.1.2 Erwartete Entwicklung von SWH

Die folgenden Prognosen sind grundsätzlich Ungewissheiten und dem Risiko unterworfen, dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung sowie die Ertrags- und Finanzlage von SWH im folgenden Geschäftsjahr von den prognostizierten Entwicklungen abweichen können. Basis der folgenden Prognosen ist die Unternehmenskonzeption K2025 und deren Weiterentwicklung in 2016. Im Verlauf von 2017 werden jedoch die Ergebnisse aus der neuen Strategie energycity 4.0 eingearbeitet sowie diese Prognose angepasst. Es ist dadurch zu erwarten, dass es zu einer Änderung der Unternehmensausrichtung von einer assetbasierten zu einer kundenorientierten Unternehmensausrichtung kommt.

Erwartete Entwicklung der Ertragslage pro Sparte. Der Wettbewerbsdruck im Tariffkundengeschäft hält weiter unvermindert an. Gleichwohl ist geplant, den Marktanteil Tarifkunden im Grundversorgungsgebiet mittels einer Haltestrategie auf hohem Niveau zu halten. Vertriebliche Aktivitäten außerhalb des Grundversorgungsgebietes sollen der Stabilisierung des Gesamtabsatzes und der Gesamtmargen dienen.

In der **Stromsparte** soll weiterhin unter Ausnutzung des Marketing-Mix und der Stärkung der Kundenbindung dem Wettbewerb begegnet und ein hoher Marktanteil gesichert werden. Vertriebsseitig wird für das Grundversorgungsgebiet mit einem Absatzrückgang aufgrund von Kundenverlusten gerechnet. Auch außerhalb des Grundversorgungsgebietes wird ein sinkender Absatz geplant. Dadurch werden insgesamt für das Folgejahr im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr absatzbedingt niedrigere Erlöse aus dem Stromabsatz an Endkunden angenommen. Aus Energiehandelsgeschäften werden insgesamt steigende Umsatzerlöse erwartet.

SWH geht weiterhin davon aus, sich in der Sparte **Gas** hinsichtlich Preis und Produktqualität im Wettbewerb behaupten und Kundenverluste begrenzen zu können. Für das Geschäftsjahr 2017 wird im Grundversorgungsgebiet ein Rückgang des Absatzes erwartet. Absatzmindernd wirken sich hier Effizienzsteigerungen auf der Kundenseite sowie Kundenverluste, auch bei den Sondervertragskunden, aus. Außerhalb des Grundversorgungsgebiets rechnet SWH mit einem steigenden Absatz. Auf Basis des geplanten Absatzes werden im Grundversorgungsgebiet gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr absatz- und preisbedingt geringere Umsatzerlöse erwartet und außerhalb des Grundversorgungsgebiets wird mit leicht steigenden Umsätzen gerechnet. Gegenüber dem vergangenen Geschäftsjahr werden steigende Umsatzerlöse aus Gashandelsgeschäften erwartet.

Planerisch wird weiterhin ein leicht rückläufiger **Wasserabsatz** unterstellt. Dem stehen unvermindert anwachsende Fixkostenbestandteile zur Aufrechterhaltung der Versorgungsstruktur gegenüber, was einen entsprechenden Margendruck ausübt.

Aufgrund kundenseitiger **Wärmeschutzmaßnahmen** am Gebäudebestand wird grundsätzlich weiterhin ein rückläufiger Fernwärmeabsatz im Bestand für das folgende Jahr erwartet. Durch die Akquise von Neuanschlüssen entlang der bestehenden Fernwärmetrassen soll dieser Rückgang weitgehend kompensiert und damit der Marktanteil am Wärmemarkt Hannovers gehalten werden. Bei gegebener Wirtschaftlichkeit wird SWH die Aktivitäten zu einem kontrollierten Ausbau und der Verdichtung des Fernwärmenetzes fortsetzen.

Umsatzerlöse nach Sparten	Wirtschaftsplan 2017 in Mio. EUR	Ist 2016 in Mio. EUR	Erwartete Entwicklungstendenz
Strom	966,9	1.006,5	moderater Rückgang
Gas	729,2	693,7	moderater Anstieg
Wasser	81,9	85,8	leichter Rückgang
Wärme	80,3	83,3	leichter Rückgang
Dienstleistungen	128,6	125,6	leichter Anstieg
Gesamt	1.986,9	1.994,9	moderater Rückgang

Geplante Investitionen. Für das kommende Geschäftsjahr sind Sach- und Finanzanlageinvestitionen von insgesamt etwa 86,3 Mio. EUR geplant. Die Sachinvestitionen liegen mit 60,4 Mio. EUR geringfügig unter den geplanten Abschreibungen und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Sparten:

Investitionen nach Sparten	Wirtschaftsplan 2017 in Mio. EUR	Ist 2016 in Mio. EUR	Erwartete Entwicklungstendenz
Strom	14,8	24,4	deutlicher Rückgang
Gas	5,6	13,6	deutlicher Rückgang
Wasser	11,5	8,8	moderater Anstieg
Wärme	4,5	6,4	leichter Rückgang
Unterstützende Prozesse/Services	24,0	11,4	deutlicher Anstieg
Gesamt	60,4	64,6	moderater Rückgang

In der Sparte Strom ist ein Großteil des geplanten Investitionsvolumens für den Bereich der Verteilungsnetze vorgesehen, wobei Erneuerungen aufgrund eines langsam ansteigenden Störungsaufkommens insbesondere in den Niederspannungsnetzen erfolgen sollen. Die Investitionen in der Gassparte entfallen insbesondere auf die Wertschöpfungsstufen Verteilung inklusive Messwesen und betreffen als besondere Einzelmaßnahmen im Wesentlichen Leitungsumlegungen. In der Sparte Wasser sind im Wesentlichen Erneuerungsmaßnahmen im Wassernetz sowie am Wasserwerk Elze-Berkhof vorgesehen. In der Sparte Wärme sind im Wesentlichen Investitionen im Verteilungsbereich inklusive Messwesen insbesondere für Neukundenanschlüsse geplant. Investitionen für die unterstützenden Prozesse und gemeinsamen Anlagen betreffen vorrangig den Bereich der Informationsverarbeitung, dabei insbesondere Projekte mit den Schwerpunkten Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, Sicherstellung des laufenden Betriebes sowie zur Anpassung an Marktveränderungen.

Für 2017 sind zudem Investitionen mit einem Volumen von etwa 25,9 Mio. EUR für Finanzanlagen hauptsächlich für die Herausgabe langfristiger Gesellschafterdarlehen für Erneuerbare und Effizienztechnologien vorgesehen.

Geplante Finanzierung. Die Investitionen und weiteren Aktivitäten sollen im Wesentlichen innenfinanziert werden. Die Innenfinanzierung soll insbesondere über betriebsgewöhnliche Abschreibungen auf Sachanlagen, Abschreibungen auf Beteiligungsbuchwerte sowie über Rücklagenbildung erfolgen. Die Außenfinanzierung wird im Wesentlichen durch Investitionszuschüsse getragen. Der planerische Darlehensbestand 2017 (31. Dezember 2017: 589,5 Mio. EUR) wird sich nicht wesentlich verändern.

Umwelt und Innovation. Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird weiter vorangetrieben. Für Investitionen der SWH oder ihrer Beteiligungen in den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und Effizienztechnologien sind für das folgende Geschäftsjahr rund 23 Mio. EUR geplant.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine adäquate Personalentwicklung und eine zunehmend über eine duale Ausbildung zielorientierte Qualifizierung bleiben auch künftig ebenso unerlässlich wie die weitere Förderung von Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch die Umsetzung von Konzepten zur Begegnung der Anforderungen aus einem steigenden Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen künftig an Bedeutung.

Erwartete Entwicklung der Ergebnisse aus Beteiligungen. Auf Grundlage aktueller Planungen der Beteiligungsgesellschaften sowie der jeweils vereinbarten Ziele werden für das kommende Geschäftsjahr Erträge aus Beteiligungen von rund 62,0 Mio. EUR, aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne von rund 8,2 Mio. EUR sowie Aufwendungen aus Verlustübernahmen von rund 15,0 Mio. EUR geplant. Die Erträge aus Beteiligungen resultieren dabei zu rund 87 Prozent aus der geplanten Dividende der Thüga. Den Aufwendungen aus Verlustübernahmen liegt im Wesentlichen ein geplanter Verlust der eNG von 8,7 Mio. EUR zugrunde. Die Verluste der eNG resultieren aus nicht von der BNetzA anerkannten Kosten und der vorgegebenen Erlöspfadsenkung.

Gesamtbeurteilung. Insgesamt wird nach wie vor damit gerechnet, dass der verschärfte Wettbewerb bei Strom und Gas sowie der Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Umfelds weiter zunehmen und deutliche Auswirkungen auf die künftigen Unternehmensergebnisse im traditionellen Kerngeschäft haben werden. Die Ergebnisplanung ist daher weiterhin mit Markt- und Regulierungsrisiken behaftet. Die Anforderungen an eine Planerfüllung steigen insofern zunehmend. Für das Geschäftsjahr 2017 werden ein gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr leicht verbessertes Jahresergebnis in Höhe von etwa 78,3 Mio. EUR sowie ein niedrigerer ROCE in Höhe von 8,9 Prozent erwartet. Das planerische EBIT liegt für 2017 bei 106,5 Mio. EUR und damit ebenfalls unter dem Niveau des vorangegangenen Geschäftsjahres. Die Gewinnabführung wird voraussichtlich bei etwa 53,9 Mio. EUR und damit unter Vorjahresniveau liegen. Zur Kapitalerhaltung und Stützung der finanziellen Stabilität sollen aus dem Jahresergebnis planerisch 22,5 Mio. EUR den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Herausfordernd bleibt auch für 2017 die Notwendigkeit vertriebsseitig die Margen zu stabilisieren, obgleich die Aufwendungen des Unternehmens für die Erfüllung von nicht wertschöpfenden Regulierungsanforderungen weiter steigen. Um diesen Trend umzukehren setzt SWH deshalb einen starken Fokus auf die Neuausrichtung im Rahmen von enercity 4.0.

6.2 Risikobericht

6.2.1 Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem. Ein leistungsfähiges und dynamisches Risikomanagement ist für eine erfolgreiche Unternehmensführung von besonderer Bedeutung. Die Zielumsetzung, mit dem Anspruch einer kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung der strategischen Ausrichtung, ist ein wesentlicher Bestandteil der Risikopolitik und gibt als Leitlinie den Rahmen für die operativen unternehmerischen Handlungen vor. Bei SWH wird das Risikomanagement als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem der SWH ist grundsätzlich an das COSO-Modell (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission) im Sinne eines IKS (Internes Kontrollsystems) angelehnt.

Risikomanagementziele und -strategie. Zielsetzungen des Risikomanagements sind die Identifikation, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von wesentlichen Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der SWH gefährden können. Unter dem Begriff Risiko werden alle unternehmensinternen und -externen Vorgänge verstanden, die eine Erreichung der geschäftlichen Ziele der SWH – wie beispielsweise hinsichtlich des Geschäftsergebnisses, Vermögens, der Gesetzeskonformität und Reputation – über definierte Grenzen hinaus negativ beeinflussen können.

Aufbauorganisation und Verantwortungsbereiche. Innerhalb der Fachbereiche liegt die zielgerichtete und ordnungsgemäße Ausgestaltung der laufenden Prozesse des Risikomanagements im Verantwortungs- und Ergebnisbereich der jeweiligen Fachbereichsleiter, wobei der inhaltliche Prozessablauf unternehmenseinheitlich vorgegeben ist. Risikomeldungen erfolgen an eine zentrale Risikomanagementfunktion, die auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich ist. Die Revisionsabteilung nimmt aufgrund ihrer Aufgabenwahrnehmung eine zentrale Stellung innerhalb des Risikomanagementsystems ein. Sie beurteilt das bestehende Risikomanagement der Fachbereiche durch regelmäßige Prüfungen auf Vollständigkeit, Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit und gibt Gestaltungsempfehlungen für die Optimierung. Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und

Verantwortlichkeiten in der Verfahrensregelung Risikomanagement-Leitfaden eindeutig geregelt und festgelegt. In den Konzerngesellschaften tragen die Geschäftsleitungen die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement. Die Ausgestaltung in den jeweiligen Gesellschaften basiert dabei im Wesentlichen auf der Struktur des SWH-Risikomanagementsystems.

Prozess des Risikomanagements. Das Risikomanagement entspricht einem rollierenden Prozess, indem zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich und fortlaufend identifiziert, analysiert, bewertet, überwacht und gesteuert werden.

Risikoidentifikation und -analyse. Strategische Risiken werden bereits frühzeitig identifiziert und in der Unternehmenskonzeption berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der jeweiligen Unternehmenssituation und im Vergleich mit relevanten Wettbewerbern – beispielsweise in Form eines Financial- und Prozessbenchmarking – werden die strategische Unternehmensausrichtung, die Strategien der Geschäftsfelder und die Ziele der Fachbereiche bestimmt. Im Rahmen einer jährlich im Zuge der operativen Planung stattfindenden Risikoinventur werden durch die Fachbereiche alle relevanten Risikopotenziale der SWH und des Umfelds mit einer Schadenshöhe über 0,15 Mio. EUR regelmäßig für die jeweiligen Funktionen und Geschäftsprozesse strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert und systemgestützt dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikokategorien umfassen regulatorische und finanzwirtschaftliche Risiken sowie Risiken in den Bereichen Organisation/Personal/IT, Produktion/Beschaffung/Handel, Absatz und Vertrieb sowie sonstige externe und interne Risiken. Zwischen den Zeitpunkten der Risikoinventur haben die Fachbereiche wesentliche Veränderungen der Risikosituation im Rahmen einer Ad-hoc-Risikoberichterstattung mitzuteilen.

Risikobewertung. Die Bruttobewertung der identifizierten Risiken erfolgt auf Grundlage der möglichen Schadenshöhen und der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit des betreffenden Risikos zunächst ohne Berücksichtigung bereits ergriffener risikosteuernder Maßnahmen. Die Risikoquantifizierung erfolgt möglichst objektiv und unternehmensweit einheitlich sowie konsistent durch die Anwendung definierter Messverfahren sowie Kennzahlen und berücksichtigt mögliche Interdependenzen zwischen den einzelnen Risikoarten.

Risikosteuerung. Die bewerteten Risiken werden anhand ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit in einer Risikomatrix zusammengefasst. Anhand dieser Risikomatrix lässt sich ein eventueller Handlungsbedarf ableiten. Wesentliche Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit oder Schadenshöhe, sogenannte A-Risiken, werden durch operative Maßnahmen begrenzt. Gegenstand und Ziel der Risikosteuerung ist die gezielte und aktive Kontrolle sowie Beeinflussung der identifizierten und bewerteten wesentlichen Risiken einschließlich der damit verbundenen Verlustpotenziale. Die Steuerungsmaßnahmen zielen auf die Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit beziehungsweise auf eine Begrenzung des Schadenspotenzials ab.

Risikoüberwachung. Gegenstand der Risikoüberwachung ist die Kontrolle der zur Risikosteuerung ergriffenen Maßnahmen sowie die Beobachtung der akzeptierten Risiken. Die Früherkennung von Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil des SWH-Risikomanagementsystems. Durch ein Frühwarnsystem soll sichergestellt werden, dass mögliche negative Entwicklungen der SWH frühzeitig erkannt und erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können. Für jedes wesentliche Risiko werden hierfür eindeutige Verantwortlichkeiten der Überwachungsträger festgelegt und Frühwarnindikatoren definiert. Wesentliche Risiken entsprechen dabei gemäß den festgelegten Wertgrenzen sogenannten A-Risiken. Die A-Risiken umfassen Einzelrisiken mit einer Schadenshöhe ab 7,5 Mio. EUR beziehungsweise ab 3,0 Mio. EUR und einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 50 Prozent beziehungsweise Risiken mit einer Schadenshöhe ab 0,5 Mio. EUR und einer Eintrittswahrscheinlichkeit ab 75 Prozent. Frühwarnindikatoren umfassen beispielsweise Wettbewerbsrisiken wie Umsatzrückgänge bei Key Account-Kunden, Beschaffungsrisiken in Form von Preissteigerungen der Primärenergieträger und Ausfallrisiken hinsichtlich der Erzeugungs- beziehungsweise Speicherkapazitäten oder IT-Systeme. Für jeden Frühwarnindikator werden konkrete Warn- beziehungsweise Schwellenwerte bestimmt, die bei Erreichen festgelegte Aktivitäten durch den Überwachungsträger, unter anderem die Berichterstattung, auslösen. Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden unverzüglich an den Vorstand berichtet. Bei Risikoeintritt werden definierte Maßnahmen zur Risikobewältigung und -minimierung ergriffen.

Risikokommunikation. Durch eine angemessene Risikokommunikation wird sichergestellt, dass wesentliche Risikoinformationen den relevanten Stellen im Unternehmen frühzeitig zugänglich gemacht werden. Die im Rahmen der jährlichen Risikoinventur seitens der Fachbereiche identifizierten Risiken mit einem Nettowert ab 0,15 Mio. EUR werden zeitnah an die zentrale Risikomanagementfunktion gemeldet. In Verantwortung der zentralen Risikomanagementfunktion wird eine Gesamtrisikoubersicht erstellt. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch die zentrale Risikomanagementfunktion an den SWH-Vorstand. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird der Vorstand unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Überwachung von Risiken im Energiehandel. Der Energiehandel dient der wirtschaftlichen Optimierung des Energieportfolios bei der SWH und verfolgt primär das Ziel, Ergebnisrisiken aus Preisschwankungen auf Energiemärkten einzugrenzen und die Beschaffungspreise zu optimieren. Für die Überwachung der mit den Handelstätigkeiten verbundenen Risiken, insbesondere Marktpreis- und Kontrahentenrisiken, ist ein Energiehandelscontrolling implementiert.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements im SWH-Energiehandel ist weitestgehend an den für deutsche Kreditinstitute verbindlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ausgerichtet. Organisatorische Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten sind in einer Energiehandelsrichtlinie dokumentiert.

Die organisatorische Einbindung der Risikomanagementfunktionen erfolgt entsprechend den Anforderungen nach Funktionstrennung und Unabhängigkeit der Kontrollinstitutionen in getrennten Bereichen des Energiehandels und im Risikocontrolling. Zusätzlich ist ein Risikokomitee organisatorisch fest verankert.

Die Einhaltung der Regelungen, die den Energiehandel betreffen, wird mindestens einmal jährlich risikoorientiert in wesentlichen Prüffeldern durch die Revisionsabteilung geprüft.

Interne Revision. Die prozessunabhängige Überprüfung des Risikomanagementsystems erfolgt in regelmäßigen Abständen durch die Revisionsabteilung. Für das Geschäftsjahr 2016 lagen die Prüfungsschwerpunkte in dem Bereich der Hauptabteilungen Infrastruktur Dienste und Netzbetrieb Strom, Gas und Wasser. Im Jahr 2012 wurde die Wirksamkeit der internen Revision durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und als insgesamt angemessen eingestuft. Die Prüfung der Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen erfolgte im Rahmen einer Nachschauprüfung.

Seit 2015 werden zudem jährlich, basierend auf den Standards des DIIR - Deutsches Institut für Interne Revision e.V., Self Assessments durchgeführt. Die Erfüllung der Anforderungen des DIIR zu mehr als 90 Prozent spiegelt kontinuierliche Weiterentwicklung der Prozesse wider und bestätigt ein hohes Maß an Wirksamkeit sowie eine umfassende Übereinstimmung mit den Berufsstandards.

Überwachung durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 107 Absatz 3 Satz 2 AktG unter anderem die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems zu überwachen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich in seinen Sitzungen unter anderem auch mit der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Der Vorstand berichtet turnusgemäß und auf Anfrage über die Risiken. Dabei wird erläutert, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Risiken zu überwachen und zu steuern. Ebenso wird Auskunft bezüglich der Angemessenheit und Funktionsfähigkeit erteilt.

6.2.2 Risiken

Gesamtbild der Risikolage. Die aktuelle Risikoinventur für das Geschäftsjahr 2017 zeigt eine erhöhte Risikolage gegenüber der Risikoinventur des Vorjahres und schließt mit einer Nettoschadenshöhe von rund 289 Mio. EUR ab. Die Risikobetrachtung fokussierte sich dabei insbesondere auf die Ergebnisbeiträge von Beteiligungen, finanzielle Stabilität und Margenentwicklung in den Bereichen Strom und Gas und Regulierungsrisiken. Insgesamt entsprechen alle Risiken unter Zugrundelegung der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten einem Verlustpotenzial von rund 27,8 Mio. EUR und nehmen damit nur rund 6 Prozent des bilanziellen Eigenkapitals ein.

Wesentliche Risiken. Das aktualisierte Risikoportfolio 2017 umfasst insgesamt 70 Einzelrisiken, darunter 11 wesentliche Risiken – sogenannte A-Risiken – und 59 B-Risiken. Die A-Risiken bestehen zu den folgenden Sachverhalten:

- ergänzende Abwertung der Beteiligung am Kraftwerk Mehrum;
- Auswirkungen durch die Veränderung der Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) und der damit einhergehenden Eigenkapitaldeckung;
- potenzielle Nichtigkeit von Verträgen/Preismaßnahmen;
- Insolvenz von Handelspartnern;
- Ausfall von Versorgungsleitungen;
- Imageschaden/Reputationsverlust;
- Gasaustritt aus einer Kaverne;
- Reduzierung der vermiedenen Netznutzungsentgelte durch Kraftwerksausfall;

- Ausfall von Gesellschafterdarlehen;
- negative Ergebnisauswirkung durch Bildung von zusätzlichen Drohverlustrückstellungen im Falle der Versagung von bestehenden Bewertungseinheiten zu Darlehen und Zinsswaps;
- potenzielle Steuernachzahlung.

Die aktuelle Nettoschadenshöhe der A-Risiken für 2017 liegt bei 182,9 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten sind aus diesen Risiken potenzielle Belastungen in Höhe von 16,6 Mio. EUR möglich. Für diese Risiken ist ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellwerten und Überwachungsträgern definiert. Ein Risikoausgleich erfolgt unter anderem durch vorbeugende Preisabsicherungen, Instandhaltungs-, Überwachungs-, Versicherungs- und Störfallkonzepte, den Bau dezentraler Einspeiser und Ersatzteilverhaltungen.

Bei den 59 B-Risiken liegt das mögliche Nettoschadenspotenzial bei rund 106 Mio. EUR; unter Zugrundelegung der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten bei rund 11 Mio. EUR.

Für die in den unternehmensinternen Risikokategorien erfassten Risikopositionen können die erwarteten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Nettoschadenshöhen wie folgt zusammengefasst werden:

Risikokategorie	Eintrittswahrscheinlichkeit	Nettoschadenshöhe
Produktion/Beschaffung/Handel	gering	mittel
Absatz und Vertrieb	mittel/hoch	gering
Finanzwirtschaftliche Risiken	mittel	hoch
Regulatorische Risiken	gering	gering
Organisation/Personal/IT	mittel	gering
Sonstige externe Risiken	gering	mittel
Sonstige interne Risiken	gering	gering

Die Nettoschadenshöhe der Risikokategorie „Finanzwirtschaftliche Risiken“ ist hinsichtlich der Einstufung in 2016 von mittel auf hoch gestiegen. Dagegen fällt die Risikokategorie „Organisation/Personal/IT“ in der Einstufung von mittel auf gering.

Produktion, Beschaffung und Handel. Diese Risikokategorie stellt einen Anteil von rund 19 Prozent der möglichen Nettoschadenshöhe über alle Risikopositionen dar und beinhaltet grundsätzlich sämtliche Verlustrisiken, die während der Bereitstellung der Produktionsfaktoren bis zu deren Einsatz entstehen können. Im Produktionsbereich bestehen allgemein Betriebsrisiken in Bezug auf Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Speicherung und Verteilung, die sich aus Betriebsunterbrechungen aufgrund von Ausfällen oder Betriebsstörungen ergeben und die Ertragslage belasten können. Diese allgemeinen Betriebsrisiken sind überwiegend mit geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten eingestuft. Eine Risikosteuerung erfolgt durch langfristige Instandhaltungskonzepte, den Einsatz qualifizierten Personals und der Eindeckung von Versicherungsleistungen. Vermögensrisiken sind ausreichend abgesichert.

Beschaffungsrisiken können generell die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten, Risiken aus langfristigen Einkaufsverträgen und Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten umfassen. Das Preisrisiko im Hinblick auf den Kohle- sowie CO₂-Bedarf wird durch Einkaufsstrategien sowie die Absicherung des Währungsrisikos gesteuert. In diesem Zusammenhang werden finanzielle Kohleswaps, CO₂-, Strom- und Gasgeschäfte in ein Vertragsportfolio einbezogen. Das Management von Preisrisiken ist in die Prozesse der Kraftwerkseinlastungsentscheidungen integriert.

Das Handelsrisiko umfasst unerwartete Preis- oder Mengenänderungen im Bereich des Energiehandels, die eine negative Ergebnisauswirkung nach sich ziehen können. Zudem besteht die Gefahr des Ausfalls von Handelspartnern beziehungsweise von Forderungen gegenüber Handelspartnern. Beim Energiehandel werden zur Absicherung von Preisrisiken Finanzderivate eingesetzt. Der Energiehandel ist grundsätzlich bestrebt, Optimierungspotenziale bei der langfristigen Gasbeschaffung mit Bezugs- und Vermarktungsmöglichkeiten am Großhandelsmarkt und dem kombinierten Einsatz des Kavernenspeichers zu nutzen. Für weitere Informationen im Hinblick auf die Risikosteuerung im Energiehandel wird auf die Ausführungen zur Überwachung von Risiken im Energiehandel im Rahmen der Darstellung des SWH-Risikomanagementsystems verwiesen. Der Ergebnisbeitrag des Energiehandels könnte durch die Veränderung der

Finanzmarktrichtlinie und eine damit einhergehende Ausweitung der Eigenkapitalunterlegungsvorschriften negativ beeinflusst werden.

Absatz und Vertrieb. Die Risikokategorie Absatz und Vertrieb beinhaltet Risiken, die sich auf die Veräußerung von Produkten und Dienstleistungen beziehen. Dies beinhaltet unter anderem Erfüllungs-, Verkaufs-, Lager-, Abnahme-, Zahlungs- sowie Produkthaftungs- und Wettbewerbsrisiken. Durch die zunehmende Wettbewerbsintensität besteht das Risiko von Absatz- und Marktanteilsverlusten mit einhergehenden Deckungsbeitragseinbußen. Trotz zahlreicher Wettbewerber im Marktgebiet Hannover wird mit attraktiven Produkten und marktgerechten Preisen die Marktpositionierung gut behauptet. Der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung von neuen, innovativen Angeboten, um der intensiven Wettbewerbslage zu begegnen. Darüber hinaus sind Absatzrückgänge im Wärmebereich zu erwarten, die durch eine Verdichtung des Fernwärmenetzes ausgeglichen werden sollen. Für weitere Einzelheiten wird auf die korrespondierenden Ausführungen zur SWH-Unternehmensstrategie in diesem Lagebericht verwiesen. Weitere Risikofelder umfassen Risiken aus Zahlungsausfällen und verzögerten IT-Entwicklungen. Im Hinblick auf energiewirtschaftliche IT-Systeme bestehen Anforderungen auf Seiten des Gesetzgebers und der Marktpartner. Die Zahlungsausfälle bewegen sich auf einem branchenüblichen Niveau. Formal besteht abgeleitet aus den erlassenen EuGH-/BGH-Gerichtsurteilen ein potenzielles Risiko zur Nichtigkeit von Verträgen und letzten Preismaßnahmen.

Finanzwirtschaftliche Risiken. Die Risikokategorie „Finanzwirtschaftliche Risiken“ macht den höchsten Anteil von rund 54 Prozent der möglichen gesamten Nettoschadenshöhe aus. Finanzwirtschaftliche Risiken können die finanzielle Situation der SWH negativ beeinflussen, wie beispielsweise Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und steuerrechtliche Risiken. Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen mehrheitlich mit mittleren Eintrittswahrscheinlichkeiten und umfassen Risiken, die das Zins- und Devisenmanagement, die Kapitalanlage und den Zahlungsverkehr betreffen. Zur Steuerung von Zinsrisiken und zur Zinsoptimierung werden Zinsswap- und Zinsswapoptionsgeschäfte eingesetzt. Alle getätigten Geschäfte unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Des Weiteren können sich für die SWH Risiken aus der Nichteinhaltung der Financial Covenants im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten ergeben. Diese limitieren entweder das Kreditvolumen, die Bindungsdauer oder beeinflussen Zinsaufwendungen. Zur Anwendung kommen Eigenkapitalquoten und Größen zur Entschuldungsfähigkeit. Für weiterführende Angaben wird auf den Anhang des Abschlusses verwiesen. Außerdem sind in diesem Risikobereich finanzielle Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis durch beispielsweise schwebende Verfahren und mögliche Abweichungen bei Beteiligungsergebnissen abgebildet. Letztgenannte Risiken bestehen mit geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten.

Regulatorische Risiken. Die Risikokategorie der regulatorischen Risiken umfasst grundsätzlich kartell-, patent-, bilanz- und steuerrechtliche Risiken, Genehmigungsverfahren und gesetzliche Auflagen sowie Umweltschutzbestimmungen. Aufgrund kartellrechtlicher Prüfungen und Feststellungen bestehen Preisrisiken. SWH ist grundsätzlich bestrebt, diesen Preisrisiken durch ausreichende Nachweisführungen und eine angemessene Preisausgestaltung entgegenzuwirken. Zudem bestehen Ergebnisrisiken im Zusammenhang mit der Anreizregulierung der Netze. Trotz der Festlegung von Erlösobergrenzen bestehen Erfordernisse, die genehmigten Ansätze zu sichern.

Organisation, Personal und IT. In dieser Risikokategorie werden sämtliche Risiken zusammengefasst, die ihren Ursprung in den Bereichen Personal oder IT haben, oder die in der Organisationsstruktur des Unternehmens begründet sind. Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist im Zuge des demografischen Wandels intensiv. Die Attraktivität der SWH soll im Rahmen der Mitarbeiterakquise durch eine leistungsorientierte Vergütung, fortschrittliche Sozialleistungen, vielseitige Perspektiven sowie attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote hervorgehoben werden.

Die Geschäftsprozesse werden durch effiziente Informationsverarbeitungssysteme unterstützt, die im Wesentlichen auf marktüblichen Standards basieren. Dennoch können Risiken bei der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur und der Datensicherheit eintreten. Zur Risikosteuerung werden Maßnahmen wie regelmäßige Investitionen in Hard- und Software, hohe Sicherheitsstandards, eingeschränkte Zugangs- und Zugriffsberechtigungen sowie eine Sensibilisierung der Nutzer ergriffen. Risiken bei der Entwicklung von IT-Lösungen, die der Unterstützung der Geschäftsabläufe dienen, werden im Rahmen des Planungsprozesses und des Managements der IT-Projekte gesteuert.

Sonstige externe und interne Risiken. Der Kategorie der sonstigen externen Risiken sind Risiken aus veränderten externen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise Umwelteinflüssen, Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Lage und des Marktumfelds, Naturkatastrophen oder terroristischen Anschlägen zuzuordnen. Beispiele für sonstige interne Risiken sind Sicherheitsrisiken und Risiken aufgrund menschlichen Versagens.

Im Hinblick auf wesentliche SWH-Beteiligungen bestehen die im Folgenden dargestellten Risiken:

Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio umfasst Gesellschaften in allen Wertschöpfungsstufen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die einzelnen Gesellschaften unterliegen den spezifischen Marktrisiken ihres jeweiligen Marktsegments. Bei Kraftwerksbeteiligungen besteht das Risiko, dass aufgrund von ungünstigen Marktentwicklungen bei Strom, Kohle und CO₂ eine Verschlechterung der erwarteten Marktfähigkeit der einzelnen Anlagen ergibt. Gleichmaßen besteht für den Gasspeicher das Risiko einer geminderten Wirtschaftlichkeit bei Verminderung der Preisunterschiede zwischen Gasbezug im Sommer und im Winter.

Wesentliche Risiken des Beteiligungsportfolios resultieren zum einen aus der Möglichkeit, dass Beteiligungsgesellschaften geringere Ergebnisse erzielen, als in der Planung berücksichtigt. Zum anderen besteht bei einer nachhaltigen Verschlechterung der Ertragslage einer Beteiligung das Risiko einer dauerhaften Wertminderung der Beteiligung, die zu einer Abschreibung des Beteiligungswertes führen würde.

Die Risiken des Beteiligungsportfolios werden durch ein angemessenes Beteiligungsmanagement gemanagt. Wesentliche Bestandteile sind Plan/Ist-Analysen, Kennzahlenvergleiche, Wirtschaftlichkeitsanalysen und Handlungsempfehlungen zur Gegensteuerung. Des Weiteren werden insbesondere mit wesentlichen Beteiligungsgesellschaften in regelmäßigen Sitzungen die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und die Rentabilität größerer Investitionsvorhaben thematisiert. Zudem unterliegen die Buchwerte der Beteiligungsgesellschaften einer regelmäßigen Werthaltigkeitsprüfung. Im derzeitigen Marktumfeld in der Stromerzeugung ist insbesondere die Bewertung der Kraftwerksgesellschaft KWM intensiv zu beobachten.

Gesamtbeurteilung der Risikolage durch die Unternehmensleitung. Gegenwärtig wurden keine Risiken identifiziert, die in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unternehmensleitung geht davon aus, dass die Ertragskraft des Unternehmens eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung bildet. Es wird davon ausgegangen, dass SWH den aufgezeigten Herausforderungen weiterhin erfolgreich begegnen kann.

6.3 Chancenbericht

6.3.1 Chancenmanagementsystem

Übersicht zum Chancenmanagementsystem. Wesentliche Chancen sind durch Sachverhalte gekennzeichnet, die eine signifikante positive Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaften beziehungsweise Segmente haben können. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen ergeben sich Chancen bei der regulatorischen Entwicklung. Außerdem kann sich die Entwicklung des Markts positiv auf SWH auswirken. Einflussfaktoren sind unter anderem die Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten und im Einzelhandel sowie die steigende Wechselbereitschaft der Kunden.

Damit die Chancen- und Risikoarbeit gelingt, muss sie ausgewogen behandelt werden. Das Management von Chancen und Risiken ist der Kern des planvollen unternehmerischen Handelns. Die strategische Umfeldanalyse mit dem Ergebnis einer Chancen- und Ergebnispotenzialübersicht zu den Wertschöpfungsbereichen findet rollierend bei SWH statt. Dabei werden Chancen für die gesamte Wertschöpfungskette des Unternehmens in einem dynamischen Prozess erarbeitet. Ziel ist es, diese frühzeitig zu erkennen, zu überwachen und entsprechend dem angestrebten Chancenprofil zu steuern.

6.3.2 Wesentliche Chancen

Produktion. Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit ergeben sich für SWH Chancen in Verbindung mit einer positiven Entwicklung der Währungskurse und Marktpreise für die Commodities Strom, Gas, Kohle, Öl und CO₂. Durch ungewöhnlich kalte Wetterperioden – sehr niedrige Durchschnittstemperaturen beziehungsweise Temperaturspitzen – in den Herbst- und Wintermonaten können sich für SWH im Absatzbereich für Strom, Gas und Wärme aufgrund einer höheren Nachfrage Chancen ergeben.

Die flexible Steuerung der Stromerzeugung und der Möglichkeit einer Einsteuerung in höhere Preissegmente bietet eine Form der Ergebnisverbesserung. Geänderte Bedingungen bei der flexiblen Vermarktung von EEG-Anlagen und Regenergie insbesondere bei der Managementprämie und den Erlösen für die Direktvermarktung wirken sich auf das Gesamtsystem aus. Dies gilt auch für den Regenergiemarkt. Wesentliche Ergebnisrisiken bestehen bei Ausnutzung der Beschaffungsoptimierungsmöglichkeiten der Kraftwerke mit Vermarktung der freien Kraftwerkskapazitäten auf höherer Preisbasis.

Beschaffung und Handel. Im Vordergrund stehen die Ausnutzung der Volatilitäten am Gasbeschaffungsmarkt im Sinne einer Beschaffungsoptimierung und verbesserten Bedingungen bei den Preisrevisionen der Langfristverträge. Bei der Beschaffung können durch die Implementierung einer 24/7-Handelsfunktion zusätzliche Vorteile im kurzfristigen Geschäft erwirtschaftet werden.

Absatz und Vertrieb. Der Vertrieb könnte durch die Erhöhung der Marktanteile im Grundversorgungsgebiet Hannover, beim Strom und Gas, durch Kundenrückgewinnung Ergebnispotenziale schaffen. Dieses könnte durch eine ansprechende Kundenzufriedenheit und Preismodelle erreicht werden. Ein Ausbau der Marktanteile, im Strom und Gas, durch Neugewinnung von Kunden durch einen zielgerichteten Marketing-Mix stellt neben Absatz- auch Ergebnisaspekte dar. Der Vertriebs Erfolg in Gas und Fernwärme bietet durch einen witterungsbedingten erhöhten Absatz eine Ergebnis chance.

Beteiligungen. Einen neuen Akzent im Bereich Beteiligungen sollen zukünftig Beteiligungen in junge Unternehmen (Startups) setzen. Diese Gesellschaften bieten oftmals ein hohes Chancenpotenzial, dem jedoch gleichzeitig auch höhere Risiken gegenüberstehen. Den Risiken wird durch eine sorgfältige Auswahl der Beteiligungen und eine intensive Unterstützung der Gründer begegnet. Im Bereich erneuerbare Energien bieten Kooperationen mit Windparkentwicklern und Finanzinvestoren die Chance auf weiteres Wachstum. Im Contracting werden selektiv Möglichkeiten genutzt, Projekte aus wirtschaftlicher Schieflage zu erwerben und diese mit eigener Expertise zu optimieren und zum Erfolg zu führen.

Hannover, den 13. Februar 2017

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva in TEUR	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		11.721	10.032
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	31.216		40.898
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	119.613		13.422
3. Verteilungsanlagen	285.028		277.330
4. Technische Anlagen und Maschinen	46.195		41.726
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.360		6.795
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.654		26.968
		513.066	407.139
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	127.691		157.811
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.703		167.102
3. Beteiligungen	500.426		500.426
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.881		11.857
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	16.932		13.946
6. Sonstige Ausleihungen	568		832
		717.201	851.974
		1.241.988	1.269.145
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.745		13.261
2. Unfertige Leistungen	1.834		1.394
3. Waren	27.854		38.943
		39.433	53.598
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	339.798		349.436
abzüglich erhaltene Anzahlungen	-232.895		-242.344
	106.903		107.092
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	62.718		55.357
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.272		976
4. Sonstige Vermögensgegenstände	17.863		27.695
		188.756	191.120
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	3.587		3.587
		3.587	3.587
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		6.191	2.736
		237.967	251.041
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.138	2.631
		1.481.093	1.522.817

Passiva in TEUR	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000		86.000
II. Kapitalrücklage	78.535		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	293.579		279.579
IV. Genussscheinkapital	5.113		5.113
		463.227	449.227
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		9.600	9.140
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		85.774	85.059
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.815		21.586
2. Sonstige Rückstellungen	164.565		166.320
		186.380	187.906
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	610.800		612.000
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	34.906		59.766
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	46.025		74.404
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.451		11.932
5. Sonstige Verbindlichkeiten	32.221		31.703
davon aus Steuern: TEUR 2.549 (31.12.2015: TEUR 7.277) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 0 (31.12.2015: TEUR 0)			
		734.403	789.805
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1.709	1.680
		1.481.093	1.522.817

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in TEUR				2016	2015
1. Umsatzerlöse (brutto)				2.090.071	2.538.218 *
abzüglich Energiesteuer				-95.211	-124.326
				1.994.860	2.413.892
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen				440	286
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				5.564	5.675
4. Sonstige betriebliche Erträge				24.340	29.677 *
				2.025.204	2.449.530
5. Materialaufwand					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren				-1.271.207	-1.683.890
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen					
davon Konzessionsabgabe	in TEUR	-43.665	(Vj.: TEUR -42.881)	-339.497	-369.601 *
				-1.610.704	-2.053.491
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter				-169.881	-160.274
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				-39.663	-39.947
				-209.544	-200.221
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				-57.736	-48.865
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-67.965	-62.371 *
				-1.945.949	-2.364.948
9. Betriebsergebnis				79.255	84.582
10. Erträge aus Beteiligungen					
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	8.162	(Vj.: TEUR 6.542)	65.020	60.949
11. Aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter	in TEUR	125	(Vj.: TEUR 199)	9.957	12.422
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	1.101	(Vj.: TEUR 2.624)	1.325	2.864
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	283	(Vj.: TEUR 393)	1.914	2.106
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen				-41.798	-21.984
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-4.689	-15.964
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR	-22	(Vj.: TEUR -16)	-30.757	-31.743
				972	8.650
17. Ergebnis vor Steuern				80.227	93.232
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				-2.065	-2.558
19. Ergebnis nach Steuern				78.162	90.674
20. Sonstige Steuern				-1.070	-1.795
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn				-60.899	-74.205
22. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital				16.193	14.674
23. Ausschüttung auf Genussscheinkapital				-2.193	-2.674
24. Jahresüberschuss				14.000	12.000
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen				-14.000	-12.000
26. Bilanzgewinn				0	0

*Anpassung der Vorjahreswerte zur Vergleichbarkeit

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (Stadtwerke Hannover AG) zum 31. Dezember 2016 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt worden. Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) umgesetzt. Wesentliche Auswirkungen bei der Anwendung des BilRUG ergeben sich aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse bei den Umsatzerlösen, den sonstigen betrieblichen Erträgen, dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die Vorjahreswerte wurden dementsprechend angepasst. Sämtliche Vorjahresangaben im Anhang beziehen sich auf die Werte nach BilRUG. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde das Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, (GKL), auf die Stadtwerke Hannover AG verschmolzen. Aufgrund der Verschmelzung kommt es zu einzelnen Abweichungen innerhalb der Bilanz- sowie der Gewinn- und Verlustrechnungsposten. Wesentliche Abweichungen innerhalb der betroffenen Posten werden unter den Punkten 3.1. und 3.2. erläutert.

Die Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, mit der am Amtsgericht Hannover eingetragenen Handelsregisternummer HR B 6766, hat ihren Sitz in Hannover.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung folgt den handelsrechtlichen Gliederungsvorschriften. Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde eine weitere Untergliederung von Posten vorgenommen, indem branchenspezifische und sonstige Posten im Sinne einer erhöhten Klarheit und Übersichtlichkeit hinzugefügt wurden. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis in gesonderten Posten.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden bei erstmaligem Ansatz zu ihren Anschaffungskosten bilanziert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die zugrunde gelegte Nutzungsdauer ist dabei branchenüblich. Diese entspricht der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bzw. den Vorgaben der steuerlichen branchenspezifischen Abschreibungstabellen.

Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich ausschließlich um erworbene immaterielle Vermögensgegenstände.

Die **Sachanlagen** werden zu um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen reduzierte fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Herstellungskosten für eigene Leistungen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten auch angemessene Anteile der notwendigen Gemeinkosten. Von dem Wahlrecht einer Aktivierung direkt der Herstellung eines Vermögensgegenstandes zurechenbarer Fremdkapitalkosten wird kein Gebrauch gemacht.

Die planmäßigen Abschreibungen für unbewegliches Sachanlagevermögen erfolgen basierend auf der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer sofern zulässig degressiv und für das Zugangsjahr pro rata temporis. Grundstücke werden grundsätzlich nicht abgeschrieben, da sie eine unbegrenzte Nutzungsdauer aufweisen. Bewegliches Sachanlagevermögen wird degressiv pro rata temporis abgeschrieben. Sobald der lineare Abschreibungssatz den degressiven übersteigt, wird von der degressiven zur linearen Abschreibungsmethode gewechselt. Zugänge bei Verteilungsanlagen werden nach der in der Branche üblichen sogenannten Sammelpostenmethode bewertet. Die zur Berechnung der Abschreibung in Ansatz gebrachte Nutzungsdauer entspricht der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bzw. den Vorgaben der steuerlichen branchenspezifischen Abschreibungstabellen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit einem Anschaffungswert zwischen 150,01 Euro und 410 Euro werden im Zugangsjahr in voller Höhe aufwandswirksam erfasst.

Unter den **Finanzanlagen** werden Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden grundsätzlich vorgenommen, wenn es sich voraussichtlich um eine dauernde Wertminderung handelt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert. Verzinsliche Ausleihungen und niedrig verzinsliche Darlehen an Betriebsangehörige, die innerhalb der sonstigen Ausleihungen erfasst werden, werden zum Nennwert erfasst. Die übrigen niedrig verzinslichen Darlehen werden zum Barwert angesetzt.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sowie **Waren** werden zu durchschnittlichen Einstandspreisen (Bewertung zum gewogenen Durchschnitt) angesetzt und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren Tageswert beziehungsweise dem bereits vereinbarten Veräußerungspreis am Bilanzstichtag bewertet. Bestandsrisiken in Verbindung mit der Umschlagshäufigkeit der Vorräte werden durch pauschale Abschläge auf die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angemessen berücksichtigt. In der Vergangenheit gewährte Zuschüsse wurden aktivisch bei der Buchwertermittlung abgesetzt. Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden bei der Erst- und Folgebewertung mit einem Erinnerungswert von einem Euro angesetzt. Zum Bilanzstichtag beträgt der Zeitwert 0,3 Mio. EUR. Die **unfertigen Leistungen** sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der notwendigen Gemeinkosten bewertet, wobei Fremdkapitalkosten unberücksichtigt bleiben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Einzelrisiken und allgemeiner Wagnisse bilanziert.

Die Bewertung der **eigenen Genussscheine** des Umlaufvermögens erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennwert angesetzt.

Das **Eigenkapital** ist mit dem Nennwert angesetzt.

Empfangene Zuwendungen der öffentlichen Hand zur Anschaffung von Anlagegütern werden passivisch in einem **Sonderposten für Investitionszuschüsse** abgegrenzt. Während der Nutzungsdauer des entsprechenden Vermögensgegenstandes wird der Sonderposten auf einer korrespondierenden planmäßigen Grundlage ertragswirksam aufgelöst (sonstige betriebliche Erträge). Nach den allgemeinen Versorgungsbedingungen **erhaltene Baukostenzuschüsse** werden analog bei Vereinnahmung passiviert und konform zu den Nutzungsdauer der entsprechenden Aktivposten ertragswirksam aufgelöst (Umsatzerlöse). Die bis zum 31. Dezember 2002 empfangenen Baukostenzuschüsse werden zu fünf Prozent jährlich aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Neuregelung für die Ermittlung des Diskontierungssatzes gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB umgesetzt. Durch die Umstellung werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich im Falle von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und im Falle sonstiger Rückstellungen aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ergibt, abgezinst.

Die Bewertung von **Rückstellungen für Pensionen** basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und folgt dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Gehalts- und Rentensteigerungen. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden ein prognostizierter Diskontierungszins von 4,01 Prozent p. a. (Vorjahr: 3,89 Prozent p. a., Diskontierungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre), eine erwartete prozentuale Gehaltssteigerung von 2,50 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,50 Prozent p. a.) und zukünftige Rentensteigerungen von 2,00 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,00 Prozent p. a.) zugrunde gelegt.

Die **sonstigen Rückstellungen** umfassen unter anderem Rückstellungen für die Verpflichtung zur Zahlung von Altersteilzeitleistungen. Die Altersteilzeitverhältnisse sind nach dem Blockmodell ausgestaltet. Für die Rückstellungsbewertung werden versicherungsmathematische Gutachten, welche auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck basieren, herangezogen. Dabei wird die Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur „Handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3)“ vom 19. Juni 2013 beachtet. Für die Bewertung der Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden ein prognostizierter Dis-

kontierungszins von 1,58 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,01 Prozent p. a.) und eine erwartete prozentuale Gehaltssteigerung von 2,50 Prozent p. a. (Vorjahr: 2,50 Prozent p. a.) zugrunde gelegt.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages werden künftige Kostensteigerungen in Höhe von 1,30 Prozent (Vorjahr: 1,70 Prozent) berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem entsprechenden prognostizierten Marktzinssatz diskontiert, der sich im Durchschnitt für die vorangegangenen sieben Geschäftsjahre ergeben hat (1,61 Prozent bis 3,40 Prozent). Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Derivative Finanzinstrumente werden im Wesentlichen zu Sicherungszwecken eingesetzt und mit den jeweiligen Grundgeschäften zu Bewertungseinheiten bilanziell zusammengefasst, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Demgemäß bleiben Wert- beziehungsweise Zahlungsstromänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft unberücksichtigt, insoweit sie den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung betreffen. Der ineffektive Teil wird gemäß dem Imparitätsprinzip als Rückstellung berücksichtigt, sofern dieser einem unrealisierten Verlust entspricht.

Schwebende Strom- und Gasverträge werden mit CO₂-Zertifikate- und Kohleverträgen in Portfolien i. S. d. IDW ÖFA 3 Tz. 18 zusammengefasst und bilden einen Saldierungsbereich. Die Portfolien werden entsprechend der einzelnen Kraftwerkseinsatzentscheidungen gebildet. Eigengeschäfte werden nicht in die Portfolien einbezogen. Bestehen in einem Saldierungsbereich Verpflichtungsüberhänge, werden diese als Drohverlustrückstellungen erfasst. Die interne Steuerung der Portfolien erfolgt auf Segmentebene durch das Risiko-management und einer Deckungsbeitragsrechnung. Die Aufteilung der Wert- oder Zahlungsstromänderungen in Bezug auf die Unwirksamkeit der abgesicherten und der nicht abgesicherten Risiken erfolgt nicht.

3 Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt. Hierfür verweisen wir auf die Anlage zu diesem Anhang.

Der Anteilsbesitz der Stadtwerke Hannover AG ist gemäß den Vorschriften des § 285 Nr. 11 HGB in der Anteilsbesitzliste im Abschnitt 3.5 „Sonstige Angaben“ dieses Anhangs aufgeführt.

Im laufenden Geschäftsjahr 2016 gab es keine unmittelbaren Beteiligungserwerbe und -verkäufe.

Jedoch wurde Anfang Januar 2016 die enercity Immobilien GmbH & Co. KG, Hannover, (eIG), sowie die enercity Immobilienverwaltungs GmbH, Hannover, (eIVG), jeweils als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Hannover AG gegründet. Im Rahmen der Sachgründung der eIG wurden alle Bestandsimmobilien der Standorte Glocksee und Ricklingen zu Buchwerten in Höhe von 44,3 Mio. EUR auf die Gesellschaft übertragen. Die Gründung der Komplementärin eIVG erfolgte durch Einzahlung des Stammkapitals in Höhe von 25 TEUR.

Des Weiteren hat die Stadtwerke Hannover AG mit Wirkung zum 1. Januar 2016 die restlichen Geschäftsanteile in Höhe von 10,00 Prozent am GKL mit Kaufvertrag zum 12. Juli 2016 erworben. Der Geschäftsbetrieb wurde auf die Stadtwerke Hannover AG mit Wirkung zum 1. Januar 2016 verschmolzen und wird durch diese weitergeführt. Aufgrund der Verschmelzung sind Buchwerte für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 112,1 Mio. EUR übertragen worden. Demgegenüber sind Ausleihungen gegenüber dem GKL in Höhe von 89,4 Mio. EUR sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 9,7 Mio. EUR im Rahmen der Verschmelzung durch Aufrechnung entfallen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** ist der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten. Die in Abzug gebrachten erhaltenen Anzahlungen betreffen hauptsächlich eingegangene Teilbeträge auf den noch nicht abgelesenen und abgerechneten Energie- und Wasserverbrauch.

Die Mitzugehörigkeit der **Forderungen gegen verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen** zu anderen Posten der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Forderungen in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-381	5.808	1.467	972
Forderungen aus Finanzierungsverkehr	57.135	51.404	-199	0
Forderungen aus Beteiligungserträgen	0	0	4	4
Forderungen aus Unternehmensverträgen	5.964	-1.855	0	0
Gesamt	62.718	55.357	1.272	976

Im Rahmen der Verschmelzung des GKL wurden Forderungen in Höhe von 13,9 Mio. EUR zum 1. Januar 2016 durch Konfusion verrechnet.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86,0 Mio. EUR und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von unverändert 11,4 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen

In die anderen Gewinnrücklagen wurde ein Betrag in Höhe von 14,0 Mio. EUR (Vorjahr: 12,0 Mio. EUR) aus dem Jahresüberschuss eingestellt. Der ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 6 S. 1 und 3 HGB für die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen beträgt zum 31. Dezember 2016 2,0 Mio. EUR.

Genussscheine

Die Genussscheine wurden im Geschäftsjahr 1990 mit einem Gesamtnennbetrag von 5.112.918,81 Euro (10,0 Mio. Deutsche Mark) emittiert und lauten auf den Inhaber. Die Stückelung beträgt 511.291.881 Stück über je 0,01 Euro Nennbetrag. Die Genussscheine werden an der Mittelstandsbörse Deutschland (Freiverkehr), einem Handelssegment innerhalb des Freiverkehrs der Börsen Hamburg und Hannover, gehandelt. Das Unternehmen hält aktuell 39,4 Prozent der Genussscheine als eigene Wertpapiere. Auf die Genussscheine erfolgt eine jährliche Ausschüttung, die sich in Abhängigkeit von der Höhe des an die Muttergesellschaft abgeführten Gewinns und des gezeichneten Kapitals der Stadtwerke Hannover AG bemisst. Das Genussscheinkapital wurde insgesamt für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 2,2 Mio. EUR verzinst (Vorjahr: 2,7 Mio. EUR). Die Laufzeit der Genussscheine ist unbefristet. Eine Kündigung ist weder durch die Inhaber noch durch die Stadtwerke Hannover AG erfolgt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Personalrückstellungen (57,4 Mio. EUR; Vorjahr: 49,4 Mio. EUR), Rückstellungen für die Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen (29,5 Mio. EUR; Vorjahr: 33,8 Mio. EUR), Rückstellungen für ausstehende Netznutzungs- und Bezugsrechnungen (19,7 Mio. EUR; Vorjahr: 28,5 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für drohende Verluste (10,6 Mio. EUR; Vorjahr: 9,4 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten in TEUR	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	610.800	142.800	468.000	361.000	107.000
(Vorjahr)	(612.000)	(35.000)	(577.000)	(410.000)	(167.000)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	34.906	34.906	0	0	0
(Vorjahr)	(59.766)	(59.766)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	46.025	46.025	0	0	0
(Vorjahr)	(74.404)	(74.404)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.451	10.451	0	0	0
(Vorjahr)	(11.932)	(11.932)	(0)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	32.221	32.221	0	0	0
(Vorjahr)	(31.703)	(31.703)	(0)	(0)	(0)
Gesamt	734.403	266.403	468.000	361.000	107.000
(Vorjahr)	(789.805)	(212.805)	(577.000)	(410.000)	(167.000)

Durch den neuen Ausweis der Konzessionsabgaben unter dem Materialaufwand im Zuge der BilRUG Umsetzung, werden die entsprechenden Verbindlichkeiten nicht mehr unter den sonstigen Verbindlichkeiten sondern unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung	12.781	40.237	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.573	35.751	296	-220
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsverkehr	-1.721	-3.895	10.155	12.152
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme	1.392	2.311	0	0
Gesamt	46.025	74.404	10.451	11.932

Derivate

Die Stadtwerke Hannover AG setzen derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente Zinsswaps, Devisentermingeschäfte, CO₂-Zertifikateswaps, Kohleswaps und Ölswaps abgeschlossen. Zur Absicherung werden sowohl Mikro-, Macro- als auch Portfoliohedges und Vertragsportfolien nach IDW ÖFA 3 gebildet. Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges internes Risikomanagement wurde eingerichtet.

Die Marktwerte der Zinsderivate bestimmen sich durch Abzinsung der erwarteten künftigen Zahlungsströme über die Restlaufzeit des Kontrakts auf Basis einer Zinsstrukturkurve zum Stichtag. Dies bezüglich werden die für die Restlaufzeit der Derivate abgeleiteten Forward-Preise verwendet. Der Marktwert von Commodity - Termingeschäften errechnet sich auf Basis des am Abschlussstichtag geltenden Terminkurses für die jeweilige Restlaufzeit des Kontrakts im Vergleich zum kontrahierten Kurs.

Bewertungseinheiten

Im Berichtsjahr wurden Darlehen in Höhe von 570,0 Mio. EUR durch Payer Swaps abgesichert und in Bewertungseinheiten einbezogen. Die aus den variablen Zinszahlungen der Darlehen resultierenden Zinsrisiken werden durch die zu erhaltenden variablen Zinszahlungen aus den Payer Swaps eliminiert. Der beizulegende Zeitwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Payer Swaps beträgt –140,4 Mio. EUR. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten wurden Drohverlustrückstellungen von 130,3 Mio. EUR vermieden. Im Rahmen der Bildung der Bewertungseinheiten wurden negative Marktwerte von 8,5 Mio. EUR sowie 1,6 Mio. EUR aus Ineffektivität als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Die variabel verzinslichen Darlehen werden für Zeiträume von bis zu 25 Jahren abgesichert. In die Bewertungseinheiten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen in Form von Darlehensprolongationen in Höhe von 422,5 Mio. EUR einbezogen. Die Notwendigkeit der Darlehensprolongationen resultiert aus dem geplanten Finanzierungsbedarf der Stadtwerke Hannover AG. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen. Die Ermittlung der retrospektiven Effektivität erfolgte anhand der Dollar Offset Methode.

Darüber hinaus wurden fest kontrahierte Kohlebeschaffungsgeschäfte von 65,6 Mio. EUR durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Die Devisentermingeschäfte gleichen die aus den Warentermingeschäften resultierenden Währungsrisiken aus. Der beizulegende Zeitwert der Devisentermingeschäfte beträgt 7,3 Mio. EUR. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten wurden keine Drohverlustrückstellungen vermieden. Die Devisentermingeschäfte haben Laufzeiten von bis zu zwei Jahren. Sowohl die Ermittlung der prospektiven als auch retrospektiven Effektivität erfolgt anhand der Critical Term Match Methode.

Zur Absicherung von Preisänderungsrisiken aus mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Gasverträgen von 15,1 GWh werden Ölswaps, eingesetzt. Die Ölswaps haben einen Nominalwert von -6,7 Mio. EUR und einen beizulegenden Zeitwert von 0,3 Mio. EUR. Die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung aus Ölswaps beträgt 0,5 Mio. EUR. Aus Ineffektivität resultiert eine Drohverlustrückstellung von 0,1 Mio. EUR. Die Ölswaps haben Laufzeiten von bis zu zwei Jahren.

Hinsichtlich der Preisänderungsrisiken gleichen sich die gegenläufigen Zahlungsströme aus Grund- und Sicherungsgeschäften im Rahmen der abgesicherten Risiken zukünftig vollständig aus. Die Wirksamkeiten der Sicherungsbeziehungen wird anhand der Critical Term Match Methode nachgewiesen.

In die Bewertungseinheiten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen einbezogen. Zum Stichtag lagen keine Hinweise auf den Nichteintritt dieser Transaktionen vor.

Die bilanzielle Abbildung der Bewertungseinheiten erfolgt anhand der Einfrierungsmethode.

Derivate für Strom- und Gasgeschäfte (Portfoliosteuerung)

Zur Absicherung und Optimierung der Strom- und Gasgeschäfte (Preisrisikomanagement) und zur Vermarktung eigener Kraftwerkskapazitäten (Kraftwerksoptimierung) werden Strom- und Gasforwards eingesetzt und an der deutschen Strombörse EEX (European Energy Exchange) Gas- und Stromfutures gehandelt. Der Einsatz dieser derivativen Finanzinstrumente ist durch eine interne Richtlinie geregelt. Im Rahmen der Vertragsportfolien nach IDW ÖFA 3 und der back to back Kontrahierung wurden folgende Derivate abgeschlossen:

Am Abschlussstichtag betragen Nominal- und Marktwert der schwebenden Geschäfte:

		Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Stromforwards	Beschaffung	40.411	-172.122
	Absatz	-46.557	218.572
Stromfutures	Kauf	9.312	-48.607
	Verkauf	-6.469	57.053
Gasforwards	Beschaffung	5.386	-506.442
	Absatz	2.043	327.954
Gasfutures	Kauf	6.815	-74.127
	Verkauf	57	39.709

Im Saldierungsbereich der Portfolien nach IDW ÖFA 3 sind unter anderem folgende Derivate für Emissionszertifikate- und Kohlegeschäfte enthalten:

	Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Emissionszertifikatekäufe (physisch)	504	-29.786
Emissionszertifikateverkäufe (physisch)	139	732

	Marktwert in TEUR	Nominalwert in TEUR
Kohlekäufe (finanziell)	8.503	-33.027
Kohleverkäufe (finanziell)	-118	433

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) des Berichtsjahres nach Geschäftsbereichen ergibt sich wie folgt:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	2016	2015
in TEUR		
Strom	1.006.510	1.331.389
Gas	693.687	751.373
Wasser	85.829	83.063
Wärme	83.245	83.891
Dienstleistungen	125.589	164.176
Gesamt	1.994.860	2.413.892

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Inland erzielt.

Durch die Neudefinition der Umsatzerlöse aufgrund des BilRUG werden nun unter den Umsatzerlösen Geschäftsvorfälle erfasst, die vorher unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wurden. Die Ausweisänderung umfasst im Wesentlichen die Miet- und Pächterlöse (94,2 Mio EUR; Vorjahr: 95,4 Mio. EUR).

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 16,7 Mio. EUR (Vorjahr: 12,7 Mio. EUR) enthalten.

Periodenfremde Erträge	2016	2015
in TEUR		
Auflösung von Rückstellungen	15.362	10.109
Abgänge Sachanlagevermögen	548	522
Herabsetzung Pauschalwertberichtigung auf Forderungen	36	578
Übrige periodenfremde Erträge	770	1.513
Gesamt	16.716	12.722

Aufgrund der Umsetzung des BilRUG im Geschäftsjahr 2016 haben sich die sonstigen betrieblichen Erträge deutlich verringert. Der Rückgang ist insbesondere auf den neuen Ausweis der Miet- und Pächterlöse (94,2 Mio. EUR; Vorjahr: 95,4 Mio. EUR) unter den Umsatzerlösen zurückzuführen.

Materialaufwand

Ab dem Geschäftsjahr 2016 werden aufgrund des BilRUG weitere Geschäftsvorfälle unter dem Materialaufwand ausgewiesen. Die Ausweisänderung umfasst im Wesentlichen die Aufwendungen aus Konzessionsabgaben (43,7 Mio. EUR; Vorjahr 42,9 Mio. EUR), die vorher unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wurden.

In den Materialaufwendungen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 1,5 Mio. EUR enthalten.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtsjahr 12,5 Mio. EUR (Vorjahr: 12,5 Mio. EUR).

Abschreibungen

Infolge der Verschmelzung des GKL haben sich die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2016 um 10,1 Mio. EUR erhöht. Der Anstieg wurde durch die Ausgliederung der eIG (Abschreibungen im Vorjahr auf ausgegliederte Bestandsimmobilien: 0,8 Mio. EUR) reduziert.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR (Vorjahr: 3,6 Mio. EUR) enthalten.

Periodenfremde Aufwendungen in TEUR	2016	2015
Wertberichtigungen auf Forderungen	2.578	2.556
Abgänge Sachanlagevermögen	331	917
Übrige periodenfremde Aufwendungen	97	121
Gesamt	3.006	3.594

Aufgrund der Umsetzung des BilRUG im Geschäftsjahr 2016 sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf dem neuen Ausweis der Aufwendungen aus Konzessionsabgaben (43,7 Mio. EUR; Vorjahr 42,9 Mio. EUR), unter dem Materialaufwand zurückzuführen.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den Mietaufwendungen an die eIG (6,7 Mio. EUR), welche ab dem 1. Januar 2016 als Folge der Ausgliederung der Standorte Glocksee und Ricklingen für die Nutzung gezahlt werden.

Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind aufgrund der Verschmelzung des GKL (Vorjahr: 1,6 Mio. EUR) gesunken.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und Erträge enthalten 0,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,4 Mio. EUR) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Auf die Tochtergesellschaft Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, ist im Berichtsjahr eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 29,1 Mio. EUR erfolgt (Vorjahr: 20,6 Mio. EUR). Diese trägt den veränderten Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Energiewende und der Strompreisentwicklung am Terminmarkt Rechnung.

Der beizulegende Zeitwert beträgt 0,0 Mio. EUR und liegt somit unter dem Buchwert von 41,5 Mio. EUR. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert nach § 253 Abs. 3 S.6 HGB wurde unterlassen, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Dies begründet sich darin, dass mit der Stilllegung der letzten Kernkraftwerke in Deutschland und dem Ausscheiden älterer konventioneller Kraftwerke eine bessere Vermarktbarkeit des Kraftwerks Mehrum erwartet wird. Daraus folgend ergibt sich bis zum Zeitpunkt der Stilllegung der Kernkraftwerke eine schlechte Ergebnisentwicklung aus der Kraftwerksvermarktung. Danach wird mit erheblich besseren Vermarktungsergebnissen gerechnet, weshalb der beizulegende Zeitwert bis zum Stilllegungszeitpunkt der Kernkraftwerke zunächst wieder ansteigen wird.

Darüber hinaus wurden die Beteiligung an der GHG - Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG) um 3,7 Mio. EUR sowie das an die GHG ausgereichte Gesellschafterdarlehen um 9,0 Mio. EUR abgewertet.

Der beizulegende Zeitwert beträgt 46,7 Mio. EUR und liegt somit unter dem Buchwert des Investment in den Speicherbetrieb von 57,9 Mio. EUR. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert nach § 253 Abs. 3 S.6 HGB wurde unterlassen, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Das Geschäftsfeld Speicherung befindet sich derzeit aufgrund des Marktumfeldes in der Gasversorgung in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Infolge der sich abzeichnenden Umstellung von L-Gas auf H-Gas sowie einer erwarteten Konsolidierung des Gasmarktes und im Zuge der Energiewende wird künftig jedoch mit steigendem Bedarf an Speicherkapazitäten gerechnet, sodass von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen wurden in Höhe von 7,8 Mio. EUR (Vorjahr: 7,3 Mio. EUR) erfasst.

3.3 Berichterstattung gemäß § 6 b Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz

Die Stadtwerke Hannover AG hat folgende Geschäfte größeren Umfangs, die im Sinne des § 6 b Abs. 2 EnWG aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, mit verbundenen und assoziierten Unternehmen getätigt:

Von der Stadtwerke Hannover AG erbrachte Leistungen	2016
in TEUR	
Technische und kaufmännische Betriebsführung	100.925
Netzpacht	72.800
Sonstige Miete und Pacht	21.439
Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen	17.624
Personalgestellung	17.133
Anlagen- und Hausanschlusserstellung	3.337
Sonstiges	2.812
Gesamt	236.070

Von der Stadtwerke Hannover AG empfangene Leistungen	2016
in TEUR	
Netzpacht	4.589
Asset Management	3.114
Sonstiges	2.640
Gesamt	10.343

3.4 Angaben zum Jahresergebnis

Die Stadtwerke Hannover AG haben entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag 60,9 Mio. EUR (Vorjahr: 74,2 Mio. EUR) an die VVG abzuführen. In diesem Betrag sind 11,1 Mio. EUR (Vorjahr: 14,0 Mio. EUR) Mindestdividende an außenstehende Aktionäre enthalten. Auf das Genussscheinkapital erfolgt eine Ausschüttung von 2,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2,7 Mio. EUR). Der verbleibende Jahresüberschuss von 14,0 Mio. EUR (Vorjahr: 12,0 Mio. EUR) wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Zusammensetzung der Organe, Aufwendungen für Organe und Organkredite

Vorstand

In der personellen Besetzung des Vorstands der Stadtwerke Hannover AG hat es während des Geschäftsjahres Veränderungen gegeben. Am 1. April 2016 hat Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler den bisherigen Vorstandsvorsitzenden und Kaufmännischen Direktor Herrn Michael G. Feist, der zum 31. März 2016 in den Ruhestand gegangen ist, in seiner Funktion abgelöst. Des Weiteren hat Herr Harald Noske seine Funktion als Technischer Direktor zum 31. Dezember 2016 niedergelegt und ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. Zudem wird Herr Jochen Westerholz seine Tätigkeit als Arbeitsdirektor zum 10. Februar 2017 an seinen Nachfolger Herrn Kai-Uwe Weitz, welcher ab dem 1. Januar 2017 Vorstandsmitglied ist, übergeben und zum 31. März 2017 das Unternehmen verlassen. Herr Prof. Dr. Marc Hansmann ist ab dem 1. April 2017 als neues Vorstandsmitglied bestellt.

Die Mitglieder des Vorstands sind:

- Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler, Kaufmännische Direktorin und Vorstandsvorsitzende (seit 1. April 2016) sowie kommissarische Leitung der technischen Direktion (1. Januar 2017 – 31. März 2017)
- Michael G. Feist, Kaufmännischer Direktor und Vorstandsvorsitzender (bis 31. März 2016)
- Harald Noske, Technischer Direktor (bis 31. Dezember 2016)
- Rechtsanwalt Jochen Westerholz, Arbeitsdirektor (bis 10. Februar 2017)
- Kai-Uwe Weitz, Arbeitsdirektor (ab 11. Februar 2017)

Aufsichtsrat

Folgende Mandatsträger waren im Geschäftsjahr 2016 im Aufsichtsrat vertreten:

- Prof. Dr. Marc Hansmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Stadtkämmerer (bis 21. Dezember 2016)
- Martin Bühre, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Maschinenbautechniker^{*}
- Jens Allerheiligen, kaufmännischer Angestellter
- Henning Behnsen, Diplom-Ingenieur (seit 1. Oktober 2016)
- Ute Bitter, Industriefachwirtin^{*}
- Blanca Blancke, Gewerkschaftssekretärin^{*}
- Ralf Borchers, Diplom-Ökonom
- Dr. Matthias Cord, Vorstandsmitglied der Thüga AG
- Patrick Drenke, Fahrradkurier
- Dr. Uwe Gerecke, Betriebsarzt^{*} (seit 1. Januar 2016)
- Christine Kastning, Diplom-Ökonomin/Bankangestellte
- Dr. Reinhard Klopffleisch, Gewerkschaftssekretär^{*}
- Dieter Küßner, Diplom-Betriebswirt des Handwerks
- Wilfried Lorenz, selbständiger Kaufmann
- Harald Memenga, Gewerkschaftssekretär^{*}
- Michael Riechel, Vorstandsmitglied der Thüga AG
- Ralf Riekemann, Diplom-Ingenieur Maschinenbau (FH)^{*}
- Andrea Rietig, Bauingenieurin (FH)^{*} (bis 30. September 2016)
- Frank Schröder, Betriebsschlosser^{*}
- Norbert Stichtenoth, Betriebswirt^{*}
- Belgün Zaman, Juristin

^{*} Arbeitnehmervertreter der Stadtwerke Hannover AG

Den aktiven Vorstandsmitgliedern wurden 1,8 Mio. EUR vergütet; davon entfielen 1,2 Mio. EUR auf feste (Gehälter, Zuschüsse zu Versicherungsbeiträgen, Sachbezüge) und 0,6 Mio. EUR auf variable Vergütungen. Frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten 0,7 Mio. EUR. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind 15,2 Mio. EUR zurückgestellt.

Dem Aufsichtsrat wurden 74 TEUR und dem Beirat 3 TEUR vergütet.

3.5.2 Belegschaft

Der Jahresdurchschnitt 2016 der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer zeigt folgendes Bild:

	2016	2015
Mitarbeiter	2.453	2.511
davon Gehaltsempfänger	1.653	1.673
davon Lohnempfänger	685	726
davon Auszubildende	115	112

3.5.3 Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Haftungsverhältnisse

Gegenüber einem Kreditinstitut wurde für ein Darlehen der Danpower GmbH, Potsdam (verbundenes Unternehmen), eine Ankaufsverpflichtung von bis zu 10,9 Mio. EUR bis zum Zeitpunkt der Tilgung des Darlehens eingegangen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 ist mit einer künftigen Inanspruchnahme aus dieser Ankaufsverpflichtung nicht zu rechnen. Die Verpflichtungen aus dem zugrunde liegenden Darlehen wurden von der Danpower GmbH bisher vertragskonform erfüllt. Darüber hinaus wurde gegenüber einem weiteren Kreditinstitut eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 0,3 Mio. EUR für eine Beteiligungsgesellschaft übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag besteht gegenüber Lieferanten ein offenes Bestellobligo in Höhe von 83,0 Mio. EUR.

Infolge der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von bis zu 4 Jahren in Höhe von 9,9 Mio. EUR. Des Weiteren liegt aufgrund der Anmietung des Kundencenter Ständehausstraße 6, Hannover, eine Mietverpflichtung mit einer Restlaufzeit von ebenfalls 4 Jahren in Höhe von 1,2 Mio. EUR vor.

Durch die Anmietung der Gebäude in den Standorten Ricklingen und Glocksee bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von 9 Jahren in Höhe von 48,9 Mio. EUR (davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 48,9 Mio. EUR).

Darüber hinaus bestehen am Stichtag Verpflichtungen aus dem Pachtvertrag mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren für das Strom- und Wasserversorgungsnetz sowie mit einer Restlaufzeit von 16 Jahren für das Gasversorgungsnetz mit den Netzgesellschaften Laatzen. Für das Wasser- und Stromnetz ist ein jährlicher Mindestpachtzins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren von insgesamt 8,3 Mio. EUR vereinbart; der Pachtzins für das Gasnetz ist variabel. Im Geschäftsjahr 2016 sind Pachtaufwendungen von insgesamt 3,3 Mio. EUR entstanden.

Für Kfz-Leasing bestehen Verpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Aus Darlehenszusagen gegenüber Beteiligungsunternehmen bestehen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt 40,9 Mio. EUR; davon wurden gegenüber den verbundenen Unternehmen Zusagen zu langfristigen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 40,9 Mio. EUR gemacht.

3.5.4 Anteilsbesitz der Stadtwerke Hannover AG gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Unmittelbare Beteiligungen				
Verbundene Unternehmen				
enercity Contracting GmbH, Hannover	100,00	26.557	0 ¹	2016
enercity Erneuerbare GmbH, Hannover	100,00	1.000	0 ¹	2016
enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover	100,00	250	0 ¹	2016
enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH, Hannover	100,00	25	0 ¹	2016
enercity Immobilien GmbH & Co.KG, Hannover	100,00	12.258	1.318	2016
enercity Immobilien Verwaltungs GmbH, Hannover	100,00	25	1	2016
Danpower GmbH, Potsdam	84,90	52.219	9.918	2015
GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover	84,70	10.226	0 ¹	2016
Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover	83,33	26.712	456	2015
GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg	51,84	137	0 ¹	2016
Beteiligungen				
htp GmbH, Hannover	50,00	30.634	3.158	2015
Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen	50,00	3.132	329	2015
GHG – Gasspeicher Hannover GbR, Ronnenberg	50,00	0	7	2016
Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen	49,00	6.100	1.047	2016
Gasnetzgesellschaft Laatzen-Nord mbH, Laatzen	49,00	117	92	2016
Netzverwaltungsgesellschaft Laatzen mbH, Laatzen	49,00	26	1	2016
Stadtwerke Wunstorf GmbH & Co. KG, Wunstorf	34,00	6.976	1.873	2015
Stadtwerke Wunstorf Verwaltungs GmbH, Wunstorf	34,00	62	1	2015
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München	20,53	2.740.071	271.125	2015
Stadtwerke Garbsen GmbH, Garbsen	20,00	-309 ²	3.870 ²	2015

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
Mittelbare Beteiligungen				
Verbundene Unternehmen				
Danpower Energie Service GmbH, Potsdam	100,00	40.206	388	2015
EKT Energie und Kommunal -Technologie GmbH, Potsdam	100,00	6.391	0 ⁵	2015
vigoris Handels GmbH, Potsdam	100,00	1.471	1.446	2015
Danpower Eesti AS, Voru, Estland	100,00	3.774	622	2015
Danpower Biomasse Pfaffenhofen GmbH, Pfaffenhofen a.d. Ilm	100,00	4.535	511	2015
Bitterfelder Fernwärme GmbH, Bitterfeld-Wolfen	100,00	1.728	0 ⁵	2015
BIOREG Energy & Recycling GmbH, Niederau	100,00	0	-286	2015
vigoris Kaubandus ÖU, Tallin, Estland	100,00	313	222	2015
PME Projektmanagement und Engineering GmbH, Leipzig	100,00	50	0 ⁵	2015
Danpower Latvia SIA, Riga, Lettland	100,00	3	0	2015
Danpower Biomasse Papenburg GmbH, Potsdam	100,00	13 ³	0 ³	2016
Bioenergie Kerpen-Sindorf GmbH, Hannover	100,00	25 ³	0 ³	2016
IEP Innovative Energien Potsdam GmbH, Potsdam	100,00	0	-188	2015
BGA Biogas 2 GmbH, Potsdam	100,00	0	661	2015
enercity Contracting Nord GmbH, Hannover	100,00	2.277	273	2015
Windpark Fischbeck GmbH, Wust-Fischbeck	100,00	25	0 ¹	2016
Windpark Martenberg GmbH, Diemelsee-Adorf	100,00	25	0 ¹	2016
Windpark Lindewitt-Sillerup GmbH, Lindewitt	100,00	25	0 ¹	2016
Windpark Mangelsdorf GmbH, Jerichow	100,00	25	0 ¹	2016
Windpark Mündstedt II GmbH, Ilsede	100,00	25	0 ¹	2016
Windpark Esperke GmbH, Neustadt am Rübenberge	100,00	25	0 ¹	2016
Windpark Groß Eilstorf GmbH, Böhme	100,00	8.055	-800	2015

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Geschäftsjahr
WVZ-Wärmeversorgung Zinnowitz GmbH, Zinnowitz	80,00	103	-248	2015
IEW Biogaspark Wolgast GmbH, Wolgast	75,20	736	552	2015
IEW Biogas 4 GmbH, Wolgast	75,20	38	-2	2015
IEW Innovative Energien Wolgast GmbH, Wolgast	74,90	331	281	2015
ELW Energieversorgung Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	70,00	0	567	2015
Bioenergie Loop GmbH, Loop	66,00	3.008	-418	2015
Wärmeversorgung Wolgast GmbH, Wolgast	51,00	2.708 ⁴	694	2015
Stadtwerk Elsterwerda GmbH, Elsterwerda	51,00	1.063	95	2015
Biogas Glentorf GmbH, Königslutter-Glentorf	51,00	1.484	-290	2015
Bioenergie Giesen GmbH, Giesen	51,00	2.075	75	2015
Beteiligungen				
Bioenergie Harber GmbH & Co. KG, Hohenhameln- Harber	51,00	927 ⁶	-18	2015
PD energy GmbH, Bitterfeld-Wolfen	50,00	10.668	558	2015
Danpower Baltic (UAB), Kaunas, Litauen	50,00	0	-1.108	2015
Energieversorgung Bergen GmbH & Co.KG, Bergen	50,00	50	-2	2015
Windpark Münstedt Infra GmbH, Ilsede	50,00	18	-7	2015
Windpark Müden/Aller GmbH, Müden	40,00	25	-3	2015
Biogas Peine GmbH, Peine	40,00	1.336	55	2015

¹ Die Ergebnisse dieser Unternehmen fließen auf Grund von Gewinnabführungsverträgen anteilig der Stadtwerke Hannover AG zu.

² Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten basiert die Angabe auf dem Konzernabschluss der Gesellschaft.

³ Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2016 neu gegründet. Es handelt sich um Eröffnungsbilanzwerte.

⁴ Die Angabe des Eigenkapitals erfolgt unter Berücksichtigung der teilweisen Ergebnisverwendung.

⁵ Die Ergebnisse dieser Unternehmen fließen auf Grund von Gewinnabführungsverträgen der jeweiligen Muttergesellschaft zu.

⁶ Es handelt sich nicht um ein verbundenes Unternehmen i.S.d. § 271 Abs. 2 HGB

3.5.5 Konzernverhältnisse

Die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) hat mitgeteilt, dass ihr 75,09 Prozent der Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG zustehen. Gleichfalls hat die VVG mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt Hannover auf Grund der Zurechnung der von der VVG gehaltenen Stimmrechte gemäß § 16 Abs. 4 AktG über 75,09 Prozent Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG verfügt. Weitere 24,00 Prozent der Stimmrechte hält die Thüga AG.

Die Stadtwerke Hannover AG, mit Sitz in Hannover, ist gemäß § 291 HGB von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht gemäß §§ 290 ff. HGB aufzustellen, befreit.

Die Stadtwerke Hannover AG wird in den befreienden Konzernabschluss der VVG, die ebenfalls ihren Sitz in Hannover hat, einbezogen. Die VVG ist das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für den größten Kreis von Unternehmen nach den Vorschriften des HGB aufstellt.

Der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der VVG sind im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Diese Unterlagen sind im Internet unter www.bundesanzeiger.de zugänglich.

Darüber hinaus stellt die Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2016 freiwillig für den kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) gemäß § 315a Abs. 3 HGB sowie einen Konzernlagebericht auf. Der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Stadtwerke Hannover AG sind auf der unternehmenseigenen Homepage veröffentlicht. Diese Unterlagen sind im Internet unter www.enercity.de zugänglich.

3.5.6 Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover AG erwarten.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Jahresberichterstattung der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Hannover, den 13. Februar 2017

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Zapreva-Hennerbichler

Weitz

Westerholz

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten							Abschreibungen							Buchwerte		
	Stand 01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Sacheinlage eIG	Verschmelzung GKL	Um- buchungen	Stand 31.12.2016	Stand 01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Sacheinlage eIG	Verschmelzung GKL	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	59.561	2.018	60	11	241	4.119	65.868	49.529	4.491	60	8	195	0	0	54.147	11.721	10.032
II. Sachanlagen																	
1.																	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	151.292	1.090	192	40.610	0	823	112.403	110.394	1.753	184	30.776	0	0	81.187	31.216	40.898	
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	167.865	3.098	407	0	187.324	3.139	361.019	154.443	11.932	401	0	75.432	0	241.406	119.613	13.422	
3. Verteilungsanlagen	1.423.576	29.955	9.242	0	0	7.912	1.452.201	1.146.246	29.904	8.977	0	0	0	1.167.173	285.028	277.330	
4. Technische Anlagen und Maschinen	227.892	9.248	7.385	2.925	4.613	2.502	233.945	186.166	6.816	7.235	2.609	4.612	0	187.750	46.195	41.726	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	63.273	1.329	1.714	0	375	954	64.217	56.478	2.840	1.694	0	233	0	57.857	6.360	6.795	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.968	17.900	0	788	23	-19.449	24.654	0	0	0	0	0	0	24.654	24.654	26.968	
	2.060.866	62.620	18.940	44.323	192.335	-4.119	2.248.439	1.653.727	53.245	18.491	33.385	80.277	0	1.735.373	513.066	407.139	
III. Finanzanlagen																	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	275.460	12.342	0	0	-9.679	0	278.123	117.649	32.783	0	0	0	0	150.432	127.691	157.811	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	167.102	9.843	11.827	0	-89.400	0	75.718	0	9.015	0	0	0	0	9.015	66.703	167.102	
3. Beteiligungen	506.087	0	0	0	0	0	506.087	5.661	0	0	0	0	0	5.661	500.426	500.426	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.857	0	6.976	0	0	0	4.881	0	0	0	0	0	0	0	4.881	11.857	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	13.946	2.986	0	0	0	0	16.932	0	0	0	0	0	0	0	16.932	13.946	
6. Sonstige Ausleihungen	836	0	264	0	0	0	572	4	0	0	0	0	0	4	568	832	
	975.288	25.171	19.067	0	-99.079	0	882.313	123.314	41.798	0	0	0	0	165.112	717.201	851.974	
	3.095.715	89.809	38.067	44.334	93.497	0	3.196.620	1.826.570	99.534	18.551	33.393	80.472	0	1.954.632	1.241.988	1.269.145	

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Stromverteilung

A k t i v a	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015	P a s s i v a	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				Zugeordnetes Eigenkapital	63.856		106.356
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		3.972	2.383			63.856	106.356
II. Sachanlagen				B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		2.786	3.082
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	11.787		12.794	C. Empfangene Baukostenzuschüsse		35.371	35.182
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	15		2	D. Rückstellungen			
3. Verteilungsanlagen	76.154		73.766	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.548		3.404
4. Technische Anlagen und Maschinen	42.271		37.130	2. Steuerrückstellungen	-10		-11
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.742		1.628	3. Sonstige Rückstellungen	20.538		16.428
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.850		8.954			24.076	19.821
		136.819	134.274	E. Verbindlichkeiten			
III. Finanzanlagen				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.931		0
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150		150	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.250		1.840
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0		0	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	616		-5.904
3. Beteiligungen	5.607		5.607	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20		1.213
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0		6.000	5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.233		3.126
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.813		2.707	davon aus Steuern:			
6. Sonstige Ausleihungen	0		0	TEUR 418 (Vj.: TEUR 0)			
		8.570	14.464	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
		149.361	151.121	TEUR 0 (Vj.: TEUR -22)			
B. Umlaufvermögen						32.050	275
I. Vorräte				F. Rechnungsabgrenzungsposten		15	1
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.083		566				
2. Unfertige Leistungen	355		408				
3. Waren	0		0				
4. geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	-86		-63				
		1.352	911				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	2.067		1.533				
	-89		-89				
	1.978		1.444				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.988		7.528				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	114		0				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.618		2.026				
		5.698	10.998				
III. Wertpapiere							
1. Eigene Genussscheine	781		781				
2. Sonstige Wertpapiere	0		0				
		781	781				
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		741	651				
		741	651				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		221	255				
		158.154	164.717			158.154	164.717

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Stromverteilung

	2016 TEUR	2015 TEUR
1. Umsatzerlöse (brutto)	108.639	58.684
abzüglich Energiesteuer	0	0
	108.639	58.684
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-53	-6
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.780	1.795
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.504	52.362
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	1.587	464
	113.457	113.299
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Wa	-1.890	-1.766
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-33.861	-4.678
	-35.751	-6.444
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-33.201	-29.120
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unte	-7.570	-7.448
	-40.771	-36.568
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-14.620	-14.609
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	0	-22.830
b) Andere	-8.546	-10.423
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	-909	-887
	-9.455	-34.140
	-100.597	-91.761
9. Betriebsergebnis	12.860	21.538
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	494	494
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	154	152
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 135 (Vj.: TEUR 131)	262	155
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-11.862	-5.548
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	-1.436	-1.169
	-12.388	-5.916
17. Ergebnis vor Steuern	472	15.622
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5	-246
19. Ergebnis nach Steuern	467	15.376
20. Sonstige Steuern	-139	-344
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	149	-14.450
22. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	477	582
23. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	-477	-582
24. Jahresüberschuss	0	0
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
26. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Gasverteilung

A k t i v a				P a s s i v a			
	31.12.2016 TEUR	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR		31.12.2016 TEUR	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				Zugeordnetes Eigenkapital	56.574		77.738
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.568	1.509			56.574	77.738
II. Sachanlagen				B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		669	740
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	1.794		3.449	C. Empfangene Baukostenzuschüsse		14.261	14.038
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.095		3.466	D. Rückstellungen			
3. Verteilungsanlagen	78.259		80.992	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.387		2.296
4. Technische Anlagen und Maschinen	476		560	2. Steuerrückstellungen	-6		-6
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	817		770	3. Sonstige Rückstellungen	16.405		14.471
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.347		2.864			18.786	16.761
		86.788	92.101	E. Verbindlichkeiten			
III. Finanzanlagen				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.225		0
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100		100	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.398		1.046
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0		0	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.823		-2.558
3. Beteiligungen	12		12	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	325		775
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.940		3.160	5. Sonstige Verbindlichkeiten	875		1.210
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.879		2.158	davon aus Steuern:			
6. Sonstige Ausleihungen	0		0	TEUR 213 (Vj.: TEUR 0)			
		4.931	5.430	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
		93.287	99.040	TEUR -112 (Vj.: TEUR 1)			
B. Umlaufvermögen						26.646	473
I. Vorräte				F. Rechnungsabgrenzungsposten		12	1
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	879		468				
2. Unfertige Leistungen	365		205				
3. Waren	0		0				
4. geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	-59		-60				
		1.185	613				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	2.171		1.826				
	0		0				
	2.171		1.826				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	18.182		5.634				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0		0				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	652		1.292				
		21.005	8.752				
III. Wertpapiere							
1. Eigene Genussscheine	665		665				
2. Sonstige Wertpapiere	0		0				
		665	665				
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		652	511				
		652	511				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		154	170				
		116.948	109.751			116.948	109.751

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Gasverteilung

	2016 TEUR	2015 TEUR
1. Umsatzerlöse (brutto)	62.987	40.096
abzüglich Energiesteuer	0	0
	62.987	40.096
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	161	156
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.093	1.110
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.514	30.416
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	1.763	930
	67.518	72.708
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene	-619	-1.215
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-7.819	-6.607
	-8.438	-7.822
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-21.303	-18.978
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für	-5.001	-4.849
	-26.304	-23.827
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.092	-9.495
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	0	-5.233
b) Andere	-6.020	-5.443
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	-551	-563
	-6.571	-11.239
	-50.405	-52.383
9. Betriebsergebnis	17.113	20.325
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	40	46
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	32	38
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	36	339
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	8.228	-8.382
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	-1.228	-666
	7.108	-8.625
17. Ergebnis vor Steuern	24.221	11.700
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-342	-186
19. Ergebnis nach Steuern	23.879	11.514
20. Sonstige Steuern	-48	-196
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	-23.424	-10.822
22. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genusssschein-kapital	407	496
23. Ausschüttung auf Genuss-schein-kapital	-407	-496
24. Jahresüberschuss	0	0
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
26. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Gasspeicherung

Aktiva	31.12.2016 TEUR	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR	Passiva	31.12.2016 TEUR	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				Zugeordnetes Eigenkapital	21.044		20.010
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		81	80			21.044	20.010
II. Sachanlagen				B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		1	1
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	0		85	C. Empfangene Baukostenzuschüsse		118	109
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	0		0	D. Rückstellungen			
3. Verteilungsanlagen	15.117		6.737	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	299		286
4. Technische Anlagen und Maschinen	22		28	2. Steuerrückstellungen	0		0
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25		30	3. Sonstige Rückstellungen	1.337		1.282
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	80		71			1.636	1.568
		15.244	6.951	E. Verbindlichkeiten			
III. Finanzanlagen				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.621		36.108
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	96		3.748	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21		26
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	40.859		47.661	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-250		2.958
3. Beteiligungen	0		0	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0		0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.941		2.697	5. Sonstige Verbindlichkeiten	436		450
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	243		76	davon aus Steuern:			
6. Sonstige Ausleihungen	0		0	TEUR 61 (Vj.: TEUR 22)			
		43.139	54.182	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
		58.464	61.213	TEUR 0 (Vj.: TEUR 30)			
B. Umlaufvermögen						35.828	39.542
I. Vorräte				F. Rechnungsabgrenzungsposten		1	0
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	30		15				
2. Unfertige Leistungen	0		0				
3. Waren	0		0				
4. geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	-2		-2				
		28	13				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	61		60				
	0		0				
	61		60				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3		13				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5		4				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	37		-82				
		106	-5				
III. Wertpapiere							
1. Eigene Genussscheine	7		7				
2. Sonstige Wertpapiere	0		0				
		7	7				
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks							
		16	-6				
		16	-6				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		7	8				
		58.628	61.230			58.628	61.230

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Gasspeicherung

	2016 TEUR	2015 TEUR
1. Umsatzerlöse (brutto)	19.088	11
abzüglich Energiesteuer	0	0
	19.088	11
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	29	22
4. Sonstige betriebliche Erträge	118	17.850
Erträge aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	509	939
	19.744	18.822
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene v	1.464	-24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-6.117	-4.880
	-4.653	-4.904
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.567	-2.526
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Ur	-594	-601
	-3.161	-3.127
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-787	-661
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	0	0
b) Andere	-377	-523
Aufwendungen aus der Verrechnung mit anderen Aktivitäten	-21	-678
	-398	-1.201
	-8.999	-9.893
9. Betriebsergebnis	10.745	8.929
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	0	0
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	407	1.566
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 50 (Vj.: TEUR 46)	52	49
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 0 (Vj.: TEUR 0)	5	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-12.667	0
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR -1 (Vj.: TEUR -1)	-1.448	-1.488
	-13.651	127
17. Ergebnis vor Steuern	-2.906	9.056
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-152
19. Ergebnis nach Steuern	-2.906	8.904
20. Sonstige Steuern	-2	-12
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	2.912	-8.887
22. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	4	5
23. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	-4	-5
24. Jahresüberschuss	0	0
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0
26. Bilanzgewinn	0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen gem. § 6b Abs. 3 EnWG

Allgemeine Angaben

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) umgesetzt. Wesentliche Auswirkungen bei der Anwendung des BilRUG ergeben sich aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse bei den Umsatzerlösen, den sonstigen betrieblichen Erträgen, dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Auf eine Anpassung der Vorjahreswerte wurde verzichtet.

Bilanz

Alle Bilanzwerte werden im ersten Schritt direkt den Tätigkeiten zugeordnet. Soweit eine direkte Zuordnung nicht möglich ist, erfolgt die Zuordnung mittels Verteilschlüssel. Die grundsätzlich verwendeten Verteilschlüssel sind in Anlage 1 aufgeführt.

Anlagevermögen

Die Vermögensgegenstände der gemeinsamen Bereiche wurden anteilig bei den Tätigkeiten Strom- und Gasverteilung sowie Gasspeicherung berücksichtigt. Zu den gewählten Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang.

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten der Tätigkeiten Strom- und Gasverteilung sowie Gasspeicherung sind innerhalb eines Jahres fällig.

Kapitalverrechnung

Die Kapitalverrechnung ist eine Residualgröße und gleicht als Verrechnungsposten die Bilanzsummen der Aktiv- und Passivseite aus. Der Ausweis in den Tätigkeitsbereichen erfolgt saldiert innerhalb des Postens „Zugeordnetes Eigenkapital“.

Zugeordnetes Eigenkapital

Innerhalb des zugeordneten Eigenkapitals werden das gezeichnete Kapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklagen, Genussscheinkapital und die Kapitalverrechnung saldiert dargestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Alle Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich mittels Aufträgen, Kostenstellen und Profitcentern direkt den Tätigkeiten zugeordnet. Die Erträge und Aufwendungen der gemeinsamen Bereiche werden durch differenzierte Verteilschlüssel auf die anderen Tätigkeiten umgelegt. Die umzulegenden Positionen sind im Wesentlichen Material- und Fremdleistungen, Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen. Für einzelne Kostenstellen in den gemeinsamen Bereichen wurde ab dem Geschäftsjahr 2016 eine individuelle und verursachungsgerechtere Zuordnung vorgenommen. Die Verrechnungen innerhalb der Sparten Strom und Gas erfolgt zu marktwirtschaftlich orientierten Bezugs- und Absatzpreisen, z.B. anhand von Börsenpreisen.

Haftungsverhältnisse/Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen die sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Strom- und Gasverteilung. Wir verweisen auf die Ausführungen im Anhang.

Anlage 1 – Verwendete Schlüssel

Bilanzposition	Verteilschlüssel
Anlagevermögen im allgemeinen Bereich	Anlagevermögen je allgemeiner Bereichsschlüssel
Vorräte	Allgemeiner Schlüssel
Werksküchenvorräte	Personalschlüssel
Forderungen Lieferungen und Leistungen	Umsatzschlüssel
Andere Forderungen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Vermögensgegenstände	
Lohn-/Gehaltsvorschüsse und Darlehen	Personalschlüssel
Sonstige Forderungen	Allgemeiner Schlüssel
Wertpapiere	Schlüssel gezeichnetes Kapital
Flüssige Mittel	Allgemeiner Schlüssel
Rechnungsabgrenzungsposten	Verteilschlüssel allgemeiner Bereich
Sonderposten für Investitionszuschüsse und erhaltene Baukostenzuschüsse	Anlagevermögen je allgemeiner Bereichsschlüssel
Rückstellungen Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Personalschlüssel
Sonstige Rückstellungen	Personalschlüssel und allgemeiner Schlüssel
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verursachungsgerechte Verteilung
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	Allgemeiner Schlüssel
Sonstige Verbindlichkeiten	Allgemeiner Schlüssel
Noch auszahlende Löhne/Gehälter	Personalschlüssel
Sonstige Verbindlichkeiten	Allgemeiner Schlüssel

Alle Schlüssel wurden zum 1. Januar 2016 angepasst, mit Ausnahme des Schlüssels „gezeichnetes Kapital“, da sich die Verteilung des gezeichneten Kapitals zum 1. Januar 2016 nicht verändert hat.

Bestätigungsvermerk

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.



Hannover, den 14. Februar 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Luther
Wirtschaftsprüfer

Möller
Wirtschaftsprüfer